



Nichts dem Zufall überlassen: Aufruf zur Reichstagswahl im November 1932

Frank Omland

„Die Nordmark steht zu Hitler!“* Wählerwanderungen und Wählerherkunft der NSDAP in Schleswig-Holstein 1924–1933

Unsere Analysen der Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik sind zwangsläufig beeinflusst vom Wissen um die nachfolgenden Ereignisse. Während aus Sicht der Zeitgenossen eine Offenheit der Situation bestand, fällt es aus heutiger Perspektive deutlich schwerer, eigene Interpretationen zum Wählerverhalten nicht durch das Wissen um die Erfolge der NSDAP verstellen zu lassen. Aus zeitgenössischer Sicht konnte niemand im Mai 1924 mit dem Auftreten des Völkisch-Sozialen Blocks wissen, dass knapp neun Jahre später die NSDAP an der Macht sein würde.

Aus heutiger Perspektive lässt sich hingegen zusammenfassend sagen, dass sich der Aufstieg der NSDAP von der völkisch-antisemitischen Splitterpartei zur „Volkspartei des Protests“¹ in Schleswig-Holstein vor dem Hintergrund des antisemitischen Potenzials der DNVP, des antisozialistischen Potenzials der liberalen bürgerlichen Parteien (DDP, DVP), der wirtschaftlichen Krisenlagen ab 1927/28 (Werften, Landwirtschaft), der antimodernistischen bäuerlichen Regionalparteien (SHBLD, SHLP), dem Einfluss der Nationalsozialisten in den bäuerlichen Berufsverbänden und der Instrumentalisierung der Landvolkbewegung sowie der „Eroberung“ des ländlichen Raumes mithilfe der Verankerung der NSDAP bei den dortigen Eliten vollzog.²

Rückblickend können wir konstatieren, dass beim Aufstieg der Partei folgende Aspekte eine gewichtige Rolle spielten:

- die Übernahme moderner Propagandaformen von anderen Parteien³
- der frühzeitige Ausbau des Parteiapparats und die damit einhergehende Professionalisierung durch hauptamtliche, bezahlte Funktionäre (was deren Wahlkampf-Auftritte beförderte)
- die Vorreiterrolle im Sinne der später reichsweit eingeführten Strategie des agrarpolitischen Apparats⁴
- das Führungspersonal (anfangs die Reichstagskandidaturen von Ernst Graf zu Reventlow; später und entscheidender: der rührige und mit dem bäuerlichen Milieu vertraute Gauleiter Hinrich Lohse)
- der frühzeitige Wandel in der Zielgruppenausrichtung bei Wahlen
- die dörfliche bzw. ländliche Milieunähe der Partei, d. h. der gezielte Aus-

bau der Partei im ländlichen Raum, der Einsatz von Plattdeutsch als Propagandainstrument und die Instrumentalisierung des bäuerlichen Protestes der Landvolkbewegung

- die Unterstützung durch bestimmte Kleinverleger und deren Presseerzeugnisse⁵

- die verbale und körperliche Radikalität der Parteiverbände, was diese für junge Männer attraktiv erscheinen ließ

- die Nicht-Beteiligung an Reichsregierungen, d. h. die Etablierung als Anti-System-Partei, die sich in der Regel – außer auf Landesebene, etwa in Oldenburg in Oldenburg und damit dem Landesteil Lübeck seit 1932 – nicht an den eigenen Taten messen lassen musste.

Im Folgenden müssen die oben genannten Aspekte als Hintergrund für das Verständnis des Aufstiegs und der Erfolge der Nationalsozialisten in Schleswig-Holstein immer mitgedacht werden, auch wenn das Hauptaugenmerk dieses Aufsatzes auf den Wählerwanderungen und Wählerherkünften der NSDAP liegt. Eine regionale Gesamtgeschichte der Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik bzw. der NS-Zeit steht noch aus.⁶

Methodische Vorbemerkungen, Fragestellung

Der Erforschung des Aufstiegs der NSDAP in Schleswig-Holstein haben sich bisher mehrere Veröffentlichungen gewidmet. Dabei überwiegt ein regionalgeschichtlicher Ansatz, in dem exemplarisch für bestimmte Kreisgebiete und Städte die Bedingungen für die Partei vor Ort und deren Wahlergebnisse bis 1933 analysiert wurden.⁷ Methodisch gingen die Verfasser entweder deskriptiv vor und stellten plausible Vermutungen zum Wählerpotenzial der NSDAP an, oder sie berechneten mit dem einfachen statistischen Verfahren (zumeist Korrelationskoeffizienten nach Bravais-Pearson) mögliche Zusammenhänge zwischen überlieferten Wahlergebnissen und Berufsgruppen.⁸

Aufgrund der Erkenntnisse, die der Verfasser bei der Bearbeitung seines bisherigen Forschungsthemas (Wahlen in der NS-Diktatur) gesammelt hat,⁹ stellten sich die so gewonnenen Ergebnisse und Vermutungen aufgrund des verwendeten Verfahrens als problematisch dar, weil es sich als sehr anfällig für Fehlschlüsse erwiesen hat und nicht dem Stand der modernen historischen Wahlforschung entspricht.

Die folgende Untersuchung basiert hingegen auf dem „Logit“-Modell des Dänen Sören R. Thomsen (s.u.) und kann mit Ergebnissen zu den Wählerwanderungen und der Wählerherkunft bei den Reichstagswahlen im Zeitraum von Mai 1924 bis März 1933 die bisherigen (plausiblen) Vermu-

tungen mithilfe der modernen Wahlforschung einordnen, relativieren und – wo es nötig ist – revidieren.

Die Kernfrage der modernen historischen Wahlforschung lautet: „Wer wählte wann und wieso die NSDAP?“ Dies schließt sowohl die Frage nach der Klientel als auch die Frage nach den Motiven der Wählerschaft der Partei ein. Dieser Aufsatz bezieht sich im Schwerpunkt auf die Wählerwanderungen und Wählerherkünfte. Fragen nach den Motiven bzw. den Strategien der Partei bei ihren Wahlkämpfen spielen immer wieder eine Rolle, werden aber nicht vertieft.

Zum statistischen Verfahren und zum Vergleichsmaßstab bei der Wahlanalyse

Für die Region sind als wichtigste und zuverlässigste Quelle die Materialien der *Statistik des Deutschen Reichs* zu nennen, d. h. der Abdruck der amtlichen Endergebnisse mindestens auf Kreisebene, zumeist auf Ebene der Gemeinden mit mindestens 2.000 Einwohnern. In der Regel sind diese Statistiken um Fehler und Korrekturen bereinigt worden und schließen die Ergebnisse der reichsweiten Wahlprüfungsverfahren ein.¹⁰ Dagegen weisen die einzelnen Überlieferungen aus dem Landesarchiv Schleswig-Holstein fast immer nur das vorläufige amtliche Endergebnis aus; gleichzeitig stellen sie für einige Urnengänge mit den Akten des Oberpräsidiums bzw. des Regierungspräsidiums die einzigen Quellen für regionale Ergebnisse dar.¹¹

Für Schleswig-Holstein kommt erschwerend hinzu, dass für die Wahlen zur Nationalversammlung und zur preußischen Landesversammlung im Januar 1919 die Daten der Wahlberechtigten nicht überliefert sind und die bisherigen Versuche, dies aufgrund von weiteren Quellen zu erschließen, nicht überzeugen können.¹²

Das Fehlen der Wahlberechtigtenzahlen könnte auch der Grund sein, warum es in Schleswig-Holstein in der Folgezeit selten zu Auszählungen nach Geschlechtern gekommen ist. Zum Wahlverhalten von Männern und Frauen können also lediglich aufgrund von reichsweiten und anderen regionalen Forschungsergebnissen Vermutungen angestellt werden.¹³ Für den Wahlkreis Schleswig-Holstein entfällt deswegen die Möglichkeit, die beiden ersten demokratischen Wahlen auf Reichsebene und in Preußen (19. und 26. Januar 1919) als Vergleichsmaßstab für die nachfolgenden Reichstagswahlen heranzuziehen. Die fehlende Überlieferung der Anzahl der Wahlberechtigten führt dazu, dass erst die Ergebnisse der Reichstagswahl vom 21. Februar 1921 eine Basis für Analysen bilden können.

Sämtliche der folgenden eigenen Berechnungen von Wahlergebnissen in den schleswig-holsteinischen Gemeinden beruhen auf den amtlichen

Endergebnissen der *Statistik des Deutschen Reichs*¹⁴; bei fehlenden Angaben (etwa zu den Provinzial-Landtagswahlen) wird auf Quellen im Landesarchiv zurückgegriffen.¹⁵

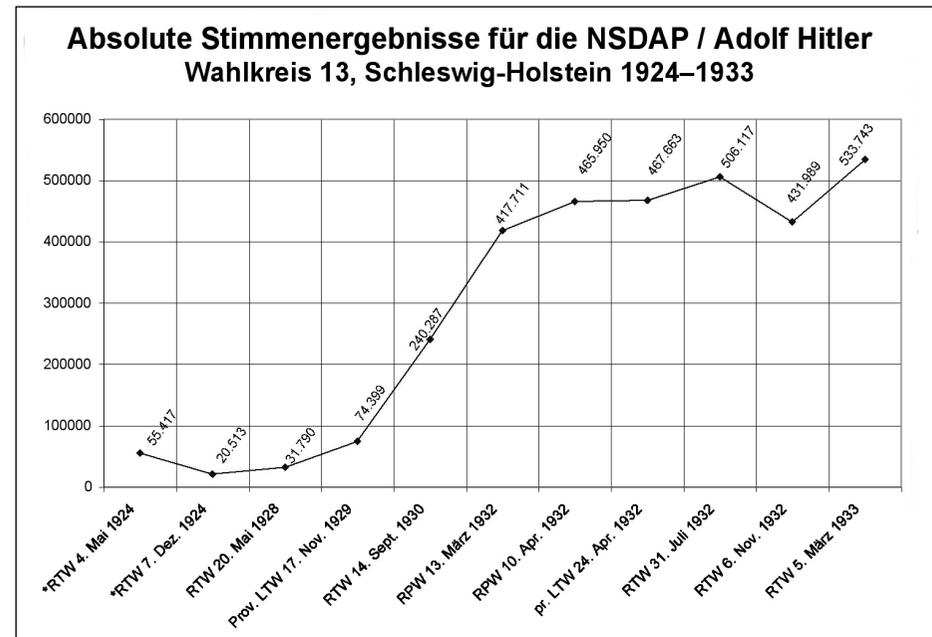
Exkurs: Statistische Verfahren

Die im Folgenden genannten Angaben zu den Wählerwanderungen und den Wählerherkünften basieren auf dem „Logit“-Modell von Sören R. Thomsen. Es ermöglicht, Schätzungen von Wählerherkünften und Wählerwanderungen auf Grundlage eines multivariablen wahlstatistischen Programms vorzunehmen,¹⁶ und ist in der Praxis dem Modell der multiplen Regressionanalyse vorzuziehen, das von Jürgen Falter angewandt wurde.¹⁷ Sehr verkürzt ausgedrückt, berechnet das Logit-Modell die Übergangswahrscheinlichkeiten der Wählerschaften zwischen den Parteien unter Verwendung der Referenzkategorie der Nichtwähler, die die Bezugsgröße der Berechnungen abgeben.

Methodische Probleme gibt es dort, wo keine Angaben zu den Wahlberechtigten und damit zur Anzahl der Nichtwähler vorliegen: So kann etwa für Schleswig-Holstein auf Ebene der Wahllokale fast nirgendwo dieses Modell angewandt werden, weil diese Daten fast immer fehlen.

Grundsätzlich sind Schätzungen nach dem Logit-Modell den zu Fehlinterpretationen führenden Analysen aufgrund der Berechnung von Korrelationskoeffizienten vorzuziehen.¹⁸ Überzeugend ist das Modell deswegen, weil Thomsen es anhand von Wahlen überprüft hat, bei denen aktuelle Umfragen zu Wählerwanderungen vorlagen, und Kommunen in der Bundesrepublik für die aktuelle Analyse der Wählerwanderungen vor Ort auf dieses Modell zurückgreifen.¹⁹

Um Wahlergebnisse – egal ob auf der Ebene der Wahllokale, Gemeinden, Kreise oder Länder – miteinander vergleichen zu können, muss die historische (und heutige) Wahlforschung auf einen statistischen Vergleich in Prozent der abgegeben gültigen Stimmen verzichten und auf den Maßstab in Prozent der Stimmen der Wahlberechtigten beruhen. Der Grund dafür ist, dass das übliche Vorgehen Fehlinterpretationen bei den zu vergleichenden Urnengängen befördert, da die sehr unterschiedlich hohe Wahlbeteiligung unberücksichtigt bleibt. Erst die Umrechnung der Ergebnisse der Parteien „in Prozent der Wahlberechtigten“ ermöglicht qualitative Vergleiche und vermeidet versteckte Interpretationsfehler. Bedauerlicherweise basieren so gut wie alle Analysen der Wahlergebnisse in Schleswig-Holstein von 1919 bis 1933 auf einem Vergleich der abgegebenen gültigen Stimmen, was Fehlschlüsse und Fehlannahmen befördert hat. Tabelle 1 (siehe Seite 10) fasst die unterschiedlichen Ergebnisse zu-



Grafik 1: Absolute Stimmenergebnisse für die NSDAP in Schleswig-Holstein 1924–1933

*RTW Mai 1924: Völkisch-Sozialer Block (VSB), *RTW Dezember 1924: Nationalsozialistische Freiheitsbewegung (NSFB). Pr. LTW = preußische Landtagswahl, Prov. LTW = Provinziallandtagswahl, RPW = Reichspräsidentenwahl, RTW = Reichstagswahl

sammen und soll aufzeigen, wie hoch die Abweichungen selbst auf Landesebene noch ausfallen können.

Zum Parteienspektrum

Die Parteien in der Weimarer Republik konnten an Einstellungen bzw. Grundhaltungen von Wählerschaften und Vorgängerparteien aus dem Kaiserreich anknüpfen, obwohl lediglich die SPD und die Christliche Volkspartei/das Zentrum (Z) als Parteien nach der Novemberrevolution weiterbestanden. Die Parteien im evangelisch-bürgerlichen Lager konstituierten sich formal neu, doch blieb faktisch das „alte“ kaiserzeitliche Parteienspektrum bestehen: Die beiden liberalen Lager gründeten sich als Deutsche Demokratische Partei (DDP) und als Deutsche Volkspartei (DVP) wieder, und die Konservativen, Reaktionäre bzw. die Antisemiten vereinigten sich in der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP).

Die Spaltung der politischen Arbeiterbewegung in Mehrheitssozialdemokraten (SPD) und die Minderheit von den Unabhängigen (USPD) mündete in der Folge in der Gründung der Kommunistischen Partei

Reichstagswahlen 1924 bis 1933: Schleswig-Holstein, Wahlkreis 13

(Vergleich der abgegebenen gültigen Stimmen mit Stimmen in Prozent der Wahlberechtigten)

	1924 I	1924 II	1928	1930	1932 I	1932 II	1933
	abgeg. St. / Wahlber.						
NSDAP*	7,4 / 5,6	2,7 / 2,0	4,0 / 3,0	27,0 / 22,1	51,0 / 44,3	45,7 / 38,4	53,2 / 47,1
DNVP**	31,0 / 23,5	33,0 / 25,1	23,0 / 17,4	6,1 / 5,1	6,6 / 5,7	10,3 / 8,6	10,1 / 9,0
DVP	12,1 / 9,2	14,7 / 11,2	13,7 / 10,4	7,2 / 5,9	1,4 / 1,2	2,1 / 1,8	1,3 / 1,2
DDP***	8,1 / 6,1	8,7 / 6,6	5,7 / 4,3	4,7 / 3,9	1,4 / 1,2	1,2 / 1,0	0,8 / 0,7
Z	1,0 / 0,8	1,1 / 0,8	1,1 / 0,8	1,0 / 0,9	1,2 / 1,1	1,0 / 0,9	1,0 / 0,9
SPD	24,9 / 18,9	30,3 / 23,1	35,4 / 26,8	29,8 / 24,4	26,2 / 22,8	24,7 / 20,8	22,2 / 19,6
KPD	10,3 / 7,8	6,7 / 5,1	7,9 / 6,0	10,6 / 8,7	10,7 / 9,3	13,3 / 11,2	10,7 / 9,5
Sonstige	5,3 / 3,5	2,9 / 1,9	9,3 / 6,3	13,6 / 10,6	1,5 / 1,4	1,7 / 1,4	0,8 / 0,7
Wahlbet.	77,2 %	77,3 %	76,9 %	82,6 %	87,7 %	84,9 %	89,5 %

* im Mai 1924 VSB, im Dezember 1924 NSFB ** 1933: Kampffront Schwarz-Weiß-Rot *** ab 1930: Deutsche Staatspartei (DStP)

abgeg. St. = in Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen Wahlber. = in Prozent der Wahlberechtigten
Wahlbet. = Wahlbeteiligung

Rundungsbedingt können sich Abweichungen um 0,1 Prozent ergeben.

Quelle: Eigene Berechnungen nach der *Statistik des Deutschen Reichs* (vgl. Anmerkung 14)

Tabelle 1: Reichstagswahlen 1924 bis 1933: Schleswig-Holstein, Wahlkreis 13 (Vergleich der abgegebenen gültigen Stimmen mit Stimmen in Prozent der Wahlberechtigten)

Deutschlands (KPD). Neben den späteren kleinen Interessenparteien und der NSDAP bzw. ihren völkischen Vorläufern bestand bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919 das gesamte Parteienspektrum der neuen Demokratie.

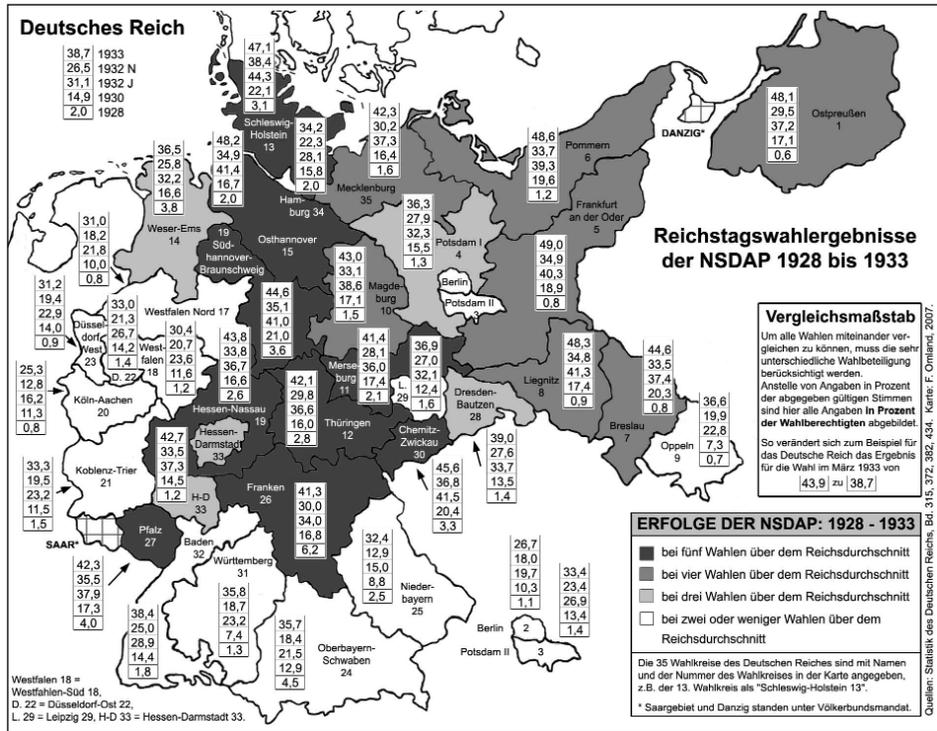
Es gab fünf politische Milieus, die sich durch ihre sozialen und moralischen Werte konstituierten: erstens das der Arbeiterparteien (SPD, USPD, KPD), zweitens das des politischen Katholizismus (Zentrum, Bayerische Volkspartei), drittens das der bürgerlich-liberalen evangelischen Parteien, viertens das konservative sowie fünftens das völkisch-antisemitische.²⁰ Hinzu kamen noch Regional- und Interessenparteien, die größtenteils dem Lager der bürgerlichen evangelischen Parteien zuzurechnen sind. Daneben gab es mit den Nichtwählern bzw. den Jungwählern – d. h. denjenigen, die jeweils zum ersten Mal das Wahlrecht hatten – ein weiteres „Lager“, dessen Mobilisierung für die Parteien mitunter entscheidend sein konnte.

Schleswig-Holstein im reichsweiten statistischen Vergleich

Der Wahlkreis 13 wird allgemein als frühe und sehr erfolgreiche Hochburg der NSDAP beschrieben. Im Folgenden sollen kurz und knapp die wichtigsten Belege dafür und dagegen aufgezählt und zentrale Ausdifferenzierungen dargestellt werden.²¹

Schleswig-Holstein stellte bei den beiden Reichstagswahlen 1924 reichsweit keineswegs eine Hochburg der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei (DVFP) – hier angetreten als Völkisch-Sozialer Block (VSB) – bzw. der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung (NSFB) dar. Im Gegenteil, es rangierte an 14. bzw. 18. Stelle der 35 Wahlkreise. Die führenden Wahlkreise waren Mecklenburg, Franken, Oberbayern-Schwaben, Thüringen und Merseburg (Mai 1924) bzw. Mecklenburg, Franken, Ostpreußen, Thüringen und Weser-Ems (Dezember 1924). Von diesen sollten auch in Zukunft Franken, Thüringen, Mecklenburg, Merseburg und Ostpreußen relativ kontinuierlich überdurchschnittliche Ergebnisse für die Nationalsozialisten hervorbringen. Reichsweit lagen die Hochburgen der DVFP „mithin in Gebieten konfessionell unterschiedlicher, sozialökonomisch jedoch recht ähnlicher Struktur, nämlich in evangelischen und katholischen Agrarregionen“, so Jürgen Falter in seiner Studie zu „Hitlers Wählern“. ²² Für die NSFB galt eine ähnliche Hochburgenverteilung, doch verlor diese überproportional in katholischen Gebieten an Stimmen.²³

Mit dem Antreten der NSDAP im Mai 1928 wandelte sich das Bild: Schleswig-Holstein stieg reichsweit auf Platz 7 unter den Wahlkreisen auf und sollte im September 1930 den 1. Platz aller Wahlkreise übernehmen. Diesen behielt der Wahlkreis bei allen Urnengängen im Jahr 1932, ein-



Karte 1: Reichstagswahlergebnisse der NSDAP 1928 bis 1933

schließlich der beiden Reichspräsidentenwahlgängen und – natürlich nur eingeschränkt vergleichbar – den preußischen Landtagswahlen vom April 1932. Erst im März 1933 wurde Schleswig-Holstein durch vier östliche Wahlkreise sowie das benachbarte Ost-Hannover überrundet und auf den 6. Platz verdrängt.

Seit 1928 verschoben sich die Hochburgen der NSDAP reichsweit, so dass Falter konstatiert: „Das Zentrum der NSDAP-Erfolge verlagerte sich zunehmend von Süden nach Norden und vor allem Nordosten, wo 1933 fast die Hälfte der Wahlberechtigten NSDAP wählte, während es im Westen und Süden des Reiches nur rund ein Drittel war.“²⁴ Die NSDAP hatte dabei ihre größten Erfolge in „agrarischen Regionen mit evangelischer Bevölkerungsmehrheit und in überwiegend protestantischen Kleingemeinden“.²⁵

Quantitativ waren für die NSDAP ihre Erfolge in den bevölkerungsreichsten Gebieten Deutschlands wichtiger, doch qualitativ konnte sie sich mit den raschen Erfolgen in Schleswig-Holstein und den nordöstlichen Regionen als siegreiche Alternative zu den anderen Parteien darstellen und damit attraktiv für bestimmte Wählergruppen werden.²⁶

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Schleswig-Holstein ab 1930 die reichsweite Hochburg der NSDAP war und diese Position erst im März 1933 im Zuge der unfreien pluralistischen Reichstagswahlen verlor, wobei der Wahlkreis weiterhin zur Spitzengruppe für die Partei gehörte.

Anknüpfungspunkte für die NSDAP und ihre Vorläufer bis zu den Reichstagswahlen im Mai 1924

Es ist in der Forschung unbestritten, dass die völkischen und nationalsozialistischen Parteien an die zeitweiligen Erfolge der Deutsch-sozialen Reformpartei bzw. der Deutschsozialen Partei bei den Reichstagswahlen zwischen 1898 und 1912 im Kaiserreich anknüpfen konnten. Deren Erfolge werden in der Regel auf eine Mischung von Antisemitismus und bäuerlicher Interessenvertretung sowie ihren wirtschaftspolitischen Positionen zurückgeführt. Strittig ist hingegen, wie die relativen Erfolge des (links)liberalen Parteienlagers im Kaiserreich und am Anfang der Weimarer Republik einzuschätzen sind.

Hierbei spielen Unterschiede in der Bewertung von Parteiprogrammen und Wahlkämpfen sowie Thesenbildungen zu den Motiven der Wahlentscheidung für bestimmte liberale Parteien eine zentrale Rolle. Im Kern differieren die Positionen in der Frage, inwieweit die Wahlergebnisse für die linksliberalen Parteien im Kaiserreich als eine verinnerlichte positive Haltung zur Demokratie zu werten sind oder insbesondere wirtschaftspolitische Positionen die wahlentscheidenden Motive waren. Je nachdem, wie die Autoren dies gewichten, kommen sie zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen für mögliche Anknüpfungspunkte der völkisch-antisemitischen Parteien an diese ehemaligen kaiserzeitlichen Wählerschaften bei den Reichstagswahlen in der Weimarer Republik.²⁷

Ähnliche Unterschiede gibt es in der Bewertung des bäuerlichen Berufsverbands „Bund der Landwirte“, der gerade durch die Unterstützung bestimmter antisozialdemokratischer Kandidaten in den Landkreisen entscheidenden Einfluss auf die Wahlen im Kaiserreich gehabt hat und sich als wirtschaftspolitische Interessenvertretung mit explizit antisemitischen Positionen hervortat.²⁸

Zu Beginn der Weimarer Republik spielte die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) die führende Rolle im antisemitischen Wählerlager, denn sie übernahm faktisch das Erbe der Deutschkonservativen und der Deutschsozialen Partei des Kaiserreichs. Man kann davon ausgehen, dass die alten kaiserlichen Antisemiten am ehesten die DNVP als ihre Partei betrachteten, während die bäuerlichen Wählerschaften der Schleswig-Holsteinischen Bauern- und Landarbeiterdemokratie (SHBLD) – Anfang Februar 1919

umbenannt in Schleswig-Holsteinische Landespartei (SHLP) – deutlich mehr von deren Interessenvertretung zum Schutz ihrer wirtschaftlichen Lage angesprochen wurden.²⁹ Die Wahlerfolge der SHBLD im Januar 1919 sowie die schwere Niederlage der SHLP zu den Reichstagswahlen im Februar 1921 beruhen eher auf regionalen Besonderheiten als auf dem im Wahlkampf geäußerten Antisemitismus.³⁰

Die DNVP warb hingegen kontinuierlicher und damit für die Wählerschaft glaubwürdiger 1919 und 1921 mit wiederkehrenden antisemitischen Positionen und verstand sich innerhalb des Parteienspektrums als die Sammlungsbewegung für antisemitische Wähler. Erst nach partei-internen Machtkämpfen spaltete sich ein Teil der Vertreter dieses Flügels von der DNVP ab und gründete im Februar 1924 mit Mitgliedern der verbotenen NSDAP ein Wahlbündnis unter dem Namen Deutsch-Völkische Freiheitspartei (DVFP).

In Schleswig-Holstein trat man unter der Bezeichnung Völkisch-Sozialer Block (VSB) an, wobei innerhalb dieser Listenverbindung reichsweit die ehemaligen NSDAP-Mitglieder keine wichtige Rolle spielten. Stärkster Konkurrent sollte die DNVP werden, aus deren Reihen einerseits eine Anzahl von Mitgliedern zum VSB wechselte, andererseits weiterhin verbalradikale antisemitische Positionen verlautbarten, um die bisherige Monopolstellung zu behaupten. Gleichzeitig grenzte sich die DNVP von „Radaubewegungen und Pogromen“ ab, da man nicht auf Fanatismus, sondern auf administrative Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung setzte.³¹

Wählerherkünfte und Wählerwanderungen von 1921 bis 1933

Im Folgenden sollen jeweils für die Reichstagswahlen vom Februar 1921, Mai und Dezember 1924, Mai 1928, September 1930 und März 1933 Aussagen zu den Wählerherkünften und Wählerwanderungen sowie zu den regionalen Hochburgen der Nationalsozialisten getroffen werden. Sie beruhen auf Schätzungen nach dem Logit-Modell sowie eigenen Berechnungen auf Grundlage der Endergebnisse aus der *Statistik des Deutschen Reichs*.

Tabelle 2 gibt den prozentualen Anteil der Parteien an den Wechselwählern zur NSDAP und ihren Vorläufern vom Mai 1924 bis März 1933 wieder. Dabei wurde jeweils nach städtisch geprägten (urbanen) und agrarisch geprägten (nicht-urbanen) Gemeinden unterschieden, d. h. danach, wie hoch der Anteil der Beschäftigung im Bereich Land- und Forstwirtschaft ausfiel. Dies dient dazu, qualitative Aussagen zu unterschiedlichen Wählermilieus treffen zu können, und scheidet faktisch dörfliche bzw. kleinstädtische von städtischen Regionen in Schleswig-Holstein.³²

Wählerherkünfte der NSDAP 1924–1933

Geschätzte prozentuale Anteile: urban geprägte Regionen

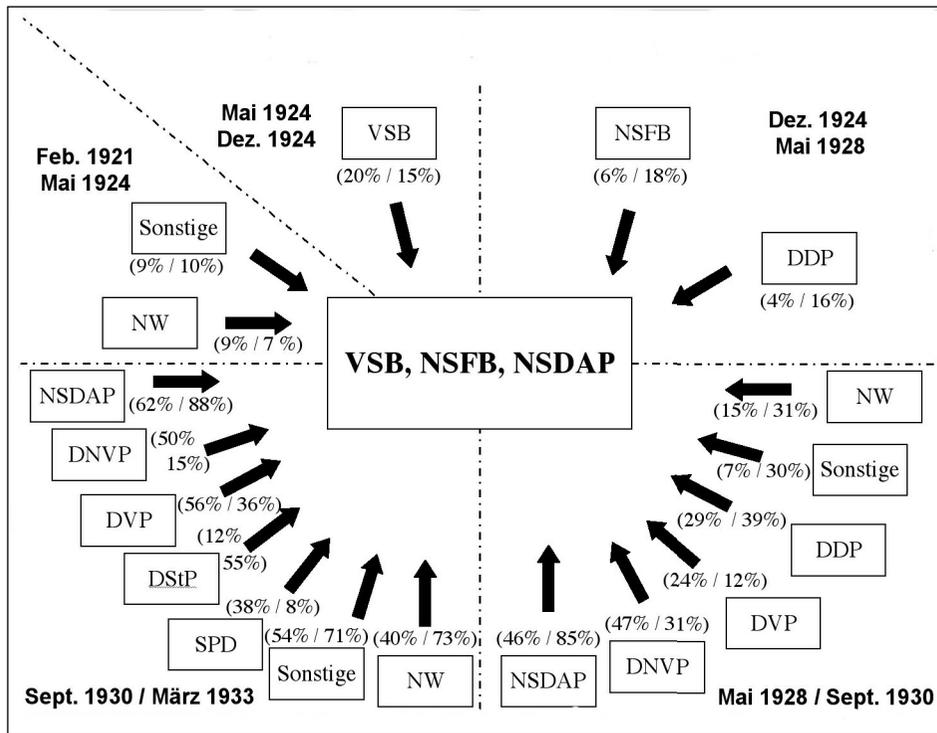
Angetretene Partei bei der vorherigen Reichstagswahl	Mai 1924	Dez. 1924	Mai 1928	Sept. 1930	März 1933
VSB, NSFB, NSDAP	n.a.	55,9	6,8	5,0	28,9
DNVP	14,7	9,2	15,8	35,3	5,9
DVP	18,2	3,7	12,8	13,8	10,3
Zentrum	0,9	0,5	0,7	0,5	0,4
DDP/DStP	7,3	3,4	13,0	7,6	1,2
SPD	11,9	1,8	10,6	13,4	26,8
KPD	3,5	3,5	3,6	2,2	0,8
Wirtschaftspartei	n.a.	0,2	0,8	4,5	n.a.
Sonstige Parteien	4,6	1,3	1,3	1,3	11,5
Nichtwähler-Lager	39,0	20,6	34,4	16,3	14,3
Summe*	100,1*	100,1*	99,8*	99,9*	100,1*

Geschätzte prozentuale Anteile: ländlich-agrarisch geprägte Regionen

Angetretene Partei bei der vorherigen Reichstagswahl	Mai 1924	Dez. 1924	Mai 1928	Sept. 1930	März 1933
VSB, NSFB, NSDAP	n.a.	41,0	7,3	14,4	41,4
DNVP	12,5	17,4	19,7	25,7	1,4
DVP	6,4	3,0	6,8	4,3	2,8
Zentrum	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3
DDP / DStP	4,2	3,7	22,4	4,8	3,5
SPD	15,4	2,5	1,7	3,9	2,7
KPD	4,5	6,4	2,2	1,6	0,7
Wirtschaftspartei	n.a.	1,4	0,6	4,1	n.a.
Sonstige Parteien	16,5	1,9	2,2	6,0	17,8
Nichtwähler-Lager	40,0	22,2	36,6	34,8	29,3
Summe*	100,0	100,0	99,9*	99,9*	99,9*

Tabelle 2: Geschätzte Wählerherkünfte der NSDAP, prozentual

*rundungsbedingt ergeben sich Abweichungen in Höhe von maximal 0,2 % n.a. = nicht amgetreten
 Lesebeispiel: Im ländlichen Raum setzte sich die Wählerschaft des NSFB im Dezember 1924 u.a. aus knapp 41 % ehemaligen VSB-Wählern und 17 % ehemaligen DNVP-Wählern sowie 22 % ehemaligen Nichtwählern der RTW von Mai 1924 zusammen. Alle anderen Wechselwähler machen zusammen knapp weitere 19 % aus.



Grafik 2: Wählerwanderungen zur NSDAP und ihren Vorläufern 1924–1933

Lesebeispiel: Von allen Wahlberechtigten, die im September 1930 für die DVP stimmten, haben schätzungsweise 65 % im urbanen und 37 % im ländlichen Raum im März 1933 die NSDAP gewählt.

Während die vorangegangene Tabelle die prozentualen Wählerherkünfte, d. h. die Zusammensetzung der Wählerschaft der NSDAP aufzeigt, stellt Grafik 2 die wichtigsten Wählerwanderungen dar, d. h. die Antwort auf die Frage: Wie viel Prozent der Wähler einer bestimmten Partei wechselten bei der darauffolgenden Wahl zur NSDAP über? Sowohl die Schätzungen zur Wählerherkunft als auch zu den Wählerwanderungen bilden die Grundlage für die nachfolgenden Wahlanalysen.

Die Reichstagswahl vom 4. Mai 1924

Aufgrund des Verbotes der NSDAP mussten die Nationalsozialisten reichsweit in einem Wahlbündnis mit ehemaligen Anhängern der DNVP als Deutsch-Völkische Freiheitspartei (DVFP) antreten. Der Wahlkampf wurde durch die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustands geprägt, Versammlungen unter freiem Himmel sowie öffentliche Demonstrationen blie-

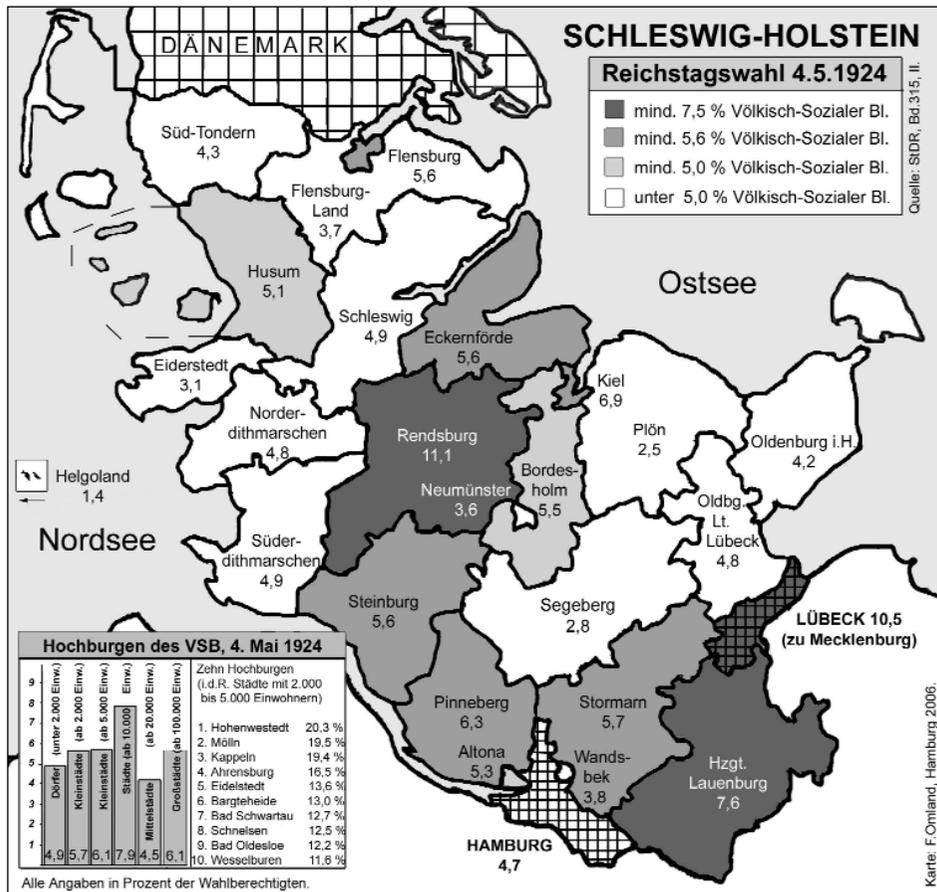


Veranstaltungsankündigung aus den *Husumer Nachrichten* vom 28. April 1924

ben verboten, wobei die Landesbehörden für letztere Ausnahmen zulassen konnten. Wahlplakate der Parteien durften nur an offiziellen Plätzen, insbesondere Litfaßsäulen und entsprechenden Bretterwänden angebracht werden, und die (Landes-)Regierungen konnten Zeitungsverbote aussprechen, wenn deren Inhalte zu radikal erschienen. Der Wahlkampf vollzog sich trotz der bürgerkriegsähnlichen Zustände von 1923 relativ ruhig, und die zeitgenössischen Beobachter erwarteten einen konservativen Wahlsieg.³³

In Schleswig-Holstein trat das Wahlbündnis als Völkisch-Sozialer Block (VSB) mit dem gebürtigen Husumer Ernst Graf zu Reventlow als Spitzenkandidaten an. Dieser war schon im Kaiserreich führend in der antisemitischen Deutschsozialen Partei und überregional durch die Herausgabe der einschlägigen Wochenzeitschrift *Der Reichswart* bekannt. Reventlow besaß in Teilen des bürgerlichen und bäuerlichen Milieus ein großes Renommee und war das propagandistische Zugpferd einer Wahlkampagne, die sich an die städtische Wählerschaft wandte. Eine wohlwollende Berichterstattung in den bürgerlichen örtlichen Tageszeitungen beförderte die Verbreitung der Ideen des VSB im Leserkreis, wobei sich die DNVP nichtsdestotrotz der größten Unterstützung seitens der auflagenstärksten Zeitung, den *Kieler Neuesten Nachrichten*, sicher sein konnte.³⁴

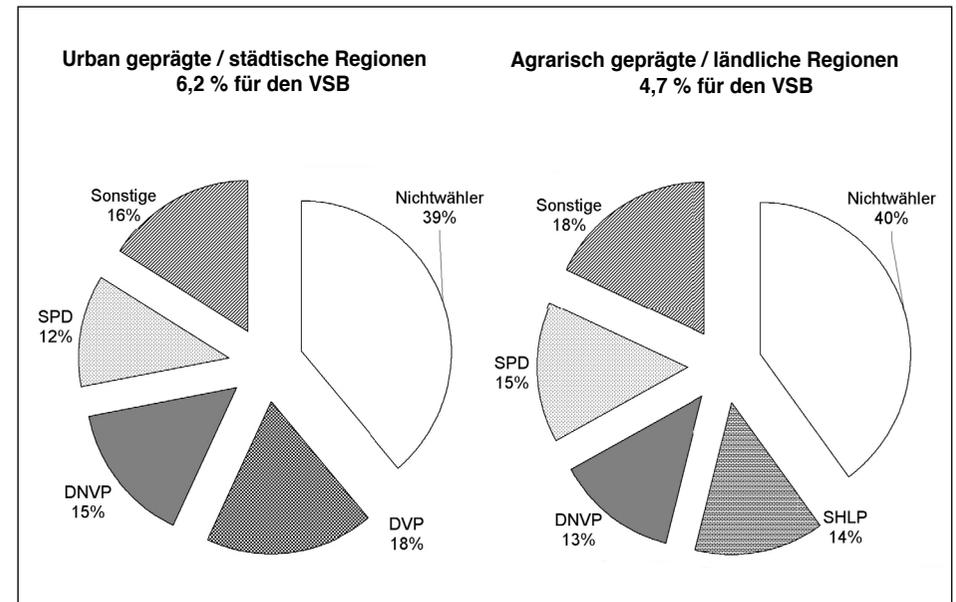
Mit 55.000 Stimmen erreichte der VSB ein beachtliches Ergebnis und konnte 5,6 % der Wahlberechtigten (reichsweit: 5,0 %) für sich gewinnen. Aufgrund der Zusammenlegung der Stimmen aus Hamburg und Schleswig-Holstein reichte dies für ein Reichstagsmandat, und Reventlow konnte ins Parlament einziehen.³⁵



Karte 2: Ergebnisse des Völkisch-Sozialen Blocks bei der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924

Der VSB lag in Schleswig-Holstein nur leicht über dem reichsweiten Durchschnitt und schnitt am besten in den kleinstädtischen Regionen (Gemeinden ab 10.000 Einwohner) ab, wo er durchschnittlich auf 8 % kam, während er in den größeren Städten des Landes weniger erfolgreich war.³⁶ Im Gegensatz zu den späteren Wahlerfolgen der NSDAP gab es für den VSB in der Zustimmung ein Stadt-Land-Gefälle zugunsten der städtischen Wahlbevölkerung. Seine größten Wahlsiege konnte der VSB in Hohenwestedt (20,3 %), Mölln (19,5 %), Kappeln (19,4 %), Ahrensburg (16,5 %) und Eidelstedt (13,6 %) erzielen.

18 In den Kreisgebieten war er im Kreis Rendsburg (11,1 %) am stärksten vertreten, gefolgt vom Hzgt. Lauenburg (7,6 %), dem Stadtkreis Kiel (6,9 %) sowie den Landkreisen Pinneberg (6,3 %) und Stormarn (5,7 %).³⁷ Die re-



Grafik 3: Zusammensetzung der Wählerschaft des Völkisch-Sozialen Blocks bei der Reichstagswahl vom 5. Mai 1924 (Gesamtheit: 55.417 Stimmen, 5,6 %)

„Sonstige“ beinhaltet die Ergebnisse aller nicht explizit genannten Parteien. Lesebeispiel: Von der gesamten Wählerschaft des VSB war im städtischen Raum etwas mehr als jeder Dritte vorher nicht zur Wahl gegangen (Nichtwähler), knapp jeder Fünfte ein ehemaliger DVP-Wähler, jeder Siebte ein ehemaliger DNVP-Wähler und etwas mehr als jeder Zehnte einer der SPD gewesen.

gionalen Erfolge beruhten in der Regel auf dem persönlichen Engagement, dem Ansehen und der Reputation einzelner Wahlkämpfer in den Kreisen und Städten, was etwa für Mölln im Kreis Hzgt. Lauenburg belegt ist.³⁸

Dem VSB gelang es zuallererst, Nichtwähler für sich zu mobilisieren.³⁹ In ähnlicher Größenordnung folgten – zusammengezählt – ehemalige Anhänger der DVP, der DNVP und der DDP, wobei die rechten bürgerlichen Wechselwähler das Gros ausmachten. Doch selbst die SPD verlor an die Völkischen, womit sich ein Trend andeutete, der auch in der Folgezeit zu beobachten ist: Ein sehr kleiner Teil ehemaliger SPD-Wähler wechselte ins gegnerische Lager über.⁴⁰ Und nebenbei bemerkt: Die SHLP verlor von 1921 auf 1924 die meisten ihrer Stimmen nicht durch Wechsel zum VSB oder zur DNVP, sondern durch Wahlenthaltung.⁴¹

Zwar war der VSB als Wahlbündnis der Völkischen eine der Vorläuferparteien der NSDAP, doch sprach er deutlich mehr den „alten“, kaiserzeitlich überkommenen Antisemitismus der alten Honoratioren an, als die spätere Klientel der NSDAP. Ein Beleg dafür ist die Wechselwählerschaft



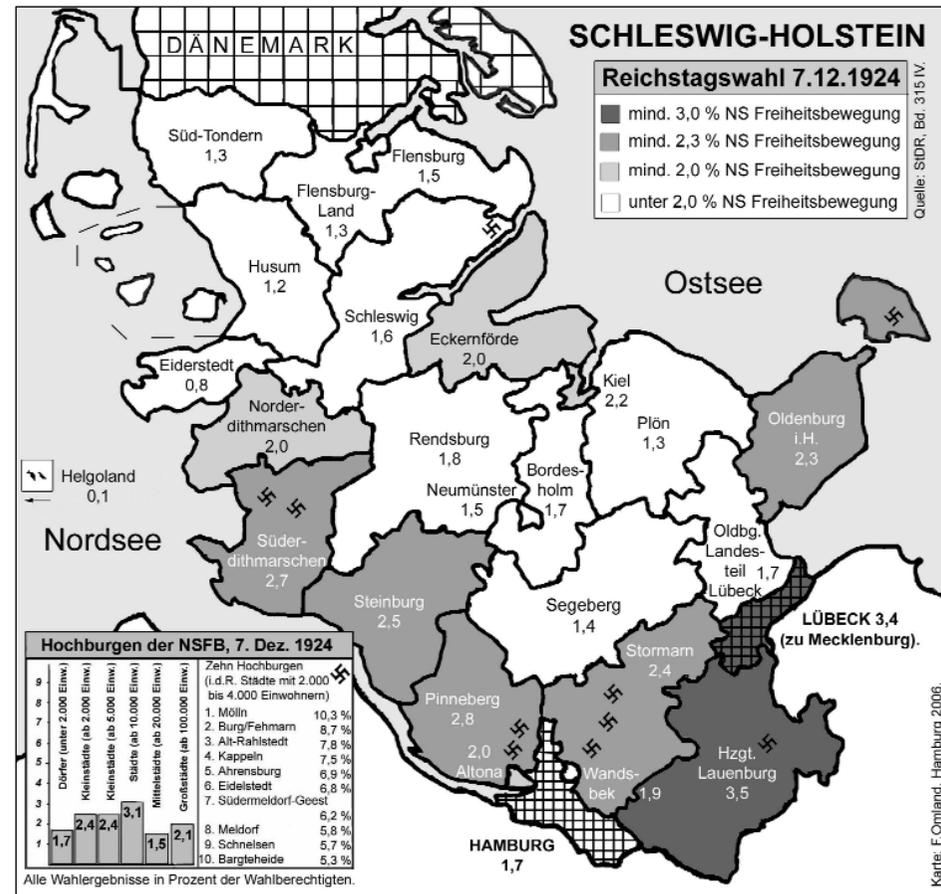
Wahlaufruf der NSFB zur Reichstagswahl am 7. Dezember 1924

aus der städtischen DVP und DNVP, die deutlich höher ausfiel als im ländlichen Raum. Der VSB unterschied sich gerade dadurch von der NSDAP, dass er im kleinstädtischen Raum und letztere ihre späteren Hochburgen in den dörflichen Regionen haben sollte und nur eine Minderheit der VSB-Wählerschaft sich aus demselben Reservoir speiste wie das der späteren NSDAP.

Die Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924

Schon nach sieben Monaten wurden Neuwahlen zum Reichstag notwendig, da die rechten Parteien sich auf Reichsebene nicht auf ein Regierungsbündnis hatten einigen können und bei der DNVP die Zustimmung einiger ihrer Abgeordneter zu einer Regelung der Reparationen (Dawes-Plan) zu innerparteilichem Streit führte.

20 Im völkischen Lager führten Auseinandersetzungen um die Frage, ob man weiterhin einen streng antiparlamentarischen Kurs verfolgen sollte, zur Auflösung der gemeinsamen Fraktion der Nationalsozialisten und Deutsch-



Karte 3: Ergebnisse der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung bei der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924

Völkischen (DVFP). Danach stand die noch verbotene NSDAP vor dem Problem, dass der in Festungshaft sitzende Hitler sich nicht klar zum weiteren Kurs äußerte. In Schleswig-Holstein führte die Spaltung dazu, dass nur ein Teil der Nationalsozialisten als Nationalsozialistische Freiheitsbewegung (NSFB) zur Wahl antrat, während ein anderer Teil dagegen opponierte.⁴²

Erstmals traten paramilitärische Parteiverbände bei Wahlen in Erscheinung: auf der einen Seite der Stahlhelm, der mit den kaiserzeitlichen Farben Schwarz-weiß-rot für die rechten und bürgerlichen Parteien warb, und auf der anderen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das für die republiktreuen Parteien eintrat.

Da die Parteien weder finanziell noch organisatorisch auf den erneuten Wahlkampf eingestellt waren, verlief dieser ruhig. Die Zusammenlegung des Urnenganges am Tag von fünf Landtagswahlen förderte gleichzeitig die Wahlbeteiligung.⁴³

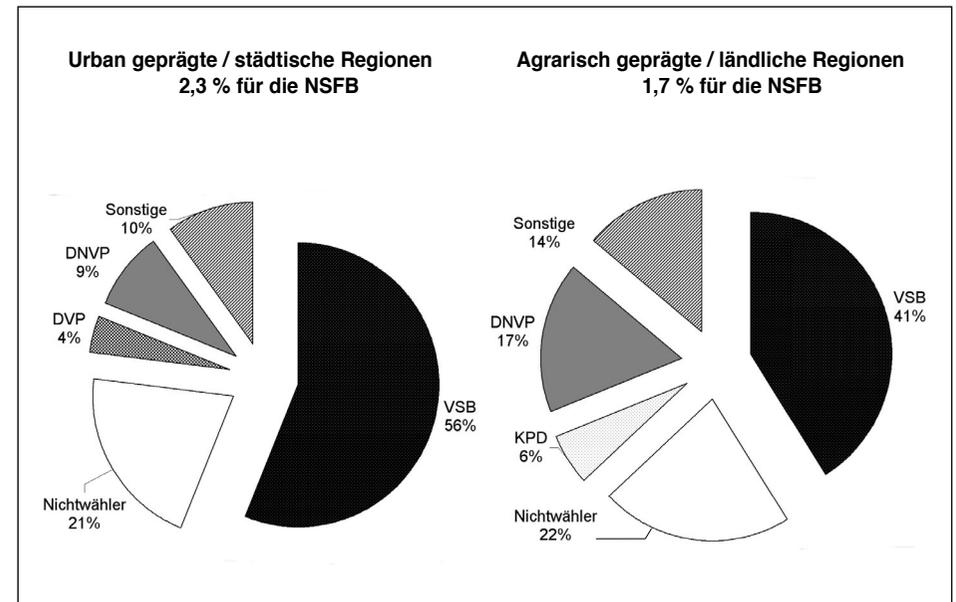
Die Nationalsozialisten mussten im Dezember 1924 eine verheerende Wahlniederlage einstecken, und die NSFB sank auf den Status einer völkischen Sektiererpartei herab. Mit nur knapp 20.500 Stimmen sollte es das schlechteste Wahlergebnis bleiben, das die Nationalsozialisten je in Schleswig-Holstein erreichten: Nur knapp 2,0 % aller Wahlberechtigten stimmten für sie, und auch im Reichsdurchschnitt waren es nur 2,3 %.⁴⁴ Der innerparteiliche Streit hatte dazu geführt, dass die NSFB lediglich nur jeden fünften bis siebten Wähler des VSB hatte für sich gewinnen können. Diese geringen Haltequoten im völkisch-antisemitischen Lager sind ein eindrucksvoller Beleg für die Folgen der Spaltung innerhalb der Bewegung.

Größte Profiteure waren die rechten bürgerlichen Parteien, die zwischen 14 und 25 % der Wählerschaft des VSB (zurück)gewinnen konnten. Bemerkenswert ist, dass praktisch jeder vierte VSB-Anhänger nicht zur Wahl gegangen war, was sowohl als Indiz für die Enttäuschung über den Kurs im Reichstag als auch über die Uneinigkeit des eigenen Lagers in Schleswig-Holstein interpretiert werden kann.⁴⁵

Die Hochburgen der NSFB entsprachen denen des VSB, allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau als noch im Mai 1924. Am schwersten war die Niederlage in Hohenwestedt, wo statt 20,3 % der Wahlberechtigten nur noch 2,0 % für die Nationalsozialisten stimmten, und auch in Mölln verlor die Partei fast die Hälfte ihrer Wählerschaft und erreichte lediglich 10,3 %. Insgesamt konnte sie nur in zehn Gemeinden über 5 % der Wahlberechtigten auf sich vereinigen,⁴⁶ während dies dem VSB im Mai noch in 50 Gemeinden gelungen war.

Die Ereignisse und entscheidenden Weichenstellungen der am 1. März 1925 in Schleswig-Holstein neu gegründeten NSDAP bis zu den Wahlen im Mai 1928 können hier nur unvollständig wiedergegeben werden. Die Partei beteiligte sich faktisch bis dahin nicht an Wahlen und Abstimmungen, befand sich im völligen Neuaufbau und versuchte aus ihrer Rolle als unbedeutende Splitterpartei herauszukommen.⁴⁷

Im Rückblick sollen zwei Entscheidungen hervorgehoben werden: Zum einen der Wechsel in der Hauptzielgruppenorientierung, d.h. Versuche, die städtische Arbeiterschaft zu erreichen, wurden zugunsten der Propaganda im ländlichen Raum zurückgefahren. Zum anderen der Aufbau eines hauptamtlichen Parteiapparats, der es der NSDAP ermöglichte, die Wahlkämpfe professioneller und personell gestärkter zu führen.⁴⁸



Grafik 4: Zusammensetzung der NSFB-Wählerschaft bei der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 (Gesamtheit: 20.513 Stimmen, 2,0 %)

„Sonstige“ beinhaltet die Ergebnisse aller nicht explizit genannten Parteien.

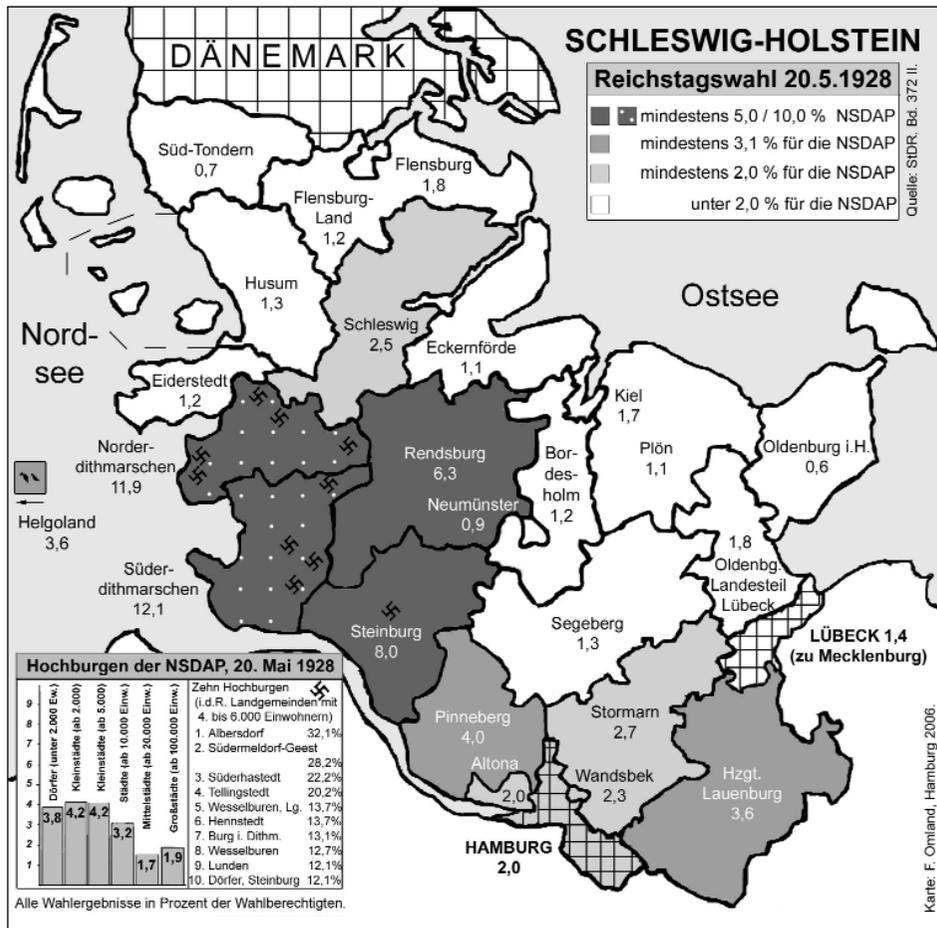
Lesebeispiel: Von der gesamten Wählerschaft der NSFB war im städtischen Raum etwas mehr als jeder Zweite ein ehemaliger DVFP-Wähler, knapp jeder Fünfte ein ehemaliger Nichtwähler, jeder 16. ein ehemaliger DVP- oder DNVP-Wähler.

Die Reichstagswahl vom 20. Mai 1928

Die Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 fanden in einer Zeit der wirtschaftlichen und politischen Konsolidierung der Weimarer Republik statt und wurden in der zeitgenössischen Bewertung als ruhig und vom Desinteresse der Wahlberechtigten geprägt dargestellt. Ein besonderes Augenmerk richtete sich auf die hohe Anzahl der Jungwähler, die alle Parteien für sich zu gewinnen suchten.

Allgemein befürchteten die rechten bürgerlichen Parteien ein Erstarken der Sozialdemokratie, was angesichts des unklaren Kurses der DNVP im Reich (zeitweilige Regierungsbeteiligungen) und in Preußen (scharfe Opposition) nicht verwunderlich war.⁴⁹

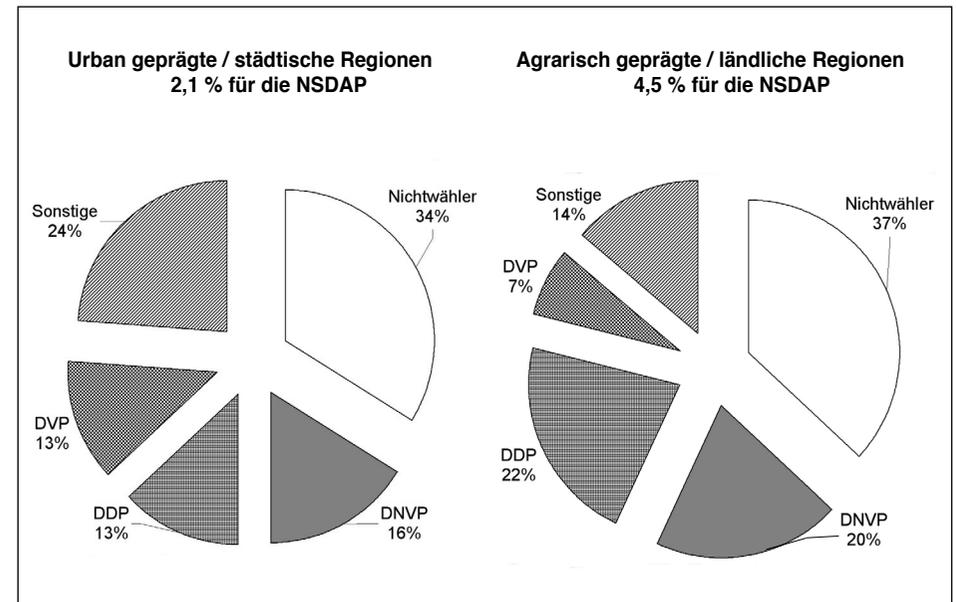
In Schleswig-Holstein konzentrierte die NSDAP ihren Wahlkampf auf die ländlichen Gebiete an der Westküste und in Mittelholstein, versuchte die unter Bauern grassierende „Angst“ vor pseudosozialistischen Positionen ihres Parteiprogramms zu entschärfen und sich gegen die Konkurrenz



Karte 4: Stimmanteile der NSDAP bei der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928

aus DNVP und Völkisch-nationalem Block (der Partei der ehemaligen DVFP-Mitglieder) sowie den neu auftretenden bäuerlichen Interessensparteien zu positionieren. Sie betonte auf knapp 250 Versammlungen in ihren Schwerpunktgebieten nationale und aggressiv antisemitische Positionen und setzte dabei auf Auftritte bekannter Reichstagsabgeordneter, insbesondere von Ernst Graf zu Reventlow.⁵⁰

Ihr relativer Erfolg zeigt sich daran, dass die Partei 3,1 % der Stimmen aller Wahlberechtigten errang, was deutlich über dem reichsweiten Durchschnitt von 2,0 % lag.⁵¹ Der Neuaufbau der Partei und die Neuausrichtung auf das ländliche Milieu beförderten die Stimmabgabe in Schleswig-Holstein, was eindrucksvoll an den sehr unterschiedlichen Ergebnissen in den



Grafik 5: Zusammensetzung der NSDAP-Wählerschaft bei der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 (Gesamtheit: 31.790 Stimmen, 3,1 %)

„Sonstige“ beinhaltet die Ergebnisse aller nicht explizit genannten Parteien. Lesebeispiel: Von der gesamten Wählerschaft der NSDAP war im städtischen Raum jeder Dritte ein ehemaliger Nichtwähler, jeder Fünfte ein ehemaliger DNVP-Wähler und knapp jeder Siebte ein ehemaliger SPD-Wähler. Alle anderen stellten knapp jeden Dritten Wechselwähler

Kreisen abzulesen ist: Der konsequente Aufbau von Ortsgruppen in Dithmarschen sowie den angrenzenden Gemeinden in den Kreisen Rendsburg und Steinburg beförderte dort sowohl den Wahlkampf wie auch die Stimmung für die Partei. Die Stimmanteile in diesen Regionen – knapp 12 % in Dithmarschen, 8 % in Steinburg und 6 % in Rendsburg – gaben der Strategie von Gauleiter Lohse Recht, und die Hinwendung vom städtischen zum dörflichen Klientel sowie die bewusste Durchdringung des dortigen Milieus sollten die Basis für die kommenden Wahlerfolge werden.

Interessanterweise ist von den knapp 32.000 Stimmen für die NSDAP nur ein verschwindend geringer Anteil den Anhängern der NSFB zuzuordnen: Nur jeder Zehnte von ihnen wählte 1928 noch die NSDAP, dagegen ging jeder Vierte nicht mehr zur Wahl, und jeder Achte stimmte für die DVP oder die SPD.⁵²

Der Erfolg der NSDAP beruhte auf ihrer Fähigkeit, Nichtwähler zu mobilisieren und Wechselwähler der drei bürgerlichen Parteien für sich zu gewinnen. Nicht quantitativ, aber qualitativ deuteten sich schon 1928 sowohl im ländlichen wie auch im städtischen Raum die Tendenzen der spä-

teren Ereignisse an: die Erosion des bürgerlichen Lagers zugunsten der NSDAP, wobei es im dörflichen Milieu zu einer Übernahme der Vorreiterrolle von der DNVP kam, sowie die Neigung eines Teils der städtischen SPD-Klientel, zur NSDAP zu wechseln.⁵³ Die Wählerwanderungstendenzen aus dem völkischen Lager in Richtung der anderen Parteien scheinen zu belegen, dass auch innerhalb der Sozialdemokratie ein Teil von Wählern zu finden war, die sich von einer national-sozialistischen deutschen Arbeiterpartei ansprechen ließen.⁵⁴

Die von Rudolf Rietzler angestellten Vermutungen zur Wahl 1928 müssen deshalb relativiert werden. Rietzler meinte eine „unmittelbare Relation zwischen einem enormen Rückgang der DNVP und starken Verlusten von DVP und DDP einerseits sowie überdurchschnittlichen Gewinnen der NSDAP andererseits“ feststellen zu können. Zwar lag er mit seiner Einschätzung bezüglich der bürgerlichen Parteien im Kern richtig, er unterschätzte aber den Einfluss der Nichtwählermobilisierung völlig und benannte die Wechselwähler der SPD nicht.⁵⁵

Im Vergleich zur Entwicklung auf Reichsebene fallen zwei Dinge ins Auge: Zum einen die höhere Wechselbereitschaft zur NSDAP im liberalen Lager (DDP und DVP), was vielleicht als Beleg für antisozialistische Positionen dieser Wählerschaft im Land gedeutet werden kann. Zum anderen der größere Anteil vormaliger NSFB-Wählern, die sich der Stimme enthielten.⁵⁶ Bei den Reichstagswahlen 1930 sollte die Diskrepanz zwischen Schleswig-Holstein und dem Deutschen Reich noch höher ausfallen.

Die preußische Provinzial-Landtagswahl vom 17. November 1929

Bedauerlicherweise kann eines der historisch interessantesten Wahlergebnisse der NSDAP in Schleswig-Holstein nur deskriptiv in die Analyse einbezogen werden: die Provinzial-Landtagswahl vom November 1929, die die Zusammensetzung eines regionalen Parlamentes zur Mitbestimmung von Selbstverwaltungsaufgaben ähnlich den Kreistagen bestimmte.⁵⁷ Hier konnten die Zeitgenossen den kontinuierlichen Aufstieg der NSDAP von einer Kleinstpartei zu einer ernstzunehmenden Konkurrenz für DNVP und SPD noch einmal deutlicher öffentlich wahrnehmen, denn die Partei erhielt knapp 74.000 von 720.000 Stimmen.

Leider sind die Endergebnisse lediglich auf der Ebene der abgegebenen gültigen Stimmen ohne Angabe der Wahlbeteiligung überliefert, doch selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, dass diese bei solchen Wahlen deutlich niedriger ausfiel als bei Landtags- und Reichstagswahlen (1929 schätzungsweise: 68 %), lag die Zustimmung unter allen Wahlberechtigten vermutlich bei ca. 7,2 % bzw. 10,3 % der abgegebenen gültigen Stimmen.⁵⁸

So sieht der Wahlzettel für die Provinziallandtagswahl aus.
Liste 9 ankreuzen ×

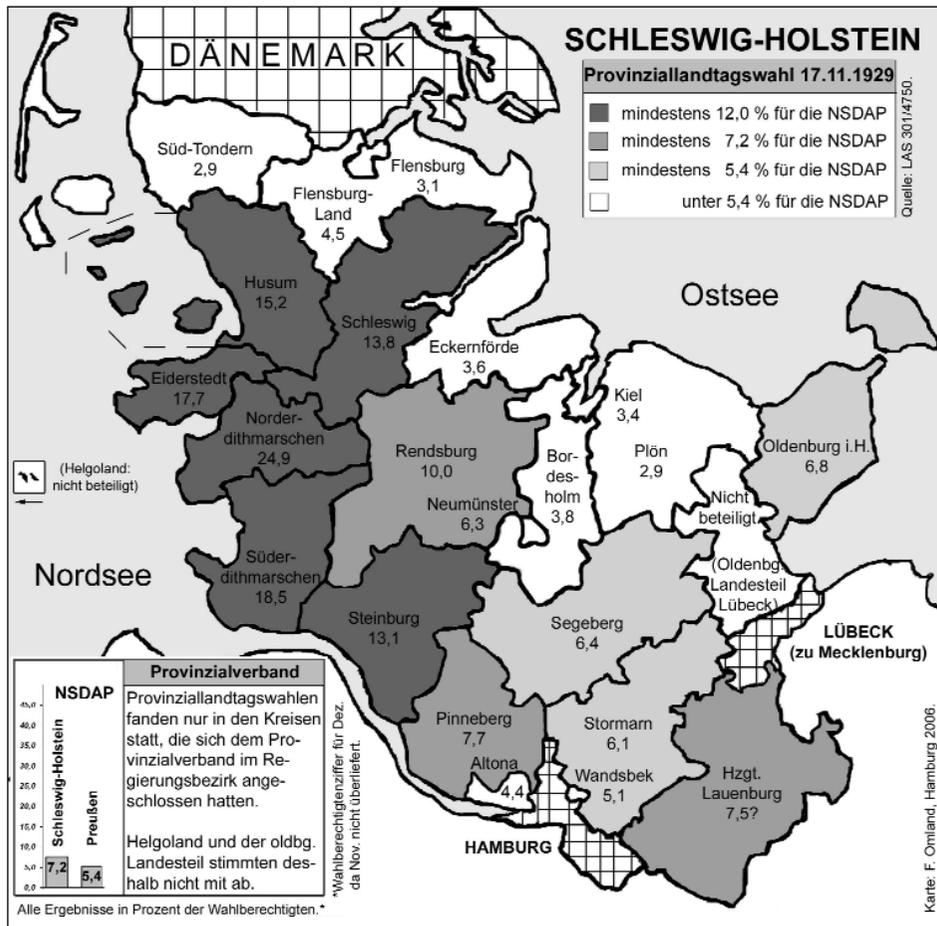
Provinziallandtagswahl

Wahlbezirk: Kreis

1	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD.) Schubert — Dentmer — Rödel — Rabe	1	○
2	Kommunistische Partei Heud — Müller — Augustat — Singer	2	○
3	Deutsche Demokratische Partei Rhode — Hauschildt — Kühl — Triemeier	3	○
4	Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) Musfeldt — Arens — Knobbe — Absbabs	4	○
6	Heimat und Wirtschaft Vollbehr — Ohrt — Brandes	6	○
8	Nationale Volksgemeinschaft Graf zu Ranxau — Kleber — Thormählen — Soht	8	○
9	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei (Hitler-Bewegung) Hamens — Brix — Kummerfeldt — Meister	9	⊗
10	Schleswig-Holsteinische Bauernliste Stamerjohann — Harenberg — Riders — Looft	10	○
11	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschland Heider — Schröder — Breebe — Hein	11	○
12	Vollrechtspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung) Somann — Diebrichsen — Stöltzing — Granz	12	○
13	Volkswohl (Mieter, Bodenreformer) Kugler — Petersen — Elsmann — Krebs	13	○
14	Zentrum Häfner — Gerneshausen — Wicqorel — Anemüller	14	○

Quelle: Schleswig-Holsteinische Tageszeitung 15.11.1929

Wahlpropaganda der Nationalsozialisten in ihrer Partei-Gauzeitung: Bei der NSDAP ist bereits ein Kreuz vorgegeben



Karte 5: Ergebnisse der NSDAP bei der Provinzial-Landtagswahl vom 17. November 1929

Die Ergebnisse auf Gemeindeebene sind nicht zentral überliefert worden, so dass lediglich auf Kreisebene vergleichende Aussagen gemacht werden können.⁵⁹ Mit Zustimmungsqüoten von 30 bzw. 41 % der abgegebenen gültigen Stimmen in den beiden Dithmarschen und über 15 bis 27 % in angrenzenden Kreisgebieten zeigte sich für die Partei, dass das Konzept der „Eroberung“ des ländlichen Raums aufging und die gezielte Durchdringung der dortigen Eliten und Sozialmilieus sich als die richtige Strategie erwiesen hatte.⁶⁰ Außerdem profitierte die Partei dort von propagandistischen Auftritten Hitlers nach den tödlichen Zusammenstößen der NSDAP mit der KPD im März 1929 („Blutnacht von Wöhrden“) und dem organisatorischen Rückhalt durch den Ausbau der Ortsgruppen in der Region.⁶¹



NS-Propaganda für den Volksentscheid gegen den Young-Plan

Gleichzeitig war die Beteiligung an Kommunal- und Provinzial-Landtagswahlen Anlass für den größten internen Machtkampf der Nationalsozialisten in Schleswig-Holstein. Während Gauleiter Lohse aus taktischen Gründen für einen Legitimitätskurs der Partei eintrat, um auch für bürgerliche Wählerschichten attraktiv zu werden, lehnte der einflussreiche Dithmarscher SA-Brigadeführer Dr. Emil Grantz dies ab. Der Kampf um die Machtverteilung zwischen NSDAP-Gauleitung und SA-Führung im Land führte zu großer Unruhe und zeitweiliger Spaltung der Anhängerschaft in Dithmarschen.

Da die Reichsleitung der NSDAP sich erst nach der Provinzial-Landtagswahl von Grantz distanzierte und Hitler sich erst im Sommer 1930 voll auf die Seite von Gauleiter Lohse stellte, konnte die faktische innerparteiliche Opposition unter Grantz bis dahin überdauern. Auf die Wahl im September 1930 hatte dies deutliche Auswirkungen: Die Wahlbeteiligung in Süderdithmarschen als Hauptgebiet der Opposition ging stark zurück, die Wahlergebnisse lagen für die Region deutlich unter denen im angrenzenden

Norderdithmarschen, und Mitgliederrückgänge und Austritte aus der SA waren die Folge.⁶²

Nach der Provinzial-Landtagswahl begann die Propaganda für den Volksentscheid zum Erlass eines „Gesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes“, besser bekannt als Volksentscheid gegen den „Young-Plan“.⁶³ Hierbei mobilisierte ein Bündnis aus DNVP, dem Stahlhelm und der NSDAP gegen einen Vertrag zur Regelung der Reparationszahlungen für die Kriegsschäden aus dem Ersten Weltkrieg. Dies führte einerseits zu einer faktischen Anerkennung der NSDAP im rechten bürgerlichen Lager.⁶⁴ Andererseits positionierte sich die NSDAP innerhalb des Bündnisses mit den radikalsten Parolen und kritisierte die Nähe des offiziell parteiunabhängigen Stahlhelms zur DNVP.

Abgesehen davon, dass die Agitation gegen den im Mai 1930 ratifizierten Young-Plan zum Dauerthema der Propaganda der NSDAP wurde,⁶⁵ ist der relative Erfolg des an sich völlig erfolglosen Volksentscheids in Schleswig-Holstein (190.473 Stimmen, d. h. 17,9 % der Wahlberechtigten) gegenüber dem Deutschen Reich (13,8 %) bemerkenswert. Dies ist wahrscheinlich auf die Mobilisierung der NSDAP in ihren ländlichen Hochburgen zurückzuführen. Die Partei agitierte erfolgreich unter der Landbevölkerung, und das Volksbegehren gegen den Young-Plan deutete die möglichen Erfolge der Partei bei den nachfolgenden Reichstagswahlen an.⁶⁶

Die Reichstagswahl vom 14. September 1930

Das Scheitern der Großen Koalition aus SPD, Zentrum, DVP und DDP unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller Ende März 1930 führte zum Kabinett Brüning (Zentrum) und leitete Regierungen ein, die bewusst ohne Reichstagsmehrheit mithilfe von Notverordnungen des Reichspräsidenten agierten. Brüning nahm sein eigenes Scheitern in Kauf (Juli 1930) und erhoffte sich von den folgenden Neuwahlen eine deutliche Stärkung der rechten bürgerlichen Parteien und die Unterstützung seines autoritären, antiliberalen Präsidialregimes.⁶⁷

Der Wahlkampf fand vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise (Herbst 1929), Verboten von Kundgebungen und Aufmärschen im Freien (seit Januar 1930), dem Republikenschutzgesetz (März), dem Inkrafttreten des Young-Plans (Mai), der Räumung des Rheinlandes durch die Franzosen (Juni) sowie dem Erlass erster Notverordnungen statt.

Ein Uniformverbot für NSDAP, SA und SS unterliefen diese durch das einheitliche Tragen von weißen Hemden, wobei die zuständigen Landräte in solchen Fällen nur wenig offensiv gegen die Partei und ihre Verbände vorgehen.⁶⁸

Durch die Erfolge der letzten Wahlen und Abstimmungen beflügelt, betrieb die NSDAP einen sehr professionellen und gut instruierten Wahlkampf unter Einsatz moderner Propagandamethoden. In Schleswig-Holstein kündigte Gauleiter Lohse propagandistisch geschickt an, „dass weit über 50 % der gesamten schleswig-holsteinischen Landbevölkerung nationalsozialistisch wählen wird“.⁶⁹

In der bürgerlichen Rechten spalteten sich im Mai 1930 Befürworter einer Regierungsbeteiligung von der DNVP ab. Ihre Versuche, durch die Gründung der Konservativen Volkspartei eine neue Sammlungsbewegung zu formieren, scheiterten an divergierenden Interessen der Beteiligten⁷⁰ und führten zu Wahantritten mehrerer Interessenparteien (Christlichnationale Bauern- und Landvolkpartei, Bauernpartei, Wirtschaftspartei).⁷¹

Die NSDAP setzte im Wahlkampf auf eine „Versammlungslawine“, d. h. sie trug die Parteipropaganda in möglichst viele (kleinere) Ortschaften, um damit breite Wählerschichten anzusprechen. Gewalttätige Auseinandersetzungen waren noch die Ausnahme, doch war reichsweit ein Anstieg zu verzeichnen.⁷² Eine Denkschrift des preußischen Innenministeriums gegen die NSDAP sorgte Anfang September für Aufsehen, doch wurde sie zumeist als politische Propaganda der sozialdemokratischen Landesregierung bewertet.⁷³

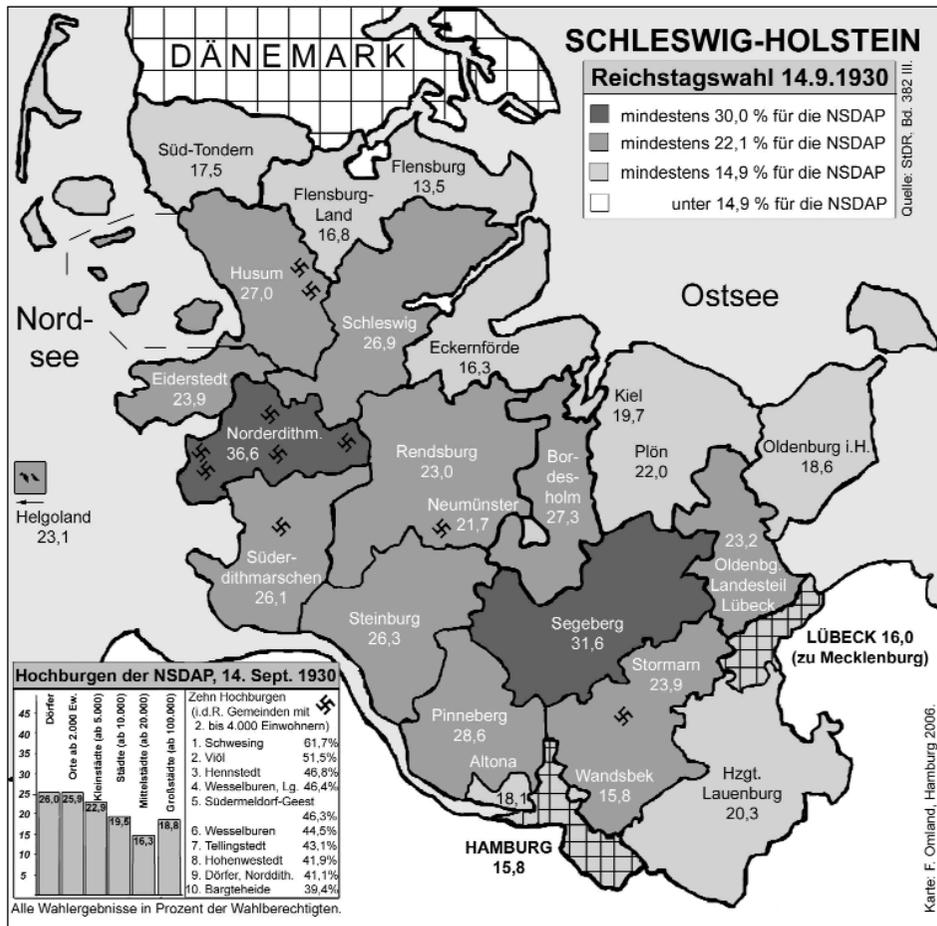
Da die NSDAP sich immer als Anti-System-Partei gerieren konnte, ohne sich durch Regierungsbeteiligung am konkreten Handeln messen lassen zu müssen, variierte sie ihre Versprechungen je nach Berufs- und Wählergruppe.⁷⁴

Für Schleswig-Holstein spielten – ähnlich wie zu den Provinzial-Landtagswahlen – die Ereignisse um die Landvolkbewegung eine große Rolle: Sowohl die Protestbewegung an sich als auch die beginnenden Prozesse gegen den radikalen Flügel um Claus Heim sind regionalspezifische Aspekte, die das Wahlverhalten mitbeeinflusst haben.⁷⁵ Die NSDAP versuchte sogar den in Haft sitzenden Claus Heim zu einer Reichstagskandidatur zu überreden, was dieser – sehr zum Unwillen von Gauleiter Lohse – ablehnte.⁷⁶

Aufgrund der vorherigen Landtagswahlergebnisse wurde allgemein eine relativer Wahlsieg der Partei erwartet, wobei alle Seiten nur noch durch die Höhe dieses Wahlsieges überrascht wurden.⁷⁷

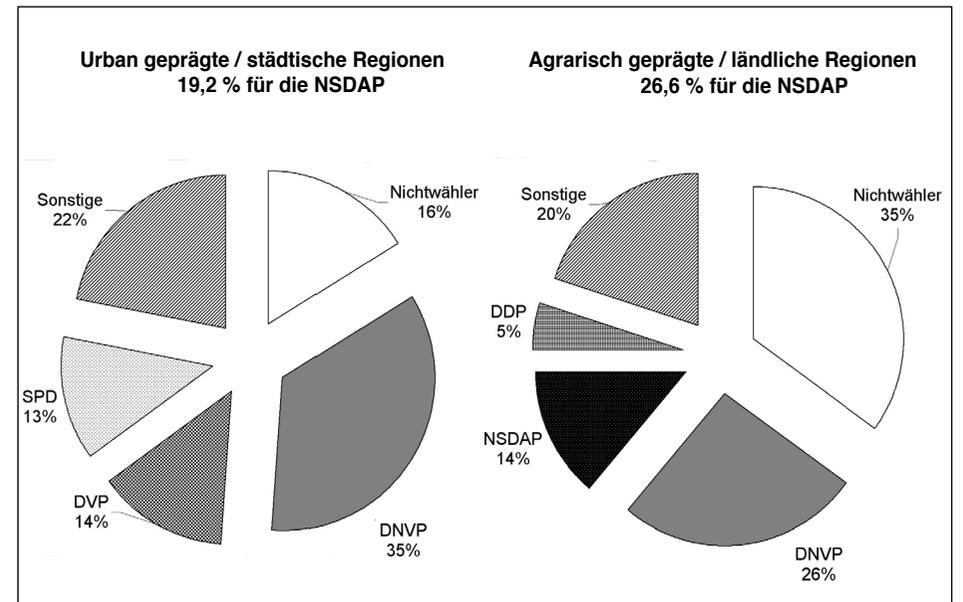
Der Wahlsieg der NSDAP auf Reichsebene (14,9 % der Wahlberechtigten) wurde in Schleswig-Holstein mit 22,1 % deutlich übertroffen: knapp 240.500 Stimmen führten dazu, dass der Wahlkreis zum ersten Mal zur Hochburg der Partei wurde.

Quantitativ verdankte sie diesen Erfolg den Wechselwählern der DNVP, gefolgt von mobilisierten Nichtwählern und dem sich auflösenden



Karte 6: NSDAP-Stimmanteile bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930

bürgerlich-liberalen Lager aus der DVP und DDP. Ausdifferenzierungen nach urbanen und ländlichen Gemeinden zeigen die wesentlichen Unterschiede auf: Zwar bleiben die Wechselwähler der DNVP und die ehemaligen Nichtwähler die größten Gruppen, doch sind die Haltequoten der NSDAP auf dem „Dorf“ fast viermal so hoch wie in der Stadt. Ähnlich groß ist der Unterschied bei der Mobilisierung der Nichtwähler: Auf dem „Dorf“ sind es dreimal so viele wie in den städtisch geprägten Regionen. Außerdem zeigt sich, dass SPD-Wählerschichten in den Städten deutlich wechselbereiter waren als auf dem flachen Land. Die gleichzeitige gegenseitige Wählerwanderung zur und von der DNVP belegt, dass es im städtischen Raum häufiger zu blockübergreifenden Wahlentscheidungen kam.⁷⁸



Grafik 6: Zusammensetzung der Wählerschaft der NSDAP bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 (Gesamtheit: 240.287 Stimmen, 22,1 %)

„Sonstige“ beinhaltet die Ergebnisse aller nicht explizit genannten Parteien. Lesebeispiel: Von der gesamten Wählerschaft der NSDAP war im ländlichen Raum jeder Vierte ein ehemaliger Nichtwähler, jeder Dritte ein ehemaliger DNVP-Wähler und knapp jeder Siebte ein vorheriger NSDAP-Wähler gewesen. Alle anderen stellten etwa jeden Vierten Wechselwähler.

Eindrucksvoll zeigt die Wählerwanderungsanalyse, was im September 1930 in Schleswig-Holstein passiert ist: Zum ersten Mal konnte die NSDAP größere Teile ihrer Wählerschaft halten, was sich gerade in ländlich geprägten Regionen deutlich zeigte. Dadurch, dass sie dort knapp 85 % ihrer „Stammwähler“ von 1928 zur erneuten Stimmabgabe bewegen konnte, machten diese quantitativ fast 13 % der gesamten dortigen NSDAP-Wählerschaft aus. Im Kern war der Wahlerfolg erdrutschartigen Verlusten im rechten und liberal-bürgerlichen Lager sowie der Mobilisierung von Nichtwählern geschuldet (siehe Grafik 6). Die NSDAP der Provinz profitierte damit am stärksten vom Anstieg der Wahlbeteiligung, konnte erstmals größere Teile ihrer eigenen Anhängerschaft an sich binden und sowohl im evangelisch-bürgerlichen Lager als auch der (städtischen) Sozialdemokratie etliche Wähler für sich gewinnen. Dies entsprach dem reichsweiten Trend, doch auf deutlich höherem Niveau.⁷⁹

Die Reichstagswahlen und Reichspräsidentenwahlen 1932

Aufgrund der fehlenden Daten auf Gemeindeebene können für die Urnengänge im Jahr 1932 keine Analysen von Wählerwanderungen und Wählerherkünften für Schleswig-Holstein angestellt werden. Angesichts der vielen Wahlereignisse des Jahres (Reichspräsidentenwahl im März/April, preußische Landtagswahl im April, Reichstagswahlen im Juli und November) ist das mehr als bedauerlich. Gerade die Ergebnisse des zweiten Wahlgangs der Reichspräsidentenwahl im April könnten Aufschlüsse darüber geben, wie groß der Wechsel aus dem konservativen Lager zur NSDAP in Schleswig-Holstein gewesen ist. Die Wahlforschung geht bisher davon aus, dass sich die (rechts-)konservative Wählerschaft Hindenburgs beim Wahlgang im April 1925 zum größten Teil mit der Wählerschaft Hitlers im April 1932 deckte, d. h. der Aufstieg der Nationalsozialisten sich vor dem Hintergrund eines Wechsels innerhalb der konservativen Wählerschaft abspielte.

Leider können darüber für Schleswig-Holstein keine Aussagen getroffen werden, gleiches gilt für den Wahlsieg der Nationalsozialisten im Juli 1932 und die relative Niederlage im November 1932. Jürgen Falter geht davon aus, dass die NSDAP im Juli 1932 auf Reichsebene am stärksten von der Auflösung der Interessenparteien profitierte, während Wechselwählern aus dem bürgerlichen Lager von DNVP und DVP und ehemaligen Nichtwählern keine so große Bedeutung mehr zukam, aber Wählerströme seitens der SPD zugunsten der NSDAP zu verzeichnen waren.⁸⁰ Der Stimmrückgang im November 1932 dürfte auf den innerparteilichen Streit um den Kurs der Partei und der Entscheidung Hitlers gegen eine Vizekanzlerschaft zurückzuführen sein⁸¹ und basierte reichsweit auf Verlusten der NSDAP an die DNVP sowie ans Nichtwählerlager.⁸² Ob diese reichsweiten Tendenzen in den Wählerwanderungen auch für Schleswig-Holstein so zutreffen, muss angesichts der Datenlage Spekulation bleiben.

Die NSDAP erreichte im Juli 1932 mit 506.000 Stimmen und 44,3 % der Wahlberechtigten (Deutsches Reich: 31,1 %) ihr bis dahin bestes Ergebnis. Im November 1932 sank sie mit 432.000 Stimmen auf 38,4 % der Wahlberechtigten ab (Deutsches Reich 26,5 %), dennoch konnte sie 1932 in Schleswig-Holstein bei sämtlichen Wahlen immer den ersten Platz aller Wahlkreise für sich beanspruchen.

Da erst für die Reichstagswahl vom März 1933 wieder eine vernünftige Datenbasis für Schleswig-Holstein vorliegt, müssen die Wählerwanderungen und Wählerherkünfte von der Reichstagswahl im September 1930 der Ausgangspunkt für die Schätzungen zum Wahlverhalten sein und die Zwischenschritte des Jahres 1932 sich zwangsläufig nivellieren.



Quelle: Gemeinsames Archiv der Stadt Itzehoe und des Kreises Steinburg, Itzehoe

Propaganda-Plakate bei der Reichstags- und preußischen Landtagswahl vom 5. März 1933 vor einem Wahllokal in Itzehoe

Die Reichstagswahlen vom 5. März 1933

Die Wahlen standen ganz im Zeichen der neuen Regierungskoalition aus DNVP und NSDAP: Die KPD war kriminalisiert worden, Funktionäre der Arbeiterbewegung kamen in „Schutzhaft“, und die „freie“ Wahl wurde behindert. So kam es überall in Schleswig-Holstein im Frühjahr 1933 zu gewalttätigen politischen Auseinandersetzungen, wobei mindestens 180 Personen verletzt und sieben Menschen getötet bzw. ermordet wurden.⁸³ Freie Wahlwerbung gab es nur noch für die Anhängerschaft der Regie-

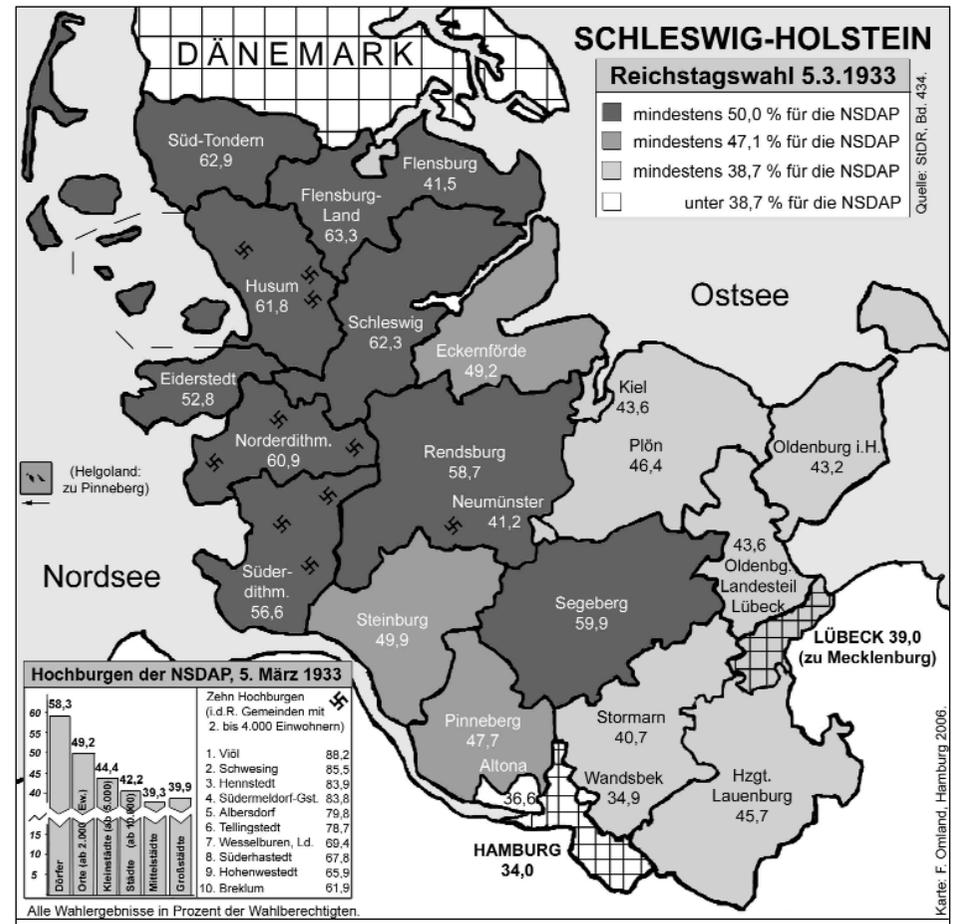
rupsparteien, KPD und SPD hingegen waren massiv in ihren Rechten eingeschränkt, ihre Zeitungen verboten worden. Einschüchterung und Terror bis hin zum politischen Mord beeinflussten den Wahlkampf in ganz Deutschland. Die Reichstagswahlen waren damit unfreie Urngänge, bei denen die Wahlberechtigten aber noch die Möglichkeit hatten, den verfolgten Parteien ihre Stimme zu geben.

Bei diesen letzten pluralistischen Wahlen vor dem Einparteienstaat erreichte die NSDAP in Schleswig-Holstein 47,1 % aller Wahlberechtigten (DR: 38,7 %) und konnte 533.743 Stimmen auf sich vereinigen.⁸⁴ In 20 der 21 Landkreise und Städte des Regierungsbezirks sowie dem oldenburgischen Landesteil Lübeck erhielt die Regierungskoalition die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen und konnte fast überall eine absolute Mehrheit der Wahlberechtigten auf sich vereinen.⁸⁵

Quantitativ verdankte sie diesen Wahlsieg ihrer eigenen Stammwählerschaft, gefolgt von ehemaligen SPD-Wählern in den Städten und mobilisierten Nichtwählern in den agrarisch geprägten Regionen. Während sie in den Städten nennenswert vom bürgerlichen Lager hinzugewann, profitierte sie auf dem Land von der faktischen Auflösung der Interessenparteien. Letzteres belegt die These von den „Zwischenwirten“, d. h. diese Parteien hatten zuerst ehemalige bürgerliche und konservative Wähler für sich gewinnen können, die dann im nächsten Schritt zur NSDAP wechselten. Die NSDAP hatte auf dem Lande wieder deutlich bessere Ergebnisse als in den Städten (55 % gegenüber 40 %).

Die Zugewinne von anderen Parteien sind dort dagegen zu vernachlässigen. In den Städten gelang der NSDAP ein Einbrechen ins SPD-Lager, deren geringe Wählerklientel in den Dörfern hingegen der Arbeiterpartei treu blieb. Es ist zu vermuten, dass diejenigen, die auf dem Dorf zur SPD oder auch KPD hielten, sowieso schon zu einer „ausgestoßenen“ Minderheit gehörten, die unter verstärkter sozialer Kontrolle standen. Wer sich hier zu einer Linkspartei bekannte, tat dies unter bewusster Einbeziehung der sozialen Folgen, was in den anonymen größeren Städten nicht unbedingt notwendig war und das Wechselwählertum befördert haben dürfte.⁸⁶ Auf dem Lande war die Stammwählerschaft der Arbeiterpartei zwar deutlich kleiner, aber auch deutlich stabiler als in den Städten.⁸⁷

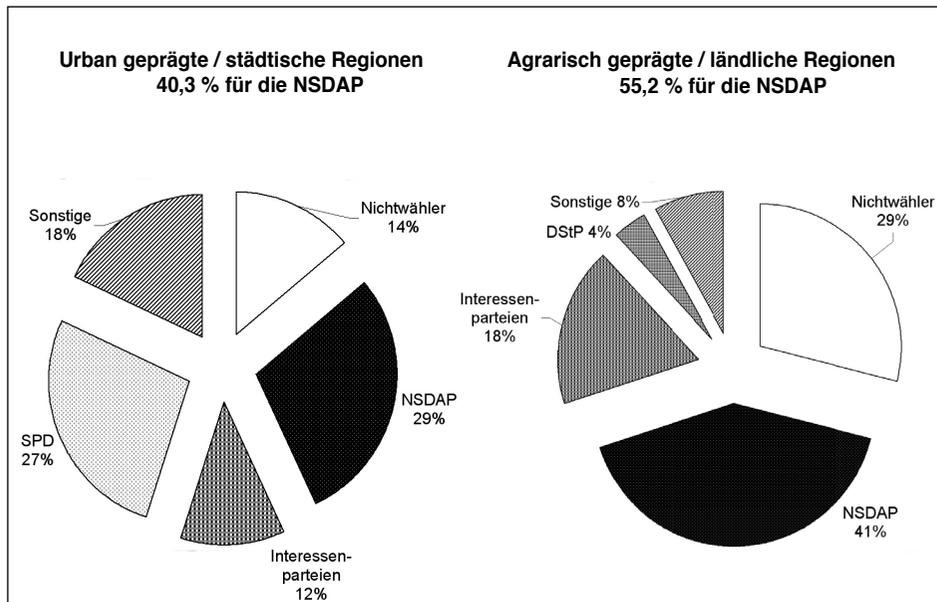
Die Haltequoten der NSDAP in Höhe von 62 % (urban) und 88 % (ländlich) belegen, dass die Partei ihre eigenen Anhänger trotz der relativen Niederlage im November 1932 im Kern an sich binden konnte. Die Schätzungen zu den Wählerwanderungen zeigen, dass von September 1930 zu März 1933 im urbanen Raum insbesondere die ehemaligen DVP-Wähler, gefolgt von denjenigen der Interessenparteien und denen der DNVP, in Scharen zur NSDAP wechselten: Mehr als die Hälfte ihrer Wähler von



Karte 7: NSDAP-Stimmanteile bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933

1930 gaben 1933 der NSDAP ihre Stimme. Erst danach folgten die Nichtwähler (40 %) und diejenigen der städtischen SPD (38 %). Im ländlichen Raum sah dies nur leicht anders aus: Ehemalige Nichtwähler (73 %) und diejenigen, die vorher die Interessenparteien gewählt hatten (72 %), wechselten am häufigsten zur NSDAP, und auch das liberal-bürgerliche Lager aus DStP und DVP befand sich in völliger Auflösung (54 und 36 %), wohingegen der Wechsel aus dem linken Lager eher gering ausfiel (je 8 %).

Der prozentuale Anteil der Wählerschaft an allen NSDAP-Stimmen spiegelt sich dementsprechend so wieder: Den Löwenanteil – wenn auch mit unterschiedlichen Gewichten – machten die Stammwählerschaft, die mobilisierten Nichtwähler sowie die ehemaligen Wähler der Interessenpar-



Grafik 7: Zusammensetzung der Wählerschaft der NSDAP bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933 (Gesamtheit: 533.746 Stimmen, 47,1 %)

„Sonstige“ beinhaltet die Ergebnisse aller nicht explizit genannten Parteien.
Lesebeispiel: Von der gesamten Wählerschaft der NSDAP im städtischen Raum war knapp jeder Dritte ein vorheriger NSDAP-Wähler, jeder sechste ein ehemaliger Nichtwähler, jeder siebte ein ehemaliger Wähler der Interessenparteien und jeder vierte ein ehemaliger SPD-Wähler gewesen.

teien aus. In ländlichen Regionen sind alle anderen Wechselwähler völlig zu vernachlässigen. In den urbaneren Regionen stellten hingegen ehemalige SPD-Wähler mit knapp jeder fünften Stimme für die NSDAP die zweitgrößte Wählergruppe innerhalb der Partei dar. Über die Motive dieser Wechselwähler kann nur spekuliert werden, möglicherweise handelte es sich um ein nationalistisches Klientel, vielleicht auch um diejenigen, die sich durch die Massenarbeitslosigkeit vom sozialen Abstieg bedroht fühlten (weniger: die tatsächlich schon Arbeitslosen).

„Fort mit den Splittern!“⁸⁸ – Interessenparteien als „Zwischenwirte“ auf dem Weg zur NSDAP

38

Im Gegensatz zur faktischen Monopolstellung des Zentrums im katholischen Lager – Ausnahme: Bayern – gelang es den evangelischen bürgerlichen Parteien in der Weimarer Republik nicht, einen tragfähigen Kompromiss zur Gründung einer Sammlungspartei zu finden. Gleichzeitig

konnten die liberalen und konservativen reaktionären evangelischen Parteien nur sehr bedingt ihre Wählerschaft an sich binden, und zum Ende der Republik waren hier die meisten WechselwählerInnen zu verzeichnen. Es entstand eine Reihe kleinerer Interessenparteien, die immer nur kurzzeitig Wähler für sich gewannen und letztlich nur „Zwischenwirte“ auf dem Weg zur NSDAP bildeten. Für Schleswig-Holstein soll am Beispiel der Reichstagswahlen von 1928 und 1930 das Verhalten dieser Wählerschaft analysiert werden, um aufzuzeigen, was in diesem „Lager“ passierte.

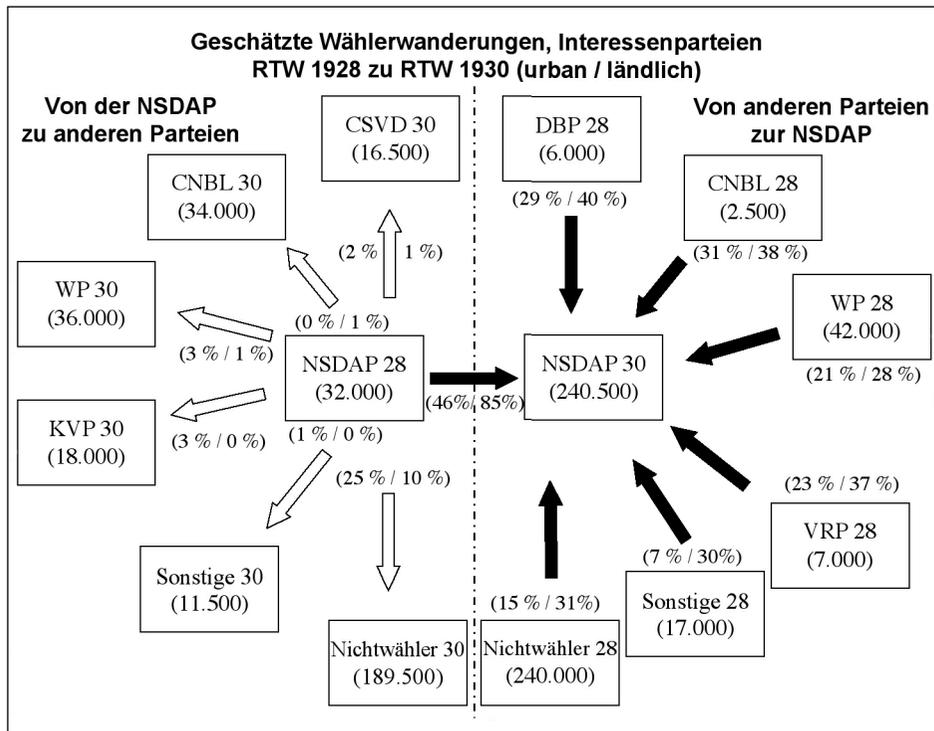
Von allen Interessenparteien kann die Reichspartei des deutschen Mittelstands, Wirtschaftspartei (WP), als die kontinuierlichste in Schleswig-Holstein bezeichnet werden. Sie verbuchte mit knapp 42.000 Stimmen bei der Wahl im Mai 1928 ihren größten Erfolg und gehörte mit 4,0 % der Wahlberechtigten unter den kleineren Parteien zur Spitzengruppe.⁸⁹ Im Gegensatz dazu entwickelte sich keine Neugründung in den Krisenjahren der Weimarer Republik in Schleswig-Holstein im Sinne ihrer Parteilührung und konnte tatsächlich Wähler kontinuierlich an sich binden. Weder die Konservative Volkspartei (KVP) noch der Christlich-soziale Volksdienst (CSVD) oder andere Versuche, eine Art Zentrums-Partei für die evangelischen Christen ins Leben zu rufen, waren von Erfolg gekrönt. Ebenso scheiterten alle Versuche zur Gründung einer Bauern- oder Landvolkspartei. Außer in zeitlich und räumlich sehr begrenztem Umfang spielten in Schleswig-Holstein keine dieser Parteien eine bedeutende Rolle in den Gemeinden.⁹⁰

Die Wirtschaftspartei erhielt in Schleswig-Holstein in den knapp sechs Jahren von Dezember 1924 bis September 1930 zwischen 3.800 und 42.000 Stimmen und blieb damit selbst in ihren Hochzeiten noch weit hinter dem Erfolg der SHBLD vom Januar 1919 (57.913 Stimmen) zurück. Trotzdem sollte die Wirtschaftspartei bis September 1930 die stärkste unter den Interessenparteien bleiben. Danach wechselten auch ihre Wähler in Scharen zur NSDAP über, so dass sie 1932 in die völlige Bedeutungslosigkeit versank und noch maximal 0,3 % der Wahlberechtigten erreichte.⁹¹

Grundsätzlich zeichneten sich die evangelischen Interessenparteien dadurch aus, dass sie bei der jeweils folgenden Wahl ihre Anhängerschaft nur schwach an sich binden konnten und diese am häufigsten ins Nichtwähler-Lager abwanderten. Haltequoten von maximal 10 % und Wahlenthaltungen von 20 bis 40 % belegen dieses Phänomen eindrucksvoll.⁹²

Der erste größere Wechselschub im Spektrum der evangelischen Kleinstparteien erfolgte schon 1928/1930: Von den knapp 74.000 Wahlberechtigten, die im Mai 1928 den Interessenparteien ihre Stimme gaben, wechselten je nach Partei jeder fünfte bis jeder dritte Wähler im September 1930 zur NSDAP, was schätzungsweise 17.000 Stimmen entspricht, wovon

39



Grafik 8: Geschätzte Wählerwanderungen, Interessenparteien 1928–1930

Abkürzungen der Parteien: DBP = Deutsche Bauernpartei; CNBL = Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei; WP = Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei); VRP = Volksrechtspartei; KVP = Konservative Volkspartei; CSVD = Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung)

Lesebeispiele: Von den knapp 7.000 WählerInnen der Volksrechtspartei vom Mai 1928 haben bei der darauffolgenden Reichstagswahl schätzungsweise 23 % im urbanen und 27 % im ländlichen Raum für die NSDAP gestimmt. Von den knapp 32.000 Wählern der NSDAP vom Mai 1928 wechselten bei der Reichstagswahl im September 1930 schätzungsweise 25 % im urbanen und 10 % im ländlichen Raum ins Nichtwähler-Lager über.

die Verluste der Wirtschaftspartei knapp die Hälfte ausmachten.⁹³ Die Wechselwählerschaft der Interessenparteien stellt damit ein knappes Zehntel der NSDAP-Wähler 1930 (siehe Grafik 8). Gleichzeitig stieg die Anzahl der Wahlberechtigten, die diese kleineren Parteien wählten, noch einmal auf knapp 120.000 an: Wirtschaftspartei, Landvolkpartei, Konservative Volkspartei, der Christlich-soziale Volksdienst und andere Splitterparteien erhielten zusammen fast 11 % der Stimmen der Wahlberechtigten im September 1930.⁹⁴ Von diesen wechselten bis März 1933 schätzungsweise

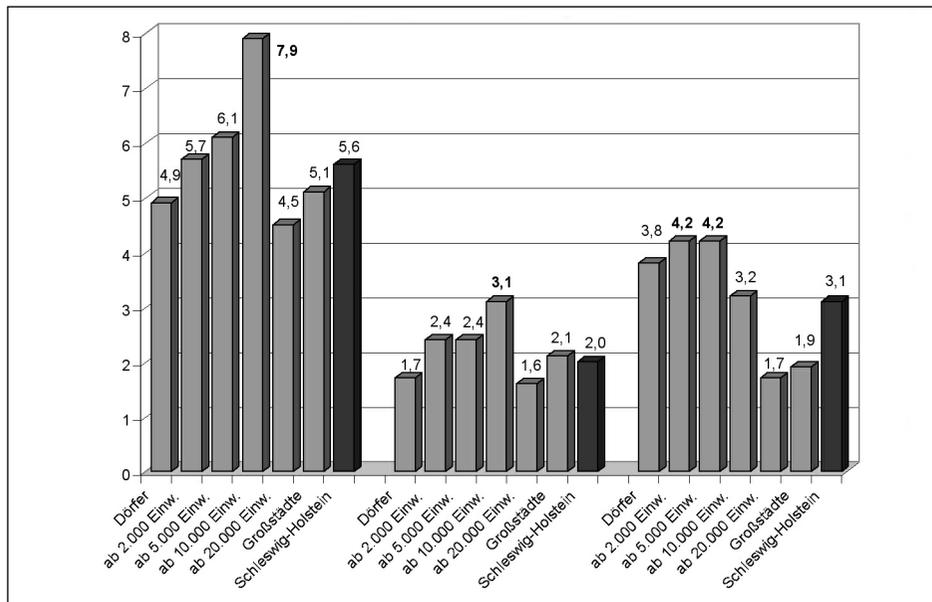
2/3 zur NSDAP und stellten damit nach deren Stammwählern und der Mobilisierung der Nichtwähler die insgesamt größte Wählergruppe der Partei in Schleswig-Holstein dar.

Der NSDAP gelang es von allen Parteien am besten, diejenigen Wähler anzusprechen, die keine größere Bindung an eine bestimmte Partei besaßen. Über die Motive dieser Wahlberechtigten kann nur spekuliert werden, doch klingt nach wie vor die These von Rudolf Heberle sehr plausibel. Dieser erklärte den schnellen Wechsel der politischen Ausrichtung der Landbevölkerung vom Liberalismus zum Konservatismus hin zum Nationalsozialismus damit, dass „die jeweils ‚neue‘ Partei im wesentlichen an die beständigen Elemente der politischen Gesinnung anknüpfte, im Übrigen aber den jeweiligen zeitbedingten Wünschen besser entsprach als die bisher vorherrschende Partei.“⁹⁵ Oder anders ausgedrückt: Die Wähler der Interessenparteien verbanden mit ihrer Wahlentscheidung jeweils die Hoffnung auf Lösung ihrer eigenen spezifischen Problemlagen und wandten sich nach der Nichterfüllung dieser Wünsche einer anderen Partei zu. Die NSDAP profitierte dabei von ihrer Nichtregierungsbeteiligung in Preußen bzw. ihrer konsequent antiparlamentarischen Haltung im Provinziallandtag. Dadurch konnte sie nicht an ihren realpolitischen Handlungen in verantwortlichen Positionen gemessen bzw. dafür „verworfen“ werden.

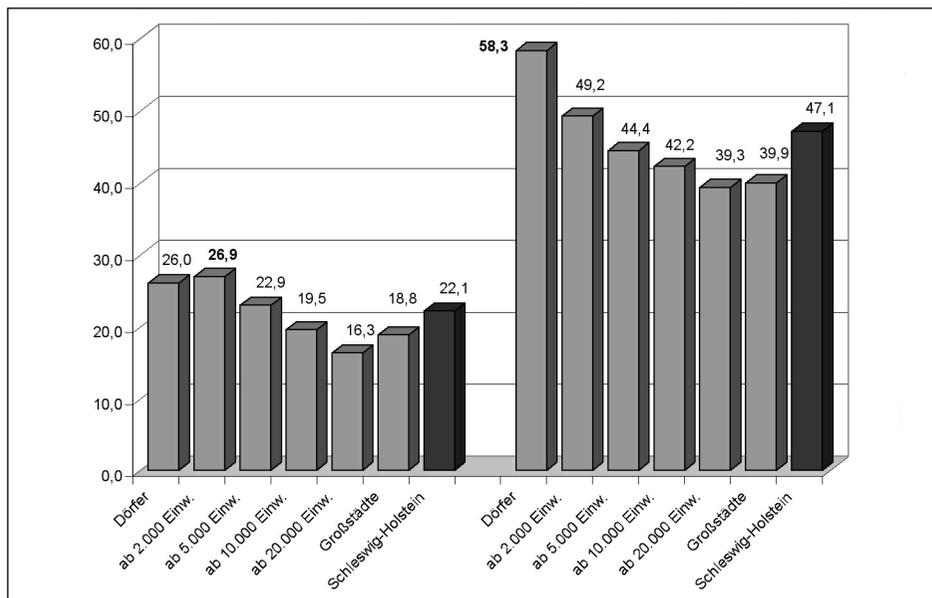
Entscheidender Strategiewechsel und seine Auswirkungen: der Wandel der Hochburgen der Nationalsozialisten 1924–1933

Für den Aufstieg der NSDAP in Schleswig-Holstein war es mitentscheidend, dass die Gauleitung ihren Schwerpunkt in der Propaganda veränderte: Sie wandte sich nicht mehr der Arbeiterschaft in den Städten, sondern bewusst und verstärkt den ländlichen Milieus zu und versuchte die Bauern für sich einzunehmen. Dies gelang ihr zwar erst mit einiger Verzögerung – zuerst wechselten eher Angehörige der selbstständigen Mittelschicht wie Handwerker, kleinere Kaufleute oder auch Pastoren zu ihr über –, doch gewann sie zunehmend auch die Bauernschaft für sich. Die lawinenartigen Erfolge dieses Strategiewechsels in der Zielgruppenorientierung der Partei lassen sich auch klar nachweisen, denn von 1924 bis 1933 vollzog sich ein Wandel in den Hochburgen der NSDAP bzw. ihrer Vorläufer. Während der VSB im Mai 1924 im Kern immer besser abschnitt, je größer die Gemeinde war, sollte es bei der NSDAP im März 1933 genau anders herum sein: je kleiner die Gemeinde, desto größer war der Wahlerfolg.⁹⁶

Die Erfolge des VSB im Mai 1924 sind der städtischen Wählerschaft zu verdanken: So waren die Völkischen gerade in den Kleinstädten bis 10.000 bzw. bis 20.000 Einwohnern überdurchschnittlich stark vertreten und



Grafik 9: Auswirkungen des Wechsels in der Zielgruppenorientierung: von den städtischen zu den ländlichen Milieus (RTW Mai 1924, Dezember 1924, Mai 1928)



Grafik 10: Auswirkungen des Wechsels in der Zielgruppenorientierung: von den städtischen zu den ländlichen Milieus (RTW September 1930, März 1933)

konnten dort 6,1 % bzw. 7,9 % der Stimmen erlangen. Der VSB war eindeutig auf die alte antisemitisch eingestellte kaiserzeitliche Honoratiorenschaft ausgerichtet, und auch die einzelnen Protagonisten in Schleswig-Holstein, die für ihn aktiv wurden, passen in dieses Bild.⁹⁷ In den Dörfern dominierte hingegen fast unangefochten die DNVP, die hier zum Teil 10 bis 15 % mehr Stimmen erhielt als in den größeren Städten der jeweiligen Kreisgebiete.⁹⁸

Abgesehen vom Kreis Rendsburg und der Gemeinde Hohenwestedt (20,3 %) lagen die Hochburgen des VSB größtenteils im Umland von Hamburg und Altona. Die verkehrstechnische Anbindung an den Großraum Hamburg bzw. die Aktivitäten Einzelner bestimmten vermutlich die Erfolge, etwa in Mölln, Hohenwestedt und Rendsburg.

An der grundsätzlichen Bewertung der Erfolge der Völkischen im kleinstädtischen Milieu änderte auch die Niederlage der NSFB im Dezember 1924 nichts: Weiterhin war die Partei, wenn auch auf einem sehr viel niedrigeren Niveau, dort am erfolgreichsten, wo der VSB es schon im Mai 1924 gewesen war.⁹⁹

Den Status einer Splitterpartei verlor sie auch nach der Wiedergründung der NSDAP im März 1925 nicht. Aufgrund der organisatorischen und personellen Schwerpunkte (Altona, Kiel, Flensburg), persönlichen Rivalitäten zwischen Gauleiter Lohse und einem Anführer der DVFP sowie internen Auseinandersetzungen um den richtigen Kurs trat die Partei in der Folgezeit faktisch bei Wahlen und Abstimmungen nicht in Erscheinung.

Erst der durch Gauleiter Lohse beförderte Wechsel in der Zielgruppenorientierung sollte dies entscheidend verändern: Während die NSDAP anfangs noch versuchte, die städtische Arbeiterschaft durch Vorträge bekannter Nationalsozialisten für sich zu gewinnen, führte die völlige Erfolglosigkeit dieses Unterfangens zu einer Schwerpunktverlagerung in der Wahl- und Mitgliederwerbung. Die Strategie „Zuerst die Städte, dann die Dörfer“ wandelte sich in „Zuerst die Dörfer, dann die Städte“ um. Zwar sollte die Propaganda in den Städten nicht aufgegeben, doch die personellen und propagandistischen Ressourcen deutlich auf ausgewählte ländliche Gebiete konzentriert werden.¹⁰⁰ Die bewusste Hinwendung zur dortigen Bevölkerung, der Versuch, die dörflichen Milieus zu durchdringen, und die Schwerpunktsetzung im Ausbau der Ortsgruppen (insbesondere in Dithmarschen) erwies sich in der Folgezeit bei Wahlen als Erfolgsgeschichte.¹⁰¹

Die Auswirkungen dieser neuen Strategie zeigen sich im Wandel der Hochburgen der NSDAP bei der Reichstagswahl im Mai 1928: Die Kleinstädte mit bis zu 20.000 Einwohnern stellten nicht mehr länger die Hoch-

burgen dar, denn nur noch 3,2 % der dortigen Wählerschaft stimmten für die NSDAP, während es in den kleineren Städten und Dörfern zwischen 3,8 und 4,2 % waren. Durch einen Wahlkampf, der sich mit nationalistischen und antisemitischen Parolen gegen die Konkurrenz im eigenen Lager (den Völkisch-nationalen Block)¹⁰² und die übermächtige DNVP zu stellen versuchte, stabilisierte sich die NSDAP auf niedrigem Niveau, wobei ihr die lawinenartigen Erfolge in Dithmarschen und den angrenzenden Kreisgebieten Recht gaben: Neun der zehn Gemeinden mit der höchsten Stimmzahl lagen in Dithmarschen, und auch insgesamt konnte die NSDAP in den Dörfern in Konkurrenz zu anderen Parteien treten.

Der Strategiewechsel führte dazu, dass sich die Hochburgenverteilung der Partei fast vollständig wandelte. Im Kern galt nun: je kleiner die Gemeinde, desto höher das Ergebnis der Partei. Von den 20 Hochburgen (Gemeinden mit den höchsten Stimmanteilen) des Jahres 1924 finden sich lediglich Mölln (1924 I: 19,5 %; 1924 II: 10,3 %; 1928: 9,6 %) und Bargtheide (13,0 %; 5,3%; 11,1 %) auch 1928 unter den ersten 20.¹⁰³

Die NSDAP stieg damit schon 1928 zur direkten Konkurrenz der DNVP auf, wobei dies anfangs nur auf wenige Gemeinden begrenzt blieb. Der gezielte Ausbau der Wahlpropaganda in den ländlichen Regionen ließ sie aber bei den nachfolgenden Wahlen nicht nur zur stärksten Konkurrenz der DNVP werden, sondern diese sogar schon 1930 überflügeln.

NSDAP und DNVP im Vergleich 1924–1933

	Mai 1924		Dezember 1924		Mai 1928		September 1930		März 1933	
	VS	DNVP	NSFB	DNVP	NSDAP	DNVP	NSDAP	DNVP	NSDAP	DNVP
	ø 5,6	ø 23,5	ø 2,0	ø 25,1	ø 3,1	ø 17,4	ø 22,1	ø 5,0	ø 47,1	ø 9,0
1. Quartil	4,9	31,7	1,7	32,8	3,7	22,6	25,8	5,9	57,4	9,9
2. Quartil	6,1	25,9	2,4	27,8	3,1	16,6	25,4	4,1	49,6	10,6
3. Quartil	5,8	24,8	2,6	25,7	4,9	15,0	25,2	4,5	48,1	9,6
4. Quartil	6,0	17,6	2,1	19,8	2,4	14,7	19,1	4,6	40,8	8,2

1. Quartil: das Viertel aller Gemeinden mit den wenigsten Einwohnern

4. Quartil: das Viertel aller Gemeinden mit den meisten Einwohnern

Lesebeispiel: Im September 1930 erzielte die NSDAP durchschnittlich 22,1 % der Wahlberechtigten-Stimmen und konnte um so mehr Stimmen erreichen, je kleiner die Gemeinden waren (1. Quartil).

Tabelle 3: Wahlerfolge von NSDAP und DNVP im Vergleich

In der Folgezeit sollte sich der Strategiewechsel so auswirken, dass die NSDAP in ihren Hochburgen von 1928 auf immer höherem Niveau Wahlsiege verbuchen konnte. Die Kontinuität der Hochburgen von 1928–1933 ist frappierend hoch, und der Wandel der Erfolge vom kleinstädtischen zum dörflichen Milieu setzte sich sowohl bei den Wahlen 1930 als auch im

März 1933 weiter fort. So weisen die Kleinstädte mit bis zu 20.000 Einwohnern – als Maßstab für die VSB-Erfolge von Mai 1924 – und die Dörfer bei den Wahlen 1930 durchschnittlich fast 7 Prozentpunkte und im März 1933 sogar 16 Prozentpunkte Unterschied auf. Gleichzeitig konnte die Partei ihre Erfolge im ersten Kerngebiet ihrer Hochburgen so ausbauen, dass die NSDAP vor Ort eine faktische Monopolstellung unter den Parteien in den betreffenden Gebieten erhielt. So konnten abweichende politische Positionen marginalisiert und unter massive soziale Kontrolle der Dorfgemeinschaft gestellt werden.¹⁰⁴

Der Wechsel in der Zielgruppenorientierung und der daraus folgende modellhafte gezielte Aufbau und Ausbau in bestimmten ländlichen Räumen (hier: Dithmarschen und anliegende Kreisgebiete) hat entscheidend zum reichsweit in dieser Höhe überdurchschnittlichen Erfolg der NSDAP in Schleswig-Holstein beigetragen.

Hochburgen und die Zwischenstationen auf dem Weg zur NSDAP

Um herauszufinden, ob es einen Zusammenhang zwischen Wechselwählern der Parteien und der NSDAP auch über einzelne Wahlpaare hinaus gibt, soll die Möglichkeit des Wähleraustauschs über so genannte Zwischenwirte überprüft werden.

Als Vergleichsmaßstab dienen dafür die 20 Hochburgen der NSDAP von März 1933.¹⁰⁵ In diesen 20 Gebieten wurde ermittelt, welche der anderen Parteien ebenfalls in denselben Gemeinden und ländlichen Restbezirken ihre Hochburgen hatten. Dies wird als ein Indiz für spätere Wählerwanderungen interpretiert, die sich nicht in den Analysen der Wahlpaare abbilden.

Bei der Herkunft der NSDAP bestätigt sich indirekt die Stärke der Partei in den ländlichen Gebieten und unter dem Landvolk: Sie „beerbt“ sowohl die Hochburgen der SHLP vom Februar 1921 als auch diejenigen der DNVP im Jahr 1924, dem Jahr, in dem die Deutschnationalen die unbestrittene Meinungsführerschaft auf dem Dorf erlangen sollten. Ebenso auffällig ist die Parallelität der Hochburgen der kleineren bäuerlichen Interessenparteien bei der Wahlen 1928 und 1930 mit den Gemeinden, die im März 1933 Hochburgen der NSDAP werden sollten. Sowohl die Deutsche Bauernpartei als auch die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei konnten 1928 und 1930 nur zeitweise Wähler für sich gewinnen, während die NSDAP in denselben Gemeinden im März 1933 ihre großen Erfolge haben sollte.

Interessanterweise gibt es nur wenige Zusammenhänge zwischen DVP- bzw. DDP-Hochburgen und denen der NSDAP – ein Befund, der sich

Tabelle 4: Vergleich der 20 Hochburgen der Nationalsozialisten 1924–1933

	RTW Mai 1924	DFVP	RTW Dez. 1924	NSFNB	RTW Mai 1928	NSDAP	RTW Sept. 1930	NSDAP	RTW März 1933	NSDAP
Deutsches Reich	5,0	5,0	Deutsches Reich	2,3	Deutsches Reich	2,0	Deutsches Reich	14,9	Deutsches Reich	38,7
Schleswig-Holstein	5,6	5,6	Schleswig-Holstein	2,0	Schleswig-Holstein	3,1	Schleswig-Holstein	22,1	Schleswig-Holstein	47,1
Hohenwestedt	20,3	20,3	Mölln	10,3	Albersdorf*	32,1	Schweising	61,7	Viöl	88,2
Mölln	19,5	19,5	Burg auf Fehmarn	8,7	Südermeldorf-Geest*	28,2	Viöl	51,5	Schweising	85,5
Kappeln	19,4	19,4	Alt-Rahlstedt	7,8	Süderhastedt*	20,2	Hennstedt*	46,8	Hennstedt*	83,9
Ahrensburg	16,5	16,5	Kappeln	7,5	Tellingstedt*	20,2	Wesselburen*	46,4	Südermeldorf-Geest*	83,8
Eidelstedt	13,6	13,6	Ahrensburg	6,9	Wesselburen*	13,7	Südermeldorf-Geest*	46,3	Albersdorf*	79,8
Bargtheide	13,0	13,0	Eidelstedt	6,8	Hennstedt*	13,7	Wesselburen, Stadt	44,5	Tellingstedt*	78,7
Bad Schwartau	12,7	12,7	Südermeldorf-Geest*	6,2	Burg in Dithm.*	13,1	Tellingstedt*	43,1	Rb. Husum	73,0
Schneisen	12,5	12,5	Meldorf	5,8	Wesselburen, Stadt	12,7	Hohenwestedt	41,9	Rb. Schleswig	70,5
Bad Oldesloe	12,2	12,2	Schnelsen	5,7	Lunden*	12,1	Rb. Norderdithm.	41,1	Wesselburen*	69,4
Wesselb., Ksp.-Ldg.*	11,6	11,6	Bargtheide	5,3	Rb. Steinburg	12,1	Bargtheide	39,4	Rb. Norderdithm.	68,8
Burg auf Fehmarn	11,6	11,6	Lokstedt	4,6	Rb. Norderdithm.	11,9	Quickborn	38,9	Süderhastedt*	67,8
Rendsburg	11,3	11,3	Heiligenhafen	4,6	Hohenwestedt	11,3	Rb. Pinneberg	37,5	Rb. Südtondern	66,8
Rb. Rendsburg	11,2	11,2	Blankenese	4,5	Bargtheide	11,1	Mildstedt	36,3	Hohenwestedt	65,9
Husum	10,2	10,2	Büsum, Ksp.-Ldg.*	4,5	Rb. Süderdithm.	9,6	Eutin, Stadt	35,3	Rb. Rendsburg	64,9
Itzehoe	10,2	10,2	Elmsborn	4,3	Mölln	9,6	Halstenbek	35,0	Rb. Lkr. Flensburg	64,8
Ost Ratekau	9,9	9,9	Eckernförde	3,8	Rb. Rendsburg	9,2	Lunden*	34,7	Brekklum	61,9
Stellingen-Langenf.	9,4	9,4	Wesselb., Ksp.-Ldg.*	3,8	Heide	9,2	Rellingen	34,5	Rb. Segeberg	61,8
Blankenese	9,2	9,2	Plön	3,8	Marne*	9,2	Tomesch	33,5	Mildstedt	61,2
Westerland	9,1	9,1	Itzehoe	3,7	Halstenbek	7,4	Rb. Segeberg	33,4	Wesselburen, Stadt	59,5
Klein Flottbek	8,9	8,9	Stellingen-Langenf.	3,6	Rb. Pinneberg	7,3	Burg in Dithm.*	33,1	Niebuß	59,5

*Ksp.-Ldg. = Kirchspiel-Landgemeinden bzw. Landgemeinden Rb. = ländliche Restbezirke (Gemeinden unter 2.000 Einwohner)
Stellingen-Langenf. = Stellingen-Langenfelde; Wesselb. = Wesselburen Kursiver Gemeinename: Ort reichsweit eine von zehn Hochburgen der NSDAP

Tabelle 4: Vergleich der 20 Hochburgen der Nationalsozialisten 1924–1933

	Feb. 1921	Mai 1924	Dez. 1924	Mai 1928	Sept. 1930	März 1933
NSDAP	–	3	2	9	11	20
DNVP	7	12	13	5	0	1
DVP	1	2	4	4	0	2
DDP	2	1	2	1	3	0
SHLP	14	7	–	–	–	–
SPD	0	0	0	1	0	0
KPD	0	1	2	1	2	0
Sonstige	0	0	0	WP: 5 DBP: 9	WP: 1 CNBL: 11 CSVD: 5 KVP: 1	0

Tabelle 5: NSDAP-Hochburgen im Vergleich

Leeseispiel: Von den 20 Gemeinden, in denen die NSDAP im März 1933 die meisten Stimmen erhielt, waren im Mai 1924 lediglich drei schon Hochburgen des VSB gewesen.

Von den 20 Hochburgen der NSDAP vom März 1933 waren im Mai 1924 zwölf Hochburgen der DNVP und im Februar 1921 insgesamt 14 Hochburgen der SHLP gewesen.

ebenso auf der Reichsebene wiederfindet wie die Tatsache, dass es fast keine Übereinstimmungen mit denen der Arbeiterparteien gab.¹⁰⁶

Als ein weiteres Indiz für so genannte Zwischenwirte auf dem Weg zum Erfolg sollen die Wahlergebnisse der NSDAP in den jeweiligen Hochburgen und Diaspora-Gebieten der anderen Parteien einbezogen werden. Als Hochburgen wurden die 20 Gemeinden bzw. ländlichen Restbezirke definiert, in denen die jeweilige Partei im Februar 1921 und Mai 1924 am stärksten abschnitt (Mittelwert 1921/1924). Diaspora bezeichnet die 20 Gemeinden, in denen die jeweilige Partei am schlechtesten abschnitt. Auch hier sind die Ergebnisse ziemlich eindeutig (siehe Tabelle 6).

Die NSDAP sollte ab 1928 dort am stärksten werden, wo 1921/24 die SHLP ihre Hochburgen gehabt hatte, und ein ähnlicher Zusammenhang lässt sich mit den Hochburgen der DNVP ausmachen. Beides spricht dafür, dass diese Wählerschaften mitverantwortlich für die Wahlsiege der Partei gewesen sein könnten. Ähnlich ist umgekehrt zu sagen, dass die NSDAP dort am schlechtesten abschnitt, wo KPD bzw. SPD ihre Hochburgen besaßen. Die Wählerschaft in den Hochburgen der beiden Arbeiterparteien war im Längsschnitt gesehen am stärksten gegen die NSDAP resistent. Der Befund für die beiden liberalen Parteien ist hingegen weniger eindeutig: Einerseits kann die NSDAP insbesondere in deren Diaspora-Gebieten deutlich mehr Stimmen auf sich vereinen als in deren Hochburgen. Ande-

Entwicklung der NSDAP in den Hochburgen bzw. Diaspora-Gebieten der anderen Parteien

NSDAP*		SHLP	DNVP	DVP	DDP	SPD	KPD
SH/DR		HB/DI	HB/DI	HB/DI	HB/DI	HB/DI	HB/DI
5,6/5,0	Mai 1924	5,2/6,6	4,2/5,1	5,1/5,0	5,1/3,9	3,7/4,0	4,2/4,3
2,0/2,3	Dez. 1924	1,9/3,0	2,4/1,9	2,0/2,0	2,0/1,3	1,0/1,6	1,4/1,9
3,1/2,0	Mai 1928	8,7/1,6	4,1/1,9	3,2/3,1	3,1/3,2	1,6/8,3	1,6/7,1
22,1/18,1	Sept. 1930	32,0/21,7	28,4/17,8	22,6/23,7	21,2/25,1	18,0/33,8	18,0/28,1
47,1/39,7	März 1933	67,6/40,6	57,9/41,1	48,4/53,2	45,3/56,9	40,0/69,6	36,6/63,9

HB = Hochburgen; DI = Diaspora-Gebiete.

*= Mai 1924: VSB, Dezember 1924: NSFB. SH = Schleswig-Holstein, DR = Deutsches Reich.

Lesebeispiel: In den Hochburgen der SPD vom Februar 1924/Mai 1924 erzielte die NSDAP im Mai 1928 lediglich 1,6% der Stimmen der Wahlberechtigten. In den Diaspora-Gebieten der SPD konnte sie hingegen 8,3 % erreichen.

Tabelle 6: Entwicklung der NSDAP in Hochburgen bzw. Diaspora-Gebieten anderer Parteien

rerseits liegt sie auch dort über dem Reichsdurchschnitt und z. T. sogar auf Linie ihrer schleswig-holsteinischen Ergebnisse.

Dies sind Indizien, die im Kern die bisherigen Aussagen dieser Untersuchung bestätigen, wobei außerdem ein deutlicherer Zusammenhang zwischen ehemaligen SHLP- (und wahrscheinlich SHBLD-)Wählern und dem Aufstieg der NSDAP sichtbar wird.¹⁰⁷

Soziale Schichtung der NSDAP im März 1933

Zur sozialen Schichtung der NSDAP in Schleswig-Holstein hat sich der Verfasser schon an anderer Stelle ausführlicher geäußert; hier werden daher nur einige zentrale Aspekte fokussiert und die methodischen Fragestellungen nur kurz angerissen.¹⁰⁸

Grundsätzlich bestehen letztere darin, dass es in der Weimarer Republik keine Umfragen zum Wahlverhalten gegeben hat. Sämtliche Aussagen über die Affinität bzw. das Verhalten von Berufsgruppen bei den Urnengängen müssen deswegen mithilfe von statistischen Methoden geschätzt werden. Neben der kleinräumlichen Auszählung der Bevölkerung aufgrund von Adressbüchern und Straßenverzeichnissen wie es etwa Schneider/Schulz für einige wenige Stimmbezirke Kiels getan haben,¹⁰⁹ bleibt auf der Ebene der Gemeinden nur die Schätzung mithilfe der Überlieferungen aus den Volkszählungen. Dies wirft eine Reihe von methodischen Problemen auf, von denen vier dem Verfasser am wichtigsten erscheinen:

Zum ersten können für Schleswig-Holstein nur anhand der Volkszählung vom Juni 1933 genügend Daten gewonnen werden, um Schätzungen vornehmen zu können.¹¹⁰

Zum zweiten wird in der Volkszählung auf die (erwerbstätige) Wohnbevölkerung abgehoben und nicht auf die Wahlberechtigten, was dazu führt, dass der Anteil von letzteren an der Wohnbevölkerung ebenfalls geschätzt werden muss, um statistische Fehlinterpretationen zu vermeiden.¹¹¹ So schwankte etwa die Anzahl der nicht wahlberechtigten Erwerbspersonen im Deutschen Reich zwischen 1 % unter den Selbstständigen und 25 % bei den Hausangestellten, was ohne diese Methode zu Verzerrungen und zu Fehlschlüssen bezüglich des Wahlverhaltens der Berufsgruppen führen würde.¹¹²

Zum dritten verbergen sich hinter den in der Volkszählung genannten Rentenversicherungskategorien sehr unterschiedliche Berufsbilder, was für die Interpretation der Ergebnisse mitgedacht werden muss. So gelten als „Selbstständige“ sowohl der gut situierte Arzt oder Rechtsanwalt als auch der kleine Krämer mit einem vielleicht schlecht gehenden Geschäft. Ähnlich sieht es auch für die Kategorie „Arbeiter“ aus: Zwischen dem Hilfsarbeiter oder dem Heimarbeiter über den Landarbeiter bis hin zum hoch spezialisierten Facharbeiter in den Industriezentren lagen soziale und finanzielle Welten, die in der allgemeinen Verwendung des Begriffs „Arbeiter“ nicht zwangsläufig mitgedacht wurden und werden.¹¹³

Zum vierten gibt es bei Schätzungen zum Verhalten anhand von Sozialstrukturvariablen das Problem der Referenzkategorie, denn im Gegensatz zur Kategorie „Nichtwähler“ bei der Analyse der Wählerherkünfte ist die Verwendung der „Berufslosen Selbstständigen“ als Referenzkategorie bei Schätzungen zur sozialen Schichtung methodisch nicht ganz unproblematisch. Dementsprechend sollten die Schätzungen des Wahlverhaltens nach Berufsgruppen bzw. Wirtschaftsabteilungen vorsichtiger interpretiert werden, als die zu den Parteien und deren (Wechsel-)Wählerschaft.¹¹⁴ Sie geben lediglich Größenordnungen und Ausrichtungen innerhalb dieser an und ermöglichen keine Rückschlüsse auf das individuelle Verhalten einzelner Angehöriger dieser Berufsgruppen.

Zur Wirtschafts- und Berufsstruktur der Region

Schleswig-Holsteins Wirtschafts- und Berufsstruktur war geprägt durch bäuerliche Erwerbstätigkeit einerseits und industrielle Produktion in den größeren Städten und den Hamburger Umlandgemeinden andererseits. Dies spiegelt sich auch bei den Wirtschaftsgruppen wider: 30,4 % waren in der Land- und Forstwirtschaft, 32,2 % in Industrie und Handwerk, 10,1 % in den öffentlichen und privaten Diensten sowie 22,5 % in Handel und Verkehr und 5,0 % in den häuslichen Diensten erwerbstätig. Nach Berufen gegliedert gab es 22 % Selbstständige, 18 % mithelfende Familienangehörige, nur 6,9 % Beamte, 12,1 % Angestellte, 36,1 % Arbeiter und 5 %

Hausangestellte, womit der Wahlkreis bei den mithelfenden Familienangehörigen deutlich über dem Reichsdurchschnitt von 9,6 % und bei allen anderen Berufsgruppen unter dem Durchschnitt bzw. nur knapp darüber lag.¹¹⁵

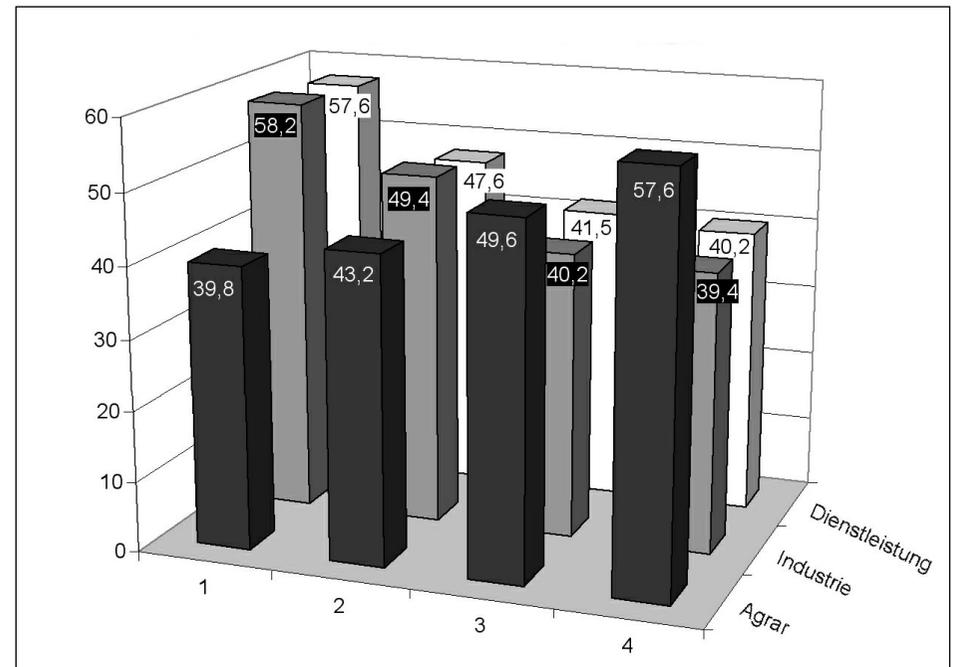
Schleswig-Holstein war einerseits stark agrarisch ausgerichtet und hatte eine große Anzahl von kleineren und mittleren Höfen, war andererseits durch die städtisch-industriellen Regionen – um die großen Städte und in den Hamburg-nahen Kreisen – geprägt. „Insgesamt war Schleswig-Holstein ein Land der Klein- und Mittelindustrie sowie der Landwirtschaft. Großbetriebe gab es fast nur bei den Werften; industriegerechte Rohstoffe fehlten ganz. Die wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft nahm ständig ab, ohne dass der gewerbliche und industrielle Sektor eine entsprechende Zunahme hätte verzeichnen können“, zieht Peter Wulf ein Fazit.¹¹⁶

Zur Beschäftigungsstruktur und zum Wahlverhalten

Um zu ermitteln, wie erfolgreich die NSDAP innerhalb der verschiedenen Wirtschaftsabteilungen war, wurden der primäre, sekundäre und tertiäre Sektor jeweils in vier gleichgroße Quartile aufgeteilt und die dortigen Wahlergebnisse der Partei ermittelt (siehe Grafik 11).¹¹⁷ Für die NSDAP stellten sich die deutlichsten Zusammenhänge im ländlichen Raum ein: Je höher der Anteil im Agrarsektor (Land- und Forstwirtschaft) ausfiel – hier arbeiteten 218.000 Menschen, d.h. selbstständige Bauern, deren Angehörige sowie die Landarbeiter –, desto höher war der Anteil der NSDAP. Er stieg von knapp 40 % auf 58 % an. Im Gegensatz dazu fiel die Zustimmung im Sektor „Industrie und Handwerk“ sowie bei „Dienstleistungen und Handel“ in der Tendenz genau umgekehrt aus: Je höher jeweils der Anteil an diesen Sektoren ausfiel, desto schlechter schnitt die NSDAP ab, wobei sie dort, wo der Industriesektor am stärksten vertreten war, ihre niedrigsten Ergebnisse zu verzeichnen hatte.

Diese Tendenzen spiegeln sich auch bei Analysen zum Wahlverhalten der Berufsgruppen wider.¹¹⁸ Um qualitative Aussagen treffen zu können, wurden hier die Gemeinden in urbane / städtische und agrarisch / ländlich geprägte Regionen aufgeteilt, wobei als Kriterium der Anteil der Bevölkerung gewählt wurde, der von Land- und Forstwirtschaft lebte.¹¹⁹

So stimmten schätzungsweise 32 % aller städtischen und über 80 % der „Selbstständigen“ im landwirtschaftlich geprägten Raum für die NSDAP. Im städtischen Raum lag hingegen die DNVP noch vor der NSDAP und erhielt dort fast 38% aller Stimmen innerhalb dieser Berufsgruppe. Auch innerhalb der städtischen Beamtenschaft (57 %) und unter den dortigen „Angestellten“ (43 %) konnte die NSDAP überdurchschnittlich viele Wählerstimmen für sich gewinnen. Ähnlich sah es für die „Mantelbevölkerung“



Grafik 11: Wirtschaftsabteilungen und NSDAP-Stimmen, März 1933

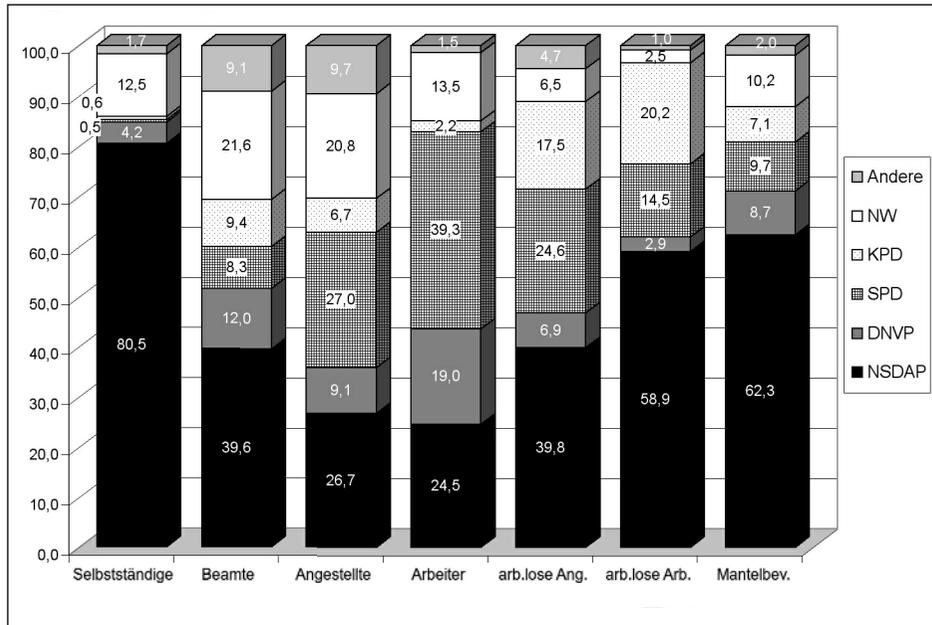
1. Quartil: Gemeinden und Restbezirke mit dem geringsten Anteil in diesem Wirtschaftssektor

4. Quartil: Gemeinden und Restbezirke mit dem größten Anteil in diesem Sektor

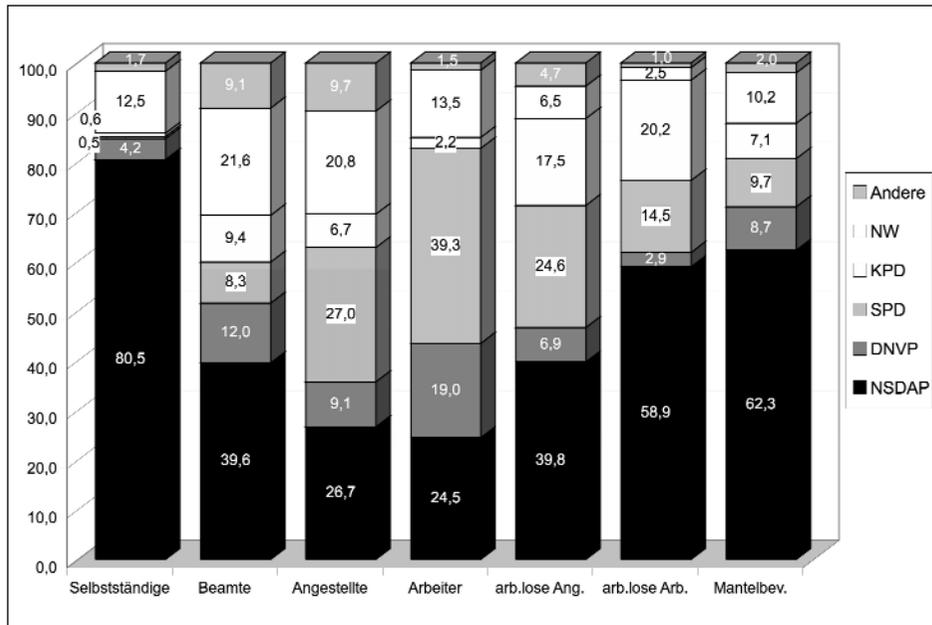
Lesebeispiel: Im 1. Quartil des Sektors „Industrie und Handwerk“, d.h. in den Gemeinden mit dem geringsten Anteil daran, erreichte die NSDAP 58,2 % der Stimmen. Im 4. Quartil des sekundären Sektors, d.h. dort wo es den höchsten Anteil von „Industrie bzw. Handwerk“ in den Gemeinden gegeben hatte, erreichte sie hingegen nur 39,2 % der Stimmen

aus, also die Hausfrauen, Rentner und „mithelfenden Familienangehörigen“. Diese wählte sowohl in den Städten (49 %) als auch den ländlichen Regionen (62 %) überdurchschnittlich häufig NSDAP. Am schlechtesten schnitt die NSDAP bei den (erwerbslosen) „Arbeitern“ ab, wobei sich ein wichtiger Unterschnitt erkennen lässt: In den agrarisch dominierten Regionen Schleswig-Holsteins wählten diese Erwerbslosen sehr häufig die Partei (59 % im ländlichen gegenüber 17 % im urbanen Raum). Dies dürfte auf die sehr unterschiedliche soziale Situation von Landarbeitern und Industriearbeitern zurückzuführen sein. Am schwersten hatte es die NSDAP damit innerhalb der städtischen (erwerbslosen und erwerbstätigen) „Arbeiter“ und der ländlichen erwerbstätigen „Angestellten“ und „Arbeiter“. Lediglich knapp ein Viertel von ihnen stimmten für die Partei (24–28 %).

Dementsprechend fällt auch die quantitative Zusammensetzung der gesamten Wählerschaft bei der NSDAP im urbanen bzw. ländlich gepräg-



Grafik 12: Geschätztes Wahlverhalten der Berufsgruppen, urbane / städtisch geprägte Regionen



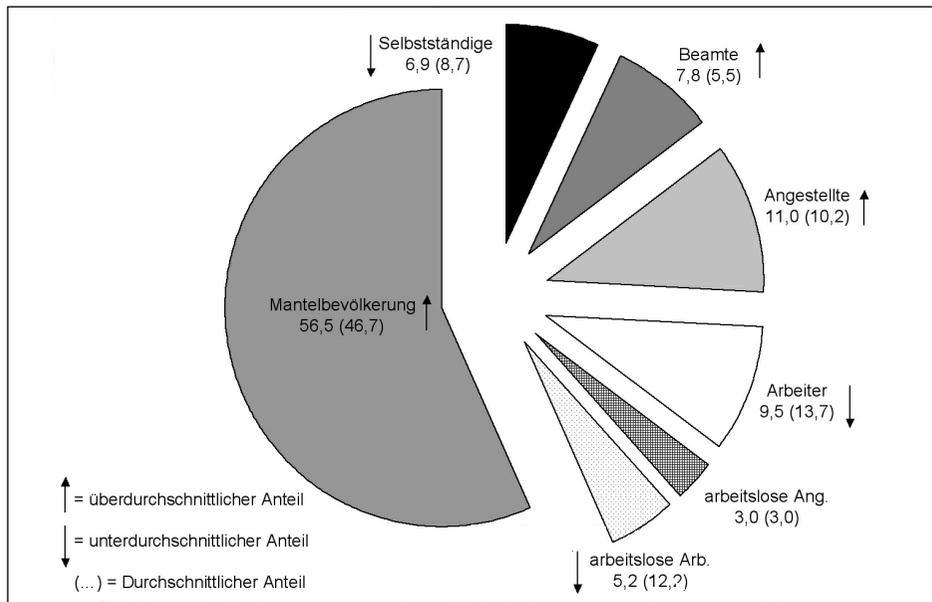
Grafik 13: Geschätztes Wahlverhalten der Berufsgruppen, ländlich geprägte Regionen

ten Raum aus (siehe Grafik 14 und 15): Am auffälligsten ist das Ergebnis für die so genannte Mantelbevölkerung, d.h. die Hausfrauen, mithelfenden Familienangehörigen und berufslosen Selbstständigen (zumeist: Rentner). Von ihnen hatten 7 bis 10 % mehr, als ihrem Anteil an den Wahlberechtigten entsprach, für die NSDAP gestimmt. Im ländlichen Raum folgten als einzige weitere Berufsgruppe die „Selbstständigen“, d.h. größtenteils die Bauernschaft, die ebenfalls deutlich über ihren Anteil an den Wahlberechtigten hinaus die NSDAP gewählt hatte. Interessanterweise gilt dies für die urbanen Regionen nicht. Hier waren „Beamte“ und „Angestellte“ diejenigen, die überdurchschnittlich oft für die Partei stimmten, während die städtischen „Selbstständigen“ – vermutlich ein Indiz für deren sehr heterogene Zusammensetzung in den größeren Orten – nur unterdurchschnittlich in der Wählerschaft der NSDAP vertreten waren.

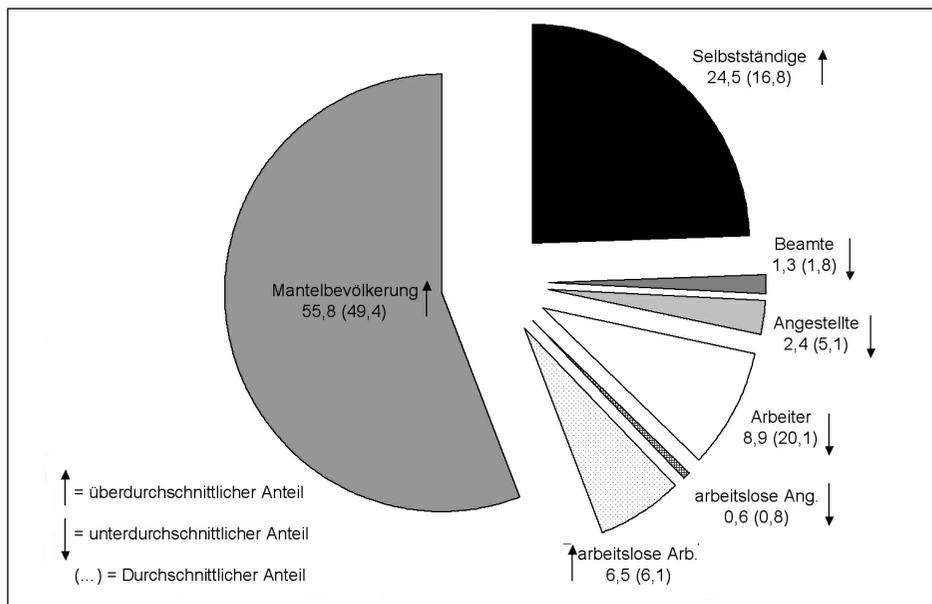
Leider lassen sich über das Wahlverhalten der Frauen für Schleswig-Holstein keine statistisch belegbaren Schlüsse ziehen, da entsprechende Daten fehlen bzw. nicht sinnvoll aus dem vorliegenden Material heraus gearbeitet werden können.¹²⁰ Wir können deshalb nur vermuten, dass die von Jürgen Falter für das Deutsche Reich gemachten Feststellungen auch für Schleswig-Holstein zutreffen. Danach ist davon auszugehen, dass protestantische Frauen im ländlichen Raum häufiger als die dortigen Männer die NSDAP gewählt haben, wohingegen eine generell höhere Affinität von Frauen zur NSDAP nicht festzustellen ist.¹²¹

Insgesamt decken sich viele der obigen Ergebnisse zu Schleswig-Holstein im Kern mit denen für das Deutsche Reich.¹²² Außerdem scheint es so zu sein, dass die Feststellungen, die Rudolf Heberle für die Wahlen bis Juli 1932 traf, auch für März 1933 noch Geltung haben.¹²³ Seiner Einschätzung zufolge waren „die Erfolgchancen der NSDAP um so günstiger gewesen, je stärker die Mittelschichten der Selbständigen (Gewerbetreibende, Händler und Bauern) in der Wählerschaft vertreten waren“. Zudem glaubte er belegen zu können, dass „handwerkliches Kleinbürgertum und kleinere Industriebetriebe den günstigsten Boden für die NSDAP darstellte.“¹²⁴ Und über die frühe NS-Affinität einzelner bäuerlich geprägter Regionen in Schleswig-Holstein urteilte er: „Je einseitiger und daher krisenempfindlicher die landwirtschaftlichen Betriebe“ ausgerichtet waren, desto größer waren die Chancen der NSDAP gewesen.“¹²⁵

Grundsätzlich verdankte die NSDAP ihren Wahlsieg im März 1933 den „Selbstständigen“ und der so genannten Mantelbevölkerung (Hausfrauen, Rentner, mithelfende Familienangehörige). Während die hohe Erwerbslosigkeit nicht die Nationalsozialisten, sondern ihre Gegner stärkte, bildete die NS-Anhängerschaft bei den Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft – insb. den mithelfenden Familienangehörigen und den Selbst-



Grafik 14: Soziale Schichtung der Wählerschaft der NSDAP, urbaner / städtisch geprägter Raum (Reichstagswahl 5. März 1933)



Grafik 15: Soziale Schichtung der Wählerschaft der NSDAP, nicht-urbaner / ländlich geprägter Raum (Reichstagswahl 5. März 1933)

digen (zumeist Gewerbetreibende und Bauern) – eine stabile Basis. Je nach Prägung durch den Agrar- bzw. Industriesektor gab es davon stärkere Abweichungen, wobei zu betonen ist, dass es der Partei nur innerhalb der (erwerbslosen) Arbeiterschaft misslang, die meisten Wählerstimmen zu erhalten.¹²⁶

Trotzdem wurde die NSDAP in Schleswig-Holstein nicht nur von diesen Berufsgruppen gewählt, denn zu den Wahlergebnissen von knapp 40 % in den Stadtkreisen und 58 % bei der Landbevölkerung hatte die große Mehrheit der Wahlberechtigten im protestantischen Schleswig-Holstein zum Wahlsieg der NSDAP im März 1933 beigetragen.

Zusammenfassung

Nach den wahlstatistischen Schätzungen verdankte die NSDAP ihren Aufstieg in Schleswig-Holstein im ländlichen Raum Wählerwanderungen der rechtskonservativen Parteien (insbesondere der DNVP), der Auflösung der Interessenparteien sowie der Mobilisierung der Nichtwähler. Hier konnte sie wahrscheinlich fast die gesamte Bauernschaft, deren Familienangehörigen sowie alle anderen selbstständigen Berufsgruppen bis hin zu größeren Teilen der Landarbeiter für sich gewinnen. Im städtischen Raum mobilisierte sie, ähnlich wie auf dem Land, insbesondere die Nichtwähler und konnte neben den konservativen Wählerschaften außerdem noch ins Lager der SPD-Wähler eindringen und wahrscheinlich nationalistische Arbeiter für sich zu gewinnen. Ihre Erfolge verdankte sie überdurchschnittlich oft den Angestellten und Beamten, was womöglich mit deren sozialen Abstiegsängsten zu tun hatte. Am stärksten resistent blieben die (Industrie-)Arbeiter sowie die städtischen Arbeitslosen, die in der Regel der KPD und SPD ihre Stimme gaben, aber – wenn auch unterdurchschnittlich oft – ebenfalls Wählerwanderungen zur NSDAP aufwies.

In Schleswig-Holstein vollzog sich der Aufstieg der NSDAP vor dem Hintergrund eines geschickten Schwerpunktwechsels von der Agitation bei städtischen Arbeitern hin zur Propaganda in den ländlichen Milieus. Die Eroberung dieser ländlichen Milieus war die Voraussetzung dafür, dass die NSDAP im Wahlkreis 13 bis zum März 1933 reichsweit überdurchschnittliche Wahlergebnisse verzeichnen konnte. Die Mobilisierung des großen Nichtwählerpotenzials in diesen Regionen,¹²⁷ die Radikalität und Nicht-Regierungsbeteiligung der Partei, der gezielte Ausbau des Parteiapparats, die Modernität ihrer Propaganda sowie die Instrumentalisierung bäuerlicher Protestbewegungen für die eigenen Zwecke waren Gründe dafür, dass sie im ländlichen Milieu zur dominierenden, konkurrenzlosen Volkspartei aufsteigen konnten.

Ausblick

Für die künftige Forschung wäre es überlegenswert, den Aufstieg der NSDAP in Dithmarschen mit neueren wahlstatistischen Methoden zu analysieren und dabei insbesondere die preußische Provinzial-Landtagswahl 1929 einzubeziehen.¹²⁹

Ebenso lohnenswert wäre es, die von Heberle vorgenommene Analyse kleinräumlicher Daten unter Beachtung der geografischen Besonderheiten (Marsch, Geest, Hügelland) nachzuvollziehen und hier mithilfe von Schätzungen zu Wahlberechtigtenziffern Wählerwanderungen zu berechnen. Noch besser wäre es, wenn sowohl die Karten, die Heberle erstellt hat, als auch die Daten, die er verwenden konnte, aufgefunden würden.¹²⁹ Gerade das ihm vom Statistischen Reichsamt zur Verfügung gestellte Material auf Ebene der Dörfer dürfte aus heutiger Sicht einmalig sein und würde sich für eine neue Analyse anbieten.¹³⁰

Im Einzelfall könnten auch Schichtungsanalysen aufgrund von Auswertungen von Adressbüchern sinnvoll sein, wobei sich hier Großstädte bzw. größere Städte mit gut überlieferter Wahlstatistik anbieten würden.¹³¹

Für einen vollständigen Überblick der Zeitspanne von 1919 bis 1933 sollten die reichsweiten Volksentscheide (1926, 1929) bzw. Volksbegehren (1928), der preußische Volksentscheid zur Landtagsauflösung (1931) und die abweichend von den Reichstagswahlen (April 1932) stattgefundenen preußischen Landtagswahl einbezogen werden.

Zusammen mit einer Rekonstruktion der Wahlkämpfe und der Wahlpropaganda der wichtigsten Parteien des Landes unter Einbeziehung weiterer Quellenbestände sollte es so möglich sein, eine Gesamtgeschichte der Wahlen und Abstimmungen in Schleswig-Holstein in der Weimarer Republik zu schreiben.¹³²

Anmerkungen

* *Schleswig-Holsteinische Tageszeitung* (Gauzeitung der NSDAP), 15. März 1932.

1. Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*. München 1999, S. 364ff.

2. Grundsätzlich und mit durchaus unterschiedlichen Bewertungen: Rudolf Heberle, *Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1932*. Stuttgart 1963. – Rudolf Rietzler, „Kampf in der Nordmark“. *Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919–1928)*. Neumünster 1982. – Uwe Danker/Astrid Schwabe, *Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus*. Neumünster 2005.

3. Vgl. Dirk Lau, *Wahlkämpfe der Weimarer Republik. Propaganda und Programme der politischen Parteien bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1924 bis 1930*. Mainz 1995, S. 175ff. Im Gegensatz zum weitverbreiteten Bild der NSDAP als der Vorreiterpartei bzgl. moderner Wahlkampfmethoden belegt der Autor, dass die Technisierung der Propaganda zuerst von der SPD und z. T. von den Demokraten ausging: „Eine Schrittmacherfunktion bei

der Einführung neuer ‚moderner‘ Propagandamittel kam ihr [der NSDAP, FO] jedenfalls nicht zu“ (S. 179).

4. Vgl. dazu Wolfram Pyta, *Dorfgemeinschaft und Parteienpolitik 1918–1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik*. Düsseldorf 1996, S. 380. – Sebastian Lehmann, *Kreisleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein. Lebensläufe und Herrschaftspraxis einer regionalen Machtelite*. Kiel 2007. Darin das Kapitel: *Kreisleitungen und Kreisleiter vor 1933*. Dieses Kapitel ist mir vom Autor dankenswerterweise aus seiner bei Abfassung dieses Aufsatzes noch nicht veröffentlichten Dissertation zur Verfügung gestellt worden.

5. Vgl. dazu Markus Oddey, *Unter Druck gesetzt. Presse und Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein*. Eutin 2006, S. 74ff.

6. Wie fruchtbar und durchaus kontrovers ein solches Unterfangen diskutiert werden kann, zeigt der Aufsatz von Richard F. Hamilton, *The Rise of Nazism: A Case Study and Review of Interpretations* – Kiel 1928–1933. In: *German Studies Review* 26/1 (2003), S. 43–61. Hier werden zugespitzt und sehr kurz die Wahlkämpfe in Kiel anhand der führenden Zeitungen von 1921 bis 1933 analysiert und die These aufgestellt, dass die Wahlerfolge der NSDAP auf deren Wahlkampagnen sowie die (in)direkte Unterstützung durch die bürgerliche Presse zurückzuführen sind.

7. Nicht für alle Land- und Stadtkreise gibt es dazu eingehende Untersuchungen. Die relevanten bzw. für diese Untersuchung benutzten Arbeiten sind in späteren Anmerkungen nachgewiesen. An dieser Stelle sei auch auf Desiderate hingewiesen: So gibt es weder zum Stadtkreis Wandsbek eine nennenswerte Arbeit noch – wenn auch etwas eingeschränkter – zu Neumünster oder den Landkreisen Steinburg, Oldenburg i. H., Plön und Segeberg.

8. Vgl. insb. Heberle 1963 (wie Anm. 2).

9. Frank Omland, „Du wählst mich Hitler!“ *Die nationalsozialistischen Reichstagswahlen und Volksabstimmungen in Schleswig-Holstein 1933–1938*. Hamburg 2006.

10. Aufgrund des Wahlmarathons am Ende der Weimarer Republik gibt es davon Ausnahmen, etwa die Reichstagswahlen im Juli und November 1932 sowie vom März 1933, für die der Abschluss des Verfahrens vor dem Wahlprüfungsgericht noch nicht in die Veröffentlichung der *Statistik des Deutschen Reichs* (im Folgenden: StDR) eingearbeitet werden konnte (vgl. die Bemerkungen dazu im Vorwort: StDR, Bd. 434, Berlin 1933). Vorherige Abweichungen wurden i.d.R. in der darauffolgenden Wahlstatistik bereinigt, wobei sich dies lediglich auf die Ergebnisse auf Wahlkreis-Ebene bezog. Nachträgliche Veränderungen von kleinräumlicheren Daten können i.d.R. nicht mehr erschlossen werden (auch die Aktenüberlieferungen im Bundesarchiv bzw. dem Landesarchiv Schleswig-Holstein sind hier wenig hilfreich).

11. So ist die Überlieferung für die preußischen Landtagswahlen nach 1928 auf der Gemeindeebene katastrophal, und auch für die preußischen Provinzial-Landtagswahlen ist das Zusammentragen dieser Datensätze ein Problem; bei letzteren fehlen etwa die Wahlberechtigtenangaben. Vgl. dazu die Zusammenstellung bei Jürgen Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, *Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933*. München 1986, S. 103 und S. 106.

12. Vgl. Dieter Pust, *Die ersten demokratischen Wahlen in Schleswig-Holstein – am 19. Januar 1919 zur Weimarer Nationalversammlung*. In: Göttrik Wewer (Hg.), *Demokratie in Schleswig-Holstein. Historische Aspekte und aktuelle Fragen*. Opladen 1998, S. 197–211. Leider hat eine Überprüfung ergeben, dass die bei Pust angegebenen Zahlen zum Teil nicht denen aus der verwendeten Quelle im Landesarchiv entsprechen, womit Zweifel an der Wiedergabe des weiteren Zahlenmaterials bestehen bleiben müssen. – Zu Details der Kritik vgl. Frank Omland: „Wie ihr wählt, so wird regiert“. *Wählerwanderungen und Wählerherkünfte in Schleswig-Holstein 1919–1933*. In: *ZSHG* 132 (Neumünster 2007), S. 133–176.

13. Vgl. die Vermutungen des Verfassers für März 1933: Omland 2006 (wie Anm. 9), S. 33.

14. Im Einzelnen: *Nationalversammlung 1919: Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs*. Viertes Heft 1919, Berlin 1920, S. 280. – *RTW 1921: StDR*, Bd. 291, Heft III, Berlin

1922, S. 21-23. – RTW Mai 1924: StDR, Bd. 315, Heft III, Berlin 1925, S. 27-29. – RTW Dez. 1924: StDR, Bd. 315, Heft IV, Berlin 1925, S. 25-27. – Sonderauszahlung Minderheiten-Parteien, RTW Dez. 1924: StDR, Bd. 315, Heft V., Berlin 1925, S. 35-40. – RPW 1925: StDR, Bd. 321, Berlin 1925, S. 18 f., S. 42 f. – Volksentscheid Fürstenenteignung 1926: StDR, Bd. 332, Berlin 1926, S. 13f. – RTW 1928: StDR, Bd. 372, Heft II, Berlin 1930, S. 27-29, S. 78. – Volksentscheid Anti-Young-Plan: StDR, Bd. 372, Heft III, Berlin 1931, S. 43. – RTW 1930: StDR 382, Heft II, Berlin 1932, S. 27-29, S. 77. – RPW 1932: StDR, Bd. 427, Berlin 1932, S. 22-23. – RTW Juli 1932, Nov. 1932, März 1933: StDR, Bd. 434, Berlin 1935, S. 50-51, S. 118, S. 188-190.

15. Im Einzelnen: Landesarchiv Schleswig-Holstein [LAS] 301/3646, 301/4750 sowie 309/17359 und 309/17654 [Preußische Provinzial-Landtagswahlen 1925 und 1929]. Die preußischen Landtagswahlen wurden nicht einbezogen, da sie fast immer mit einer Reichstagswahl zusammenfielen (Ausnahme: 24. April 1932) und die Ergebnis-Überlieferung auf Kreisebene bruchstückhaft ist; vgl. u.a. LAS 301/5410, 309/24518, 309/22273, 309/23014.

16. Sören R. Thomsen, Danish Elections 1920–1979. A Logit Approach to Ecological Analysis and Inference. Århus 1987, S. 37f., S. 106ff.

17. Das bekanntere Modell, die ökologische Aggregatdatenanalyse, angewendet im Wahlforschungsprojekt von Jürgen Falter, hat im Kern die Schwäche, die Haltequoten der Parteien zu unterschätzen. Zur Methodik vgl. Falter 1991 (wie Anm. 1), S. 55-66.

18. Bivariate Berechnungen ergeben das statistische Problem, dass der Einfluss bestimmter Faktoren auf das Wahlergebnis jeweils einzeln statt im Zusammenspiel verschiedener Faktoren (bspw. Erwerbslosigkeit und Gemeindegröße und soziale Schichtung) gemessen wird. Daraus können sich scheinbare Zusammenhänge ergeben, die tatsächlich nicht zutreffen.

19. Vgl. dazu: Amt für Statistik und Einwohnerwesen. Statistischer Infodienst. Schätzung der Freiburger Wählerwanderung zwischen den Landtagswahlen 1996/2001. Eine ökologische Analyse auf der Grundlage eines Logit-Modells. 15. Juni 2001. Freiburg im Breisgau.

20. Vgl. dazu die prägnante Zusammenfassung zu Milieus und Parteien bei Peter Longerich, Deutschland 1918–1933. Die Weimarer Republik. Hannover 1995, S. 189ff.

21. Eigene Berechnungen nach StDR, vgl. die Quellenbelege in Anmerkung 14.

22. Falter 1991 (wie Anm. 1), S. 155.

23. Falter 1991 (wie Anm. 1), S. 155.

24. Falter 1991 (wie Anm. 1), S. 160.

25. Falter 1991 (wie Anm. 1), S. 163. Vgl. auch den tabellarischen Überblick bei Falter/Lindenberger/Schumann 1986 (wie Anm. 11), S. 66.

26. Vgl. Falter 1991 (wie Anm. 1), S. 161.

27. Rietzler 1983 (wie Anm. 2), S. 47ff., betont sehr die wirtschaftspolitische und dagegen weniger die demokratische Seite der linksliberalen Parteien. Heberle 1963 (wie Anm. 2), S. 29, hingegen spricht eher von einer Verwurzelung der linksliberalen Geisteshaltung in der Wählerschaft, wobei er dies z. T. relativiert (bspw. für die Geest: S. 98f.). – Wilhelm Koops hält beide Positionen für überzogen und spricht sich dafür aus, zwischen Wahlmotiven und Wahlprogrammen zu differenzieren und im Rückblick die Wahlergebnisse nicht nur auf bestimmte angenommene Motive der Wähler zu reduzieren (Südtendern in der Zeit der Weimarer Republik (1918–1933). Neumünster 1993, S. 69f.). – Peter Heinacher betont für den Stadt- und Landkreis Flensburg, dass die Erfolge der Linksliberalen nicht als Hinwendung zu diesen Parteien missverstanden werden dürfen, sondern auch auf Protesthaltungen bei bestimmten Reichstagswahlen zurückzuführen sind (Der Aufstieg der NSDAP im Stadt- und Landkreis Flensburg (1919–1933). Neumünster 1986, S. 67f.). – Für Husum und Eiderstedt kommt Christian M. Sörensen zu dem Schluss, dass es hier die Nationalliberalen mit ihrem latenten Antisemitismus, dem Antisozialismus und nationalzentrierten wirtschaftspolitischen Positionen waren, an die die NSDAP anknüpfen konnte, und sich darin die Landkreise von der grundsätzlichen Entwicklung in anderen Teilen Schleswig-Holsteins unterscheiden (Politische Entwicklung und Aufstieg der NSDAP in den Kreisen Husum und Eiderstedt 1918–1933. Neumünster 1995, S. 80f.).

28. Koops 1993 (wie Anm. 27), S. 67, bewertet den BdL nicht als direkten Vorläufer der NSDAP, insb. weil es deutliche Unterschiede in den wirtschaftspolitischen Positionen gibt, doch ist für ihn unstrittig, dass es „zahlreiche Übereinstimmungen mit [der] Ideologie des Nationalsozialismus“ gab. – Hansjörg Zimmermann spricht von einem maßgeblichen Einfluss des BdL, insb. bei der Unterstützung der DSP bei der RTW 1912, und meint aus den Resultaten auf dem Land schließen zu können: „Damit wird deutlich, daß der bäuerliche Mittelstand diejenige Schicht war, die den radikalen Parolen der Deutschsozialen am stärksten zugewandt war.“ (Wahlverhalten und Sozialstruktur im Kreis Herzogtum Lauenburg 1918–1933. Neumünster 1978, S. 112). – Heinacher 1986 (wie Anm. 27), S. 67f., hebt darauf ab, dass der zeitweilige Bedeutungsverlust des BdL auf dessen indifferente Haltung in der Unterstützung bestimmter Parteien zurückzuführen ist, er aber grundsätzlich die DSP favorisierte. – Und für Rietzler 1983 (wie Anm. 2) ist klar: „In Schleswig-Holstein bildete der BdL die ideologische und organisatorische Brücke zwischen Konservativen und antisemitischen Parteien.“ (S. 59)

29. Vgl. dazu die Darstellungen bei Peter Wulf, „Jüdische Weltherrschaftspläne“. Antisemitismus in bürgerlichen und bäuerlichen Parteien und Verbänden in Schleswig-Holstein zu Beginn der Weimarer Republik. In: ZSHG 128 (Neumünster 2003), S. 154f. – Auch die Durchsicht der entsprechenden Wahlwerbung in den Zeitungen zur Nationalversammlung 1919 und zur Reichstagswahl 1921 belegt, dass die DNVP deutlich aggressiver antisemitische Stereotype einbrachte als die beiden bäuerlichen Interessenparteien. Vgl. bspw. die Polemik der DNVP in: *Dithmarscher Landeszeitung (DLZ)* vom 21.1., 23.1. und 25.1.1919 „Das Land erwacht!“ – Dies relativiert den im Gegensatz zur SHBLD bewusst antisemitischeren Wahlkampf der SHLP natürlich nicht: *DLZ* 17.1.1921: „Was willst Du?“.

30. So karikierte die DNVP die Verschiebung in Richtung Antisemitismus vom SHBLD zur SHLP mit den Worten: „Die Landespartei hat eine neue Saite in ihre politische Saitenharfe gespannt. Sie macht neuerdings auch in Antisemitismus.“ In: *Nordwest*, Nr. 30 vom 18.9.1920. Zitiert nach Wulf 2003 (wie Anm. 29), S. 160.

31. Wulf 2003 (wie Anm. 29), S. 166.

32. Zu den Datensätzen siehe die Ausführungen in Anmerkung 17 und 119.

33. Vgl. überregional: Lau 1995 (wie Anm. 3), S. 85ff. und S. 285ff.

34. Vgl. Rietzler 1983 (wie Anm. 2), S. 224. – Vgl. zur DNVP-Nähe der KNN Oddey 2006 (wie Anm. 5). S. 122ff. Beispiele der Wahlpropaganda des VSB finden sich u.a. bei Rietzler 1983, S. 219f. – Zu Reventlow: Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck, Band 7, Neumünster 1985, S. 221-223. – Joachim Lilla, Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Düsseldorf 2004, S. 508f. – Sörensen 1995 (wie Anm. 27), S. 141-145.

35. Für ein Reichstagsmandat wurden 60.000 Stimmen benötigt, die auch durch das Zusammenzählen von so genannten Reststimmen aus Wahlkreisen, in denen die Anzahl ebenfalls nicht ausgereicht hatte, erzielt werden durften. – Grundsätzlich zu den Ereignissen um die Kandidaturen und die Reichstagsabgeordneten: Frank Omland, „Der Parlamentarismus der alten Form existierte schon nicht mehr“. Die schleswig-holsteinischen Abgeordneten der NSDAP im Reichstag 1924–1938. In: *ISHZ* 41/42 (Kiel 2003), S. 100-129.

36. Dörfer: 4,9 %; Kleinstädte bis 5.000 Einw.: 5,7 %; bis 10.000 Einw.: 6,1 %; bis 20.000 Einw.: 7,9 %; bis 100.000 Einw.: 4,5 %; Großstädte (Altona, Kiel): 6,1 %. – Ein Vergleich bei Einteilung in vier gleichgroße Quartile ergibt einen Zusammenhang im Sinne von: je größer die Gemeinde, desto höher der Stimmenanteil. (1. Quartil: kleinste Gemeinden; 4. Quartil: größte Gemeinden: 4,9/6,1/5,8/6,1.)

37. Eigene Berechnungen nach StDR Bd. 315, Heft III, Berlin 1925, S. 27-29. – In der Regel schnitt der VSB in den städtischen Regionen besser ab als in den dörflichen Gemeinden der jeweiligen Landkreise. Ausnahmen waren u.a. die Kreise Bordesholm und Rendsburg.

38. Vgl. Zimmermann 1978 (wie Anm. 28), S. 286. – Zu einem städtischen Wahlkampf siehe Heinacher 1986 (wie Anm. 27), S. 158ff. sowie sein Hinweis auf den Wahlerfolg in Glückstadt (S. 168) – Zum Vergleich: Sörensen 1995 (wie Anm. 27), S. 145f. – Vgl. grundsätzlich: Rietzler 1983 (wie Anm. 2), S. 258.

39. Rietzler 1983 (wie Anm. 2) hat dies schon in seiner Studie zum Aufstieg der NSDAP vermutet (S. 233) und ging zutreffend von Wechselwählern aller größeren Parteien aus, wobei er den Anteil der ehemaligen DNVP bzw. der DDP überschätzte. Gleichzeitig ist er einer der wenigen, der auf das Problem der „unsichtbaren“ Wählerwanderungen zwischen den Parteien hinweist und eigene Vermutungen und Aussagen zu den Wahlen relativiert (S. 227, Fußnote 70).

40. Dies gilt übrigens auch umgekehrt, und gerade im städtischen Raum kann eine deutlich höhere Wechselwählerschaft zwischen bürgerlichem und sozialdemokratischem Lager konstatiert werden als auf dem Lande. – Absolute Angaben auf Gesamtebene, Abweichungen im urbanen/ländlichen Raum siehe Tabelle 2, S. 15.

41. Insgesamt gesehen enthielten sich knapp 40 % der SHLP-Wähler der Stimme, der zweitgrößte Wechsel fand zugunsten der DNVP statt (20 %), gefolgt von DVP und DVFP (je 10 %).

42. Vgl. zu den Ereignissen in Schleswig-Holstein: Rietzler 1983 (wie Anm. 2), S. 235-254. – Zu den Machtkämpfen der beiden Lager in der Reichstagsfraktion: Martin Döring, „Parlamentarischer Arm der Bewegung“. Die Nationalsozialisten im Reichstag der Weimarer Republik. Düsseldorf 2001, S. 68ff.

43. Lau 1995, S. 108. – Die Wahlbeteiligung stieg reichsweit zwar um 1,4 % an, doch in einigen Wahlkreisen waren es fast 10 %. Damit lag man fast überall auf dem Niveau der Reichstagswahl 1921. Vgl. Falter/Lindenberger/Schumann 1986 (wie Anm. 11), S. 68-70.

44. Eigene Berechnungen nach StDR Bd. 315, Heft IV, Berlin 1925, S. 25ff. – Nebenbei bemerkt: Für die gleichzeitig stattfindenden preußischen Landtagswahl fälschten die Nationalsozialisten die Unterstützungsunterschriften für den Wahlvorschlag, so dass die dortigen Stimmen durch das Wahlprüfungsgericht annulliert wurden. Vgl. den Brief des preußischen Innenministers vom 1.11.1926 zur Landtagswahl Dezember 1924. In: LAS 309/22273.

45. Absolute Anteile für Schleswig-Holstein insgesamt. Damit wechselten die VSB-Wähler zuerst zu den NW, dann zur DNVP, NSFB und DVP. Ausdifferenzierungen nach urbanen / ländlichen Raum siehe Tabelle 2, S. 15.

46. In der Reihenfolge der Wahlergebnisse waren das: Mölln, Burg auf Fehmarn, Alt-Rahlstedt, Kappeln, Ahrensburg, Eidelstedt, Südermeldorf-Geest, Meldorf, Schnelsen, Bargteheide.

47. So rief Hitler beim 1. Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl im März 1925 zur Wahl Ludendorffs auf. Letzterer erhielt in den Kreisgebieten Schleswig-Holsteins maximal 1,0 % der Stimmen der Wahlberechtigten (Kreis Steinburg). – Bei der preußischen Provinzial-Landtagswahl im Dezember 1925 trat die Partei erst gar nicht an und auch beim Volksentscheid über die Fürstenenteignung im Juni 1926 spielte sie nach bisheriger Kenntnis keine Rolle.

48. Der Strategiewechsel von den städtischen zu den ländlichen Milieus, die Hinwendung zu Dithmarschen als exemplarischem Ausbaugbiet für die Ortsgruppen, der faktische Ausbau eines agrarpolitischen Apparats, lange bevor dies Walther Darré reichsweit zur Strategie erhob, u.a.m. waren die Voraussetzung für den nachfolgenden Erfolge der NSDAP. Dies konnte nur vor dem Hintergrund eines kontinuierlichen Ausbaus des hauptamtlichen Parteiapparats funktionieren, der es zunächst einigen wenigen und zunehmend mehreren Nationalsozialisten ermöglichte, sich nicht nur ehrenamtlich neben der eigentlichen Erwerbsarbeit für die Partei zu engagieren (vgl. dazu die Zusammenfassung in der Einleitung).

49. Vgl. überregional: Lau 1995 (wie Anm. 3), S. 114ff.

50. Vgl. für Schleswig-Holstein: Rietzler 1983 (wie Anm. 2), S. 415ff.

51. Eigene Berechnungen nach StDR, Bd. 372, Heft II, Berlin 1930, S. 27-29.

52. Prozentuale Wählerwanderungen der NSFB 1924/1928 für Schleswig-Holstein insgesamt: 27 % NW, 11 % NSFB, je 13 % DVP und SPD. Ausdifferenzierungen in urban / ländlich siehe Tabelle 2.

53. Wählerherkunft ländlich / städtisch: 37 / 34 % NW, 22 / 13 % DDP, 20 / 16 % DNVP, 7 / 7 % NSFB. Weitere Details siehe Tabelle 2, S. 15.

54. Wechselwählerwanderungen zur NSDAP 1924/1928 insgesamt: 11 % NSFB, 8 % DNVP, 13 % DVP, 10 % DDP, 13 % SPD, 10 % KPD. – Vgl. zur SPD die späteren, quantitativ deutlich höheren Wechselwählerwanderungen zur NSDAP (s.u.).

55. Rietzler 1983 (wie Anm. 2), S. 422. – Nebenbei bemerkt liegt er mit seinen Vermutungen zum Aufstieg der Wirtschaftspartei in der Gewichtung zwischen den Parteien eher falsch, da er DVP-Verluste nicht einbezieht und DNVP-Verlusten eine zu hohe Bedeutung beimisst.

56. Vgl. Falter 1991 (wie Anm. 19), S. 111, Tab. 5.9. Wechsel des liberalen Lagers zur NSDAP insg.: 3 Prozentpunkte (SH: 3 bzw. 9 Prozentpunkte); Wechsel des NS-Lagers zu den NW: 19 Prozentpunkte (SH: 27 Prozentpunkte).

57. Die Provinzial-Landtagswahlen sind bisher nur für bestimmte Kreisgebiete analysiert worden (bspw. bei Sörensen 1995, wie Anm. 27, S. 332-342). Einen Ausblick auf die gesamte Provinz Schleswig-Holstein gibt es leider bisher nicht. – Zur Funktion dieses Parlaments siehe: Peter Wulf, Revolution, schwache Demokratie und Sieg in der „Nordmark“. Schleswig-Holstein in der Weimarer Republik. In: Ulrich Lange, Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Neumünster 1991, S. 537ff., insb. S. 541.

58. Vgl. dazu Falter/Lindenberger/Schumann 1986 (wie Anm. 11), S. 103 und S. 106 (NSDAP: 74.399 von 719.868 gültigen Stimmen). – Die Schätzung zum Stimmresultat in Prozent der Wahlberechtigten beruht auf der Annahme, dass sich deren Anzahl aus dem Volksentscheid im Dezember 1929 ableiten lässt. Mit Bezug zur dortigen Wahlberechtigtenziffer (1.062.420) ergibt sich – unter Abzug des oldenburgischen Landesteils sowie Helgolands – 7,2 % Stimmanteil der NSDAP.

59. Die Recherche der Ergebnisse durch Akten bzw. aus den Tageszeitungen ergab massive Überlieferungslücken, so dass lediglich auf die Kreisergebnisse zurückgegriffen wird und zwar nach LAS 301/4750. Darin wird das Wahlergebnis mit 71.623 Stimmen angegeben, wobei der Kreis Hgzt. Lauenburg und der Inselkreis Helgoland nicht angegeben wurden. Schon bei der Provinzial-Landtagswahl 1925 entsandte Lauenburg Abgeordnete analog der Kreistagswahlergebnisse in den Provinziallandtag, da der Kreis nicht dem Provinzialverband angehörte. Schon diese Provinzial-Landtagswahl 1925 hatte Probleme bzgl. der Vertretung aller Kreise in diesem Selbstverwaltungsgremium aufgezeigt (vgl. LAS 301/3646, Schreiben des Landeshauptmanns Röer, Kiel 9. Juni 1926). – Nicht für alle Kreisgebiete (und schon gar nicht auf Ebene der Gemeinden und Dörfer) sind Angaben zur Wahlbeteiligung überliefert worden. Schon die extremen Schwankungen zwischen dem ländlichen Süd-Tondern (laut Koops 1993, wie Anm. 27, S. 283: 62,4 %) und der Stadt Flensburg (laut Heinacher 1986, wie Anm. 27, S. 302: 72,6 %) bzw. die fehlenden Angaben für Lauenburg (vgl. die dadurch problematischen Bewertungen bei Zimmermann 1978, wie Anm. 28, S. 452ff.) zeigen auf, wie notwendig es ist, die Wahlbeteiligung in die Analyse einzubeziehen.

60. Nimmt man die Wahlberechtigtenanzahl vom Dezember 1929 zum Maßstab (siehe auch Karte 5, S. 28), dann bleibt das Ergebnis in den Kreisen ähnlich: Norderdithmarschen 24,9 %, Süderdithmarschen 18,5 %, Eiderstedt 17,7 %, Husum 15,2 %, Schleswig 13,8 %, Steinburg 13,1 %, Rendsburg 10,0 %.

61. Zu den Ereignissen siehe Ulrich Pfeil, Dithmarschen in der Weimarer Republik 1918–1933. In: Verein für Dithmarscher Landeskunde (Hg.), Geschichte Dithmarschens. Heide 2000, S. 322f. – Vgl. auch Horst Ploog, Geschichte der Gemeinde Wöhrden. Wöhrden 1997, S. 221ff. – Einen guten Überblick zur Literatur- und Quellenlage bietet Ulrich Pfeil, Die KPD im ländlichen Raum. Die Geschichte der Heider KPD 1920–1935. In: *Demokratische Geschichte* 10 (Kiel 1996), S. 186, Fußnote 154.

62. Vgl. dazu Uwe Karstens, Der Fall „Grantz“. Innere Kämpfe in der dithmarschen NSDAP 1929/30. In: *ZSHG* 112 (Neumünster 1987), S. 215-233. Zu den Wahlen: S. 231f. – Nimmt man die Wahlberechtigtenziffer vom Dez. 1929 zum Vergleich, so weist Norderdithmarschen bei der Provinzial-Landtagswahl die schlechteste Wahlbeteiligung im Regierungsbezirk Schleswig-Holstein (ohne Helgoland) aus: 60,1 %, SH: 69,9 %. Danach folgten Süd-Tondern (60,3 %), Schleswig (60,8 %), Husum (61,0 %) und erst danach Süderdithmarschen (62,8 %). Die von Karstens konstatierten Wahlbeteiligungsrückgänge spielten sich dagegen erst im September 1930 ab, vorher sind sie zumindest auf Kreisebene nicht nachweisbar.

63. Vgl. StDR, Bd. 372, Heft III, Berlin 1931, S. 43. – Der offizielle Titel der Gesetzesvorlage

lautete „Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes“, die propagierte Abkürzung „Freiheitsgesetz“.

64. Vgl. dazu Otmär Jung, *Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Die Fälle „Aufwertung“, „Fürstenteignung“, „Panzerkreuzerverbot“ und „Youngplan“*. Frankfurt a.M. 1989, S. 109ff. – Zur Rolle der einzelnen Beteiligten im bürgerlichen Lager (u.a. Reichslandbund, CNBL, DNVP, Stahlhelm): Andreas Müller, *„Fällt der Bauer, stürzt der Staat.“ Deutschnationale Agrarpolitik 1928–1933*. München 2003, S. 135ff.

65. Vgl. Lau 1995 (wie Anm. 3), S. 421ff. – Für Schleswig-Holstein siehe u.a. LAS 301/5416 und LAS 309/22660.

66. Am auffälligsten ist etwa der relative Erfolg in den Kreisen Segeberg (37,3 %) und Bordesholm (25,8 %). Kreise, die bei der Wahl im September zu den Gebieten gehören sollten, in denen die NSDAP deutlich erfolgreicher als zuvor abschneiden sollte. Doch selbst für Süd-Tondern, dem Landkreis mit dem vierschlechtesten Ergebnis in der Provinz (13,6 %), konstatiert Koops 1993 (wie Anm. 27), S. 292f. die Stärkung der NSDAP aufgrund ihrer Beteiligung am Zweckbündnis mit der DNVP und dem Stahlhelm. – Die Vermerke der Landräte und Polizeipräsidenten in LAS 301/5417 belegen dies ebenfalls. So schrieb etwa der Landrat in Heide am 21.10.1929 an die Regierung in Schleswig: „Es scheint, dass dort, wo der Einfluss der National-Sozialisten und der der Landvolkbewegung gross ist, die Radikalisierung also am stärksten fortgeschritten ist.“

67. Vgl. dazu: Longerich 1995 (wie Anm. 20), S. 264ff.

68. Vgl. überregional: Lau 1995 (wie Anm. 3), S. 127 und S. 420ff. – Zu den Ereignissen in Schleswig-Holstein: LAS 309/22805 sowie LAS 301/4558. In den Berichten der Landräte wird deutlich, dass die NSDAP einen intensiven Wahlkampf betrieb, den innerparteilichen Kämpfe zwischen Gauleiter Lohse und dem ehem. SA-Führer Grantz in Dithmarschen keine wahlentscheidende Bedeutung beigemessen wurde („Stillstand der Bewegung“, aber „kein direkter Rückgang“, so der Landrat in Meldorf am 28.5.1930) und die Politik der SA, sich durch das Tragen von weißen Hemden indirekt zu uniformieren, häufig aufging. Nur vereinzelt kam es zu Demonstrationsverboten bzw. Auflösungen von „Weiße -Hemden“-Aufmärschen.

69. Bericht des Polizeipräsidenten in Flensburg, 23.8.1930. In: LAS 309/22805.

70. Vgl. Müller 2003 (wie Anm. 64), S. 179f. und S. 183ff.

71. Vgl. Lau 1995 (wie Anm. 3), S. 124.

72. Vgl. Lau 1995 (wie Anm. 3), S. 127ff. – Für Schleswig-Holstein siehe die Bewertungen in den Berichten der Landräte und Polizeipräsidenten in: LAS 309/22805, 301/4558 und 4559.

73. Vgl. Lau 1995, S. 127 sowie Robert Kempner, *Der verpaßte Nazi-Stop. Die NSDAP als staats- und republikfeindliche, hochverräterische Verbindung*. Preußische Denkschrift von 1930. Frankfurt a.M. 1983.

74. Vgl. Lau 1995 (wie Anm. 3), S. 425.

75. Grundsätzlich zur Landvolkbewegung: Heberle 1963 (wie Anm. 2). – Gerhard Stoltenberg, *Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918–1933*. Ein Beitrag zur politischen Willensbildung in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1962. – Susanne Heim, *Die Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein 1928/29. Eine Analyse ihrer sozioökonomischen Entstehungsbedingungen*. Unv. Manuskript. Hamburg 1980. – Werner Nils, *Die Prozesse gegen die Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein 1929/32. Ein Betrag zur Justizkritik in der späten Weimarer Republik*. Frankfurt a.M. 2001.

76. Bundesarchiv Berlin [BArch] NS 22/1069. Rückblick Lohses in einem Brief an die Reichsorganisationsleitung der NSDAP vom 1. Juli 1931.

77. So hatten die Wahlerfolge der NSDAP bei Landtagswahlen in Baden, Thüringen (hier kam es sogar zu einer Regierungskoalition) und Sachsen auch überregional den kommenden Wahlsieg der Partei erwarten lassen. Vgl. dazu die Grafik bei Falter 1991 (wie Anm. 1), S. 36. – Zu den Ergebnissen im Detail: Falter/Lindenberger/Schumann 1986 (wie Anm. 11), S. 89ff.

78. Bei Falter 1991 (wie Anm. 1), S. 115, findet sich nur ein kurzer tabellarischer Hinweis auf solches Verhalten, wobei dieses nicht weiter ausdifferenziert wird: Linkes Lager: 22 Prozent-

punkte, ev.-bürgerliches Lager: 41 Prozentpunkte. Das blockübergreifende Wahlverhalten nimmt im ev.-bürgerlichen Lager sogar von 1930 auf 1932 deutlich zu (66 Prozentpunkte), doch kann sich dahinter auch der Wechsel zu den Interessenparteien „verstecken“.

79. Zum Vergleich: Absolute Anteile der Parteien im gesamten Wahlkörper der NSDAP, (22,1 %): NSDAP 2,1 %; DNVP 6,8 %; DVP 2,1 %; DDP 1,4 %; SPD 2,0 %; KPD 0,4 %; Andere 1,7 %; NW 5,5 %. – Von den Nichtwählern bei der Wahl 1928 wechselten 22,7 % zur NSDAP und der Löwenanteil (41,9 %) blieb bei einer Wahlenthaltung. Alle anderen Parteien profitieren wenig bis gar nicht von ehemaligen Nichtwählern. – Zum Vergleich mit dem Deutschen Reich siehe Falter 1991 (wie Anm. 1), S. 111-113.

80. Vgl. dazu Falter 1991 (wie Anm. 1), S. 99, S. 104f. sowie S. 109-113. So verloren die Interessenparteien 85 % ihrer Wählerschaft, rund 4 Millionen Stimmen. Der SPD-Stimmverlust an die NSDAP soll knapp 600.000 betragen haben.

81. Vgl. zu den Ereignissen nach der Juliwahl: Döring 2001 (wie Anm. 42), S. 330f., und Longerich 1995 (wie Anm. 20), S. 332f. – Zu Schleswig-Holstein ist auf die gewalttätigen Aktionen der SA unter Paul Moder in der Nacht des 31. Juli hinzuweisen (LAS 309/22861).

82. Vgl. Falter 1991 (wie Anm. 1), S. 109 und S. 111.

83. LAS 301/4708, Übersicht des Reg. SL für Januar bis März 1933. Laut dieser Statistik, die man als Quelle vorsichtig bewerten sollte, gingen 155 Taten von der NSDAP, 134 von der KPD und 24 vom Reichsbanner aus. – Vgl. Kay Dohnke, *Nationalsozialismus in Norddeutschland*. Ein Atlas. Hamburg/Wien 2001, S. 32, der bis März 1933 insgesamt zehn Tote (mit Lübeck: elf) verzeichnet.

84. Zum Vergleich zu den abgegebenen gültigen Stimmen: RTW 1930, SH 27,0 / DR 18,3; RTW Juli 1932, SH 51,0 / DR 37,3; RTW Nov. 1932, SH 45,7 / DR 33,1; RTW März 1933 53,2 / DR 43,9. Die NSDAP schnitt bei diesen vier Wahlen überdurchschnittlich gut ab und konnte für Schleswig-Holstein bei der RTW 1930 sowie beiden RTW 1932 den ersten Rang unter allen Wahlkreisen erreichen (für 1924 und 1928 sowie 1933 gilt dies nicht).

85. Für die NSDAP ergibt sich in neun Kreisen eine absolute Mehrheit, es folgen Mehrheiten der Regierungskoalition, und lediglich in den Stadtkreisen Altona (NS 36,6 % / DN 6,8 %), Neumünster (41,2 % / 5,2 %) und Wandsbek (34,9 % / 9,0 %) konnte die Koalition weder eine absolute noch eine relative Mehrheit der Wahlberechtigten erreichen.

86. So bewertet Pyta 1996 (wie Anm. 4), S. 275 die Situation der Sozialdemokraten so: „zogen die meisten sozialdemokratischen Überzeugungswähler es vor, ihre Gesinnung lieber für sich zu behalten und nicht offensiv für die Ziel der Partei zu werben, die vielen Dorfbewohnern als städtischer Fremdkörper erscheinen mußte.“ Und für die radikalere Konkurrenz meinte er: „betrieb die KPD eine sich gegen die Mechanismen des dörflichen Meinungsbildungsprozesses auflehrende Landagitation und erreichte damit letztlich nur jene marginalisierten Schichten, die sich aus der Einflußzone der Dorfhonoratioren gelöst hatten“ (S. 282).

87. Die Haltequoten der SPD sind entweder in den ländlichen Regionen gleichhoch oder sogar höher als in den Städten (1930/1933: 65 % zu 49 %). Die KPD hat auf dem Land ein deutlich geringeres Stammwählerpotenzial als in den Städten: 68 % zu 71 %. Unter Berücksichtigung von Wählerwanderungen im linken Lager insgesamt sind die Haltequoten noch offensichtlicher sichtbar: Wählerwanderungen SPD zu SPD / KPD, urban: 49 % / 8 % = 57 %; ländlich: 65 % / 10 % = 75 %. Wählerwanderungen KPD zu KPD / SPD, urban: 71 % / 9 % = 80 %; ländlich: 68 % / 14 % = 82 %.

88. *SHTZ* 10.9.1930. Eine Polemik gegen die kleineren Interessenparteien unter Propagierung der These, dass die NSDAP die einzige wirkliche Volkspartei sei, während alle anderen großen Parteien hingegen Klassen- und Standesparteien wären.

89. Einzig die Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie (SHBLD) erhielt zur Nationalversammlung 1919 mit knapp 57.900 noch deutlich mehr Stimmen. Deren geistige Nachfolgeparteien im Sinne von bäuerlichen Interessenparteien (SHLP, DBP, CNBL u.ä.) spielten in der Folgezeit und gerade im Zeitraum 1928 bis 1933 keine gewichtige Rolle mehr. Die Stimmanteile der (kleineren) Interessenparteien: Nationalversammlung 1919: SHBLD

57.482; RTW 1921: SHLP 25.608; RTW Mai 1924: SHLP 5.652, USPD 7.959, sonstige Parteien 26.023; RTW Dez 1924: WP 3.843, USPD 3.491, Reichsbund 1.804, Sonstige 12.746; Prov. LTW 1925: WP 11.485 (die größeren Parteien traten in der Regel im Verbund als Bürgerlisten an); RTW Mai 1928: WP 42.070; DBP 5.676, LVP 2.473, VRP 6.766, Sonstige 16.765, davon VNB 8.423 (an anderer Stelle mit 8.419 angegeben); Prov. LTW 1929: WP 38.451 (schlechte Quellenüberlieferung); RTW 1930: WP 35.708, CNBL 33.866, KVP 17969, CSVD 16.653, Andere 16.026; Pr LTW 1932: WP 4.068, CNBL 910, CSVD 8.578, VRP 1.365, SAP 2.572, Sonstige 471 (schlechte Quellenüberlieferung); RTW Juli 1932: WP 1.734; CSVD 6.846, CNBL 412, Andere 6.656. RTW Nov. 1932 WP 1.432, CSVD 7.799, Sonstige 6.649 (davon Radikaler Mittelstand: 1.479); RTW März 1933: WP nicht angetreten, CSVD 7.145, DBP 242, Sonstige 269.

90. So erreichte bspw. eine Abspaltung der DNVP, die KVP, in Kiel nur in dem wohlhabendsten Stadtteil Düsternbrook Bedeutung. Vgl. Torsten Schneider/Wolfram Schulz, Die Wählerschaft der NSDAP in Kiel. In: *Demokratische Geschichte II* (Kiel 1987), S. 242. – Nach eigenen Berechnungen des Verfassers erlangte die DNVP zwischen 17 und 19 % der abgegebenen Stimmen in den drei Wahllokalen Düsternbrooks, während es die KVP auf 10–12 % brachte.

91. Provinzial-Landtagswahl April 1932 (abgegebene Stimmen): 0,3 %; RTW Juli 1932: 0,2 % (Wahlberechtigte); RTW Nov. 1932: 0,1 % (Wahlberechtigte).

92. Ausnahme ist die Wirtschaftspartei, der es anfangs noch gelang, ein Drittel ihrer Wählerschaft zur erneuten Stimmabgabe für sich zu bewegen. RTW 1928/1930, Haltequoten urban: 40 %; ländlich: 32 %. Dies war die höchste Quote aller Interessenparteien.

93. Im Mai 1928 erhielten die WP 42.070, die Volkrechtspartei (VRP) 6.766, die Bauernpartei 5.676, die Landvolkpartei 2.473, der Völkisch-Nationale Block 8.423 und alle anderen Parteien 8.342 Stimmen.

94. RTW 1930: WP 3,3 %; CNBL 3,1 %; KVP 1,7 %; CSVD 1,5%. Zusammen: 9,6 %. Weitere Splitterparteien zusammen noch einmal 1,5 %.

95. Heberle 1963 (wie Anm. 2), S. 103.

96. Zur Volkszählung am 16.6.1933 verteilten sich die Gemeindegrößen wie folgt: 35 % der Bevölkerung lebte in Dörfern unter 2.000 Einw., 12 % in Kleinstädten ab 2.000 Einw., 8 % in Kleinstädten ab 5.000 Einw., 8 % in Kleinstädten ab 10.000 Einw., 9 % in den „Mittelstädten“ und 28 % in den beiden Großstädten (Altona und Kiel). Eigene Berechnungen nach StDR, Band 455, Heft 13, Berlin 1936, S. 42ff.

97. Vgl. dazu die oben genannten Hinweise, S. 16-20.

98. So etwa in Norderdithmarschen, wo in den ländlichen Restbezirken (Gemeinden unter 2.000 Einw.) 40,5 % der Wahlberechtigten für die DNVP stimmten, während es in den Gemeinden über 2.000 Einwohnern nur 29,1 % waren. Eigene Berechnungen nach StDR, Bd. 315, Heft III, Berlin 1925, S. 27-29.

99. Eigene Berechnungen nach StDR, Bd. 315, Heft IV, Berlin 1925, S. 25-27.

100. Pyta 1996 (wie Anm. 4), S. 380 belegt, dass Gauleiter Lohse die erst später von Darré vorangetriebene Strategie des agrarpolitischen Apparats in Schleswig-Holstein vorwegnahm.

101. Zwar gibt es noch keine endgültige Forschungsergebnisse, doch zeigt sich, dass es in Norder- und Süderdithmarschen sowie in den direkt anliegenden Gemeinden der Kreise Rendsburg und Steinburg bis hin zum Kreis Pinneberg (quasi auf der Strecke vom Sitz der Gauleitung in Altona bei Hamburg bis hin zum Kerngebiet des Parteaufbaus) am schnellsten zum Auf- und Ausbau der Ortsgruppen gekommen ist. Bisher wurden bis Ende 1925 insgesamt 21 Ortsgruppen nachgewiesen, davon nur eine in Norderdithmarschen, drei in Steinburg, zwei in Pinneberg und eine im Kreis Husum. Ende 1926 waren es 28 (davon 2 in Husum, 4 in Norder- und 3 in Süderdithmarschen, 3 in Steinburg und zwei in Pinneberg). Ende 1927 sind es mindestens 37 (davon 3 in Husum, 4 in Norder- und 5 in Süderdithmarschen, 5 in Steinburg und 5 in Pinneberg). Ende 1928 sind es schon 113 Ortsgruppen (davon 8 in Husum, 3 in Eiderstedt, 10 in Norder- und 22 in Süderdithmarschen, 21 in Steinburg, 13 in Pinneberg und 19 in Rendsburg, wobei die meisten dieser Ortsgruppen direkte benachbart zu denjenigen in

Dithmarschen und Steinburg liegen). Vgl. dazu die Karten bei Dohnke 2001 (wie Anm. 63), S. 12-15, sowie die Aufzählung der Ortsgruppen in: BArchB, NS 51/212, Bl. 254ff.

102. Leider sind für den VNB die Ergebnisse auf Gemeindeebene in Schleswig-Holstein nicht in der StDR wiedergegeben worden. Die Zusammenfassung unter „Andere Parteien“ führt dazu, dass die 8.423 Stimmen für den VNB leider nicht von der Gesamtanzahl von 16.765 Stimmen differenziert werden kann. Da sich dahinter von den „Linken Kommunisten“ (3.777) über den „Schleswigschen Verein“ (2.438) bis hin zur „Deutsche Haus- und Grundbesitzerpartei“ (1.556) und weiteren Splitterparteien ein sehr heterogenes Spektrum verbirgt, kann hier seriös leider auch nicht mit Annahmen zu den einzelnen Gemeinden operiert werden. Vgl. StDR, Bd. 372, Heft II, Berlin 1930, S. 27ff.

103. Vgl. auf Reichsebene: Falter 1991 (wie Anm. 1), S. 162.

104. Vgl. dazu noch einmal grundsätzlich Pyta 1996 (wie Anm. 4), S. 324ff.

105. Zum Vergleich: Von den 20 Hochburgen des VSB vom Mai 1924 verblieben im Dezember lediglich elf, im Mai 1928 noch vier, im September 1930 nur drei und im März 1933 ebenso viele. Auch hier bestätigt sich das Bild eines „Bruches“ in den Hochburgen vom Dezember 1924 auf Mai 1928.

106. Vgl. Falter 1991 (wie Anm. 1), S. 122. – Zur Tabelle 4: Falter 1991, S. 158-161 benennt unter den zehn Gemeinden mit den höchsten Stimmanteilen (in Prozent der Wahlberechtigten) für die RTW Mai 1924 und Dez. 1924 keine Gemeinde in Schleswig-Holstein; für die RTW 1928 zwei (3. Albersdorf, 5. Südermeldorf); für die RTW 1930 zwei (2. Schwesing, 7. Viöl); als 7. Kreisgebiet: Norderdithmarschen) und für die RTW 1933 sechs (1. Viöl, 2. Schwesing, 3. Hennstedt, 4. Südermeldorf-Geest, 6. Albersdorf, 8. Tellingstedt). Für die RTW Juli 1932 und November 1932 konnte er nur einen Vergleich auf Kreisebene durchführen, wobei kein Kreisgebiet in Schleswig-Holstein zu den zehn Hochburgen im Deutschen Reich gehörte.

107. Die direkten Wählerwanderungen 1921/1924 von ehemaligen SHLP-Wählern zum VSB sind hingegen eher gering: knapp jeder Zehnte wechselte zu ihr, jeder Fünfte hingegen zur DNVP und jeder Vierte ins Nichtwählerlager.

108. Vgl. Omland 2006 (wie Anm. 9), S. 28ff.

109. Schneider/Schulz 1987 (wie Anm. 90), S. 231-261. – Sämtliche anderen Veröffentlichungen zu Schleswig-Holstein bzw. den Kreisen und Städten – einschl. den vorherigen des Verfassers selbst – weisen mehr oder weniger große methodische Schwächen und Fehlschlüsse auf. Auch bei Rudolf Heberle sind so genannte ökologische Fehlschlüsse, d.h. zwar plausible, aber faktisch unzulässige Rückschlüsse von der Ebene der Aggregatdaten auf die Individualebene der Wahlberechtigten, zu finden. Heberle 1963 (wie Anm. 2), S. 105 sowie Fußnote 2, S. 55.

110. Die Volkszählung von 1925 enthält nur Angaben zu Gemeinden ab 10.000 Einw., was für reichsweite Analysen genügen mag, doch für Schleswig-Holstein zu wenig Datensätze ergibt und auch unter dem Aspekt Stadt-Land-Analysen problematisch wäre. Daten finden sich zu den Städten Altona, Flensburg, Kiel, Neumünster, Heide und den Landkreisen Bordschholm, Flensburg, Lauenburg, Husum, Insel Helgoland, Norderdithmarschen, Oldenburg und zur Landgemeinde Blankenese. [VZ 1925] StDR, Bd. 404, Heft 13, Berlin 1927, S. 68-79. – Details zu den Großstädten Altona, Kiel und Lübeck finden sich in: StDR, Bd. 406, Berlin o.J. (1928/1930), S. 193 ff. (Altona), S. 177 ff. (Kiel), S. 242 ff. (Lübeck). – [VZ 1933] StDR, Bd. 455, Heft 13, Berlin 1936, S. 42-43. (Erwerbstätigkeit auf Ebene der Gemeinden mit mind. 5.000 Einw.). – Ebd. S. 36-41. (Ausdifferenzierungen nach Wirtschaftsabteilungen für die Städte Altona, Elmshorn, Flensburg, Heide, Husum, Itzehoe, Kiel, Neumünster, Pinneberg, Rendsburg, Schleswig, Wandsbek und die Landgemeinden Billstedt, Lokstedt und Rahlstedt.)

111. Im Kern kommt es zu Verzerrungen aufgrund der nichtwahlberechtigten Bevölkerung unter 20 Jahren. Je nach Berufsgruppe (am höchsten bei den Selbstständigen, mithelfenden Familienangehörigen und Hausangestellten) ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen sehr hoch und muss anhand des reichsweiten Zahlenmaterials herausgerechnet werden. Erst diese altersbereinigten Datensätze ermöglichen es, statistische Vergleiche anzustellen. Siehe die Ausführungen bei Omland 2006 (wie Anm. 9), S. 30f.

112. So hat sowohl das einfache statistische Verfahren als auch die mangelnde Berücksichtigung dieses Phänomens zu Fehlern bei Omland, „Unser aller Ja‘ dem Führer“. In: *ISHZ* 39 (Kiel 2001), S. 11ff. geführt.

113. Vgl. dazu die Ausführungen bei Falter 1991 (wie Anm. 1), S. 198ff.

114. Vgl. dazu die Ausführungen bei Dirk Hänisch, Die österreichischen NSDAP-Wähler. Eine empirische Analyse ihrer politischen Herkunft und ihres Sozialprofils. Wien, Köln, Weimar 1998, S. 133ff.

Die Berechnungen nach dem Logit-Modell basieren auf einer sehr fruchtbaren und konstruktiven Kooperation mit Dr. Dirk Hänisch, Bonn. Sämtliche statistischen Ergebnisse zu Wählerwanderungen und Wählerherkünften wurden mir von ihm zur Verfügung gestellt, während die Interpretationen dazu allein in meine Verantwortung fallen. An dieser Stelle möchte ich ihm deshalb noch einmal für die bisherige Zusammenarbeit herzlich danken und solche Methodenübergreifenden Ansätze allen, die sich mit einer ähnlichen Materie befassen, sehr empfehlen.

115. Eigene Berechnungen nach StDR, Bd. 455, Heft 13, Berlin 1936, S. 42f. sowie Heft 19, S. 36f. (Oldenbg. Landesteil Lübeck). Wie schwierig es ist, eine Vergleichsbasis herzustellen, zeigt sich exemplarisch in Tabelle 1.7.1. bei Falter/Lindenberger/Schumann 1986, S. 88 (wo mit Zahlen der Volkszählungen 1925, 1933 und der Betriebszählung 1928 operiert wird) und in der Veröffentlichung des Statistischen Landesamts Schleswig-Holstein: Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holstein. Kiel 1967, S. 81ff. (wo bspw. die Wirtschaftssystematik von 1961 als Maßstab herangezogen wird). – Für die wahlstatistische Analyse ergeben sich andere Bezugswerte, da die Anzahl der Wahlberechtigten, d.h. der über 20-Jährigen zugrundegelegt werden musste.

116. Wulf 1991 (wie Anm. 57), S. 536.

117. Verteilung in den drei Wirtschaftssektoren: Agrarsektor: 1. Quartil bis 5,8 %; 2. Quartil: bis 13,0 %; 3. Quartil: bis 58,5 %; 4. Quartil: über 58,5 % Anteil des Agrarsektors in den Gemeinden. Industrie- und Handwerks-Sektor: 1. Quartil: bis 18,2 %; 2. Quartil: bis 26,8 %; 3. Quartil: bis 35,5 %; 4. Quartil: über 35,5 %. Sektor Dienstleistungen und Handel: 1. Quartil: bis 19,7 %, 2. Quartil bis 37,3 %; 3. Quartil: bis 53,4 %; 4. Quartil: über 53,4 %.

118. Vergleichsangaben zur sozialen Schichtung der Wohnbevölkerung/der Wahlberechtigten: Selbstständige: 8,6/12,3; Beamte: 2,7/3,8; Angestellte und Hausangestellte: 1,9/7,9; Arbeiter: 14,2/16,6; erwerbslose Arbeiter: 7,1/9,4; erwerbslose Angestellte und Hausangestellte: 0,4/2,0; Mantelbevölkerung: Hausfrauen, Rentner, mithelfende Familienangehörige, beruflose Kinder und Jugendliche: 65,1/47,9.

119. Im Gegensatz zur Wahlstatistik, die die Analyse von knapp 100–120 Datensätzen umfasst, kann hierzu nur auf die in der Volkszählung genannten Gemeinden über 5.000 Einwohner zurückgegriffen werden. So konnten nur 48 Datensätze der Gemeinden sowie der Restbezirke unter 5.000 Einwohner ausgewertet werden, davon 20 urbane: Altona, Kiel, Neumünster, Lauenburg, Billstedt, Wandsbek, Büdelsdorf, Itzehoe, Flensburg, Glückstadt, Brunsbüttelkoog, Rendsburg, Schleswig, Elmshorn, Husum, Rahlstedt, Bad Segeberg, Mölln, Lokstedt, Eckernförde, Preetz (Anteil am Sektor Land- und Forstwirtschaft: 2 %–7 %) und 28 nicht-urbane: Uetersen, Neustadt i.H., Ratzeburg, Heide, Bramfeld, Pinneberg, Eutin, Wedel, Restbezirk Stormarn, Stockelsdorf, Malente, Restbezirk Landesteil Lübeck, Restbezirk Pinneberg, Restbezirk Steinburg, Restbezirk Süderdithmarschen, Restbezirk Süd-Tondern, Restbezirk Rendsburg, Restbezirk Lauenburg, Restbezirk Eiderstedt, Restbezirk Schleswig, Restbezirk Oldenburg. (Anteil am Sektor Land- und Forstwirtschaft: 10 %–52 %).

120. Vgl. Omland 2006 (wie Anm. 9), S. 33. – Zur Kategorie Hausfrauen: Falter 1991 (wie Anm. 1), S. 275f., Tab. 7.12 (Hausfrauen).

121. Falter 1991 (wie Anm. 1), S. 144, Tab. 6.1.

122. Vgl. Falter 1991 (wie Anm. 1), insb. S. 253ff. (Selbstständige), S. 256ff. (landwirtschaftliche Bevölkerung) oder auch S. 184f. (Ergebnisse zu ländlich-protestantischen Gebieten).

123. Heberle konnte auf statistisches Material zurückgreifen, das sogar Gemeinden unter 2.000 Einwohnern einschloss, und dementsprechend differenzierte Aussagen gewinnen, die

heute nur noch zum Teil erhoben werden könnten. Häufig sind die Reichstagswahlergebnisse für diese Dörfer nur noch als vorläufige Endergebnisse aus den Tageszeitungen zugänglich, d. h. in der Regel fehlen die Wahlberechtigtenziffern für die einzelnen Wahllokale. In den Veröffentlichungen der *Statistik des Deutschen Reichs* verzichtete man hingegen aus Platzgründen auf den Abdruck von Gemeinden unter 2.000 Einwohnern.

124. Heberle 1963 (wie Anm. 2), S. 113.

125. Heberle 1963 (wie Anm. 2), S. 100.

126. In Schleswig-Holstein erhielt die NSDAP insgesamt durchschnittlich 62 % innerhalb der Selbstständigen, 54 % der Beamten, 39 % der Angestellten, 41 % der erwerbslosen Angestellten und 55 % der Mantelbevölkerung. Lediglich bei den Arbeitern (26 %) und den erwerbslosen Arbeitern (30 %) lag die SPD (37 %) bzw. KPD (32 %) noch vor der NSDAP.

127. Bis einschließlich zur Reichstagswahl vom Dezember 1924 lag die Wahlbeteiligung in Schleswig-Holstein immer leicht unter dem reichsweiten Durchschnitt. Erst mit dem Erstarren der NSDAP ab Mai 1928 gaben im Wahlkreis immer mehr Wahlberechtigte als reichsweit ihre Stimme ab (im November 1932 sogar 4,3 % mehr als im Reich). Vgl. Falter/Lindenberger/Schumann 1986 (wie Anm. 11), S. 68-75.

128. Erste Versuche mit Schätzungen der Wahlberechtigtenziffern anhand der Überlieferung der Wohnbevölkerungsangaben im Gemeindelexikon für den Freistaat Preußen (Band IX, Provinz Schleswig-Holstein, 1. Oktober 1930, Berlin 1930) haben zu keinem befriedigenden Datensatz für die Analyse geführt.

129. Im Nachlass von Heberle in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek sind diese leider nicht vorhanden. (Cb 103.01 bis 103.13 sowie die so genannten Waßmer-Konvolute).

130. Vgl. dazu die Hinweise bei Heberle 1963 (wie Anm. 2), S. 56, Fußnote 1.

131. Nach bisheriger Sichtung einschlägiger Archive scheinen sich lediglich Lübeck und Neumünster dafür anzubieten, doch am lohnenswertesten ist die zu Schleswig-Holstein benachbarte Großstadt Hamburg. Hier gibt es eine exzellente wahlstatistische Überlieferung, und eine milieunahe Auswertung anhand der Adressbücher scheint ebenfalls möglich zu sein. Erste Auswertungen durch Dirk Hänisch, Bonn, belegen eindrucksvoll, welche Möglichkeiten sich dadurch eröffnen (Unterlagen im Besitz des Verfassers. Eine eigenständige Veröffentlichung von Dirk Hänisch dazu ist für 2007/2008 in Planung).

132. Vgl. dazu Omland 2007 (wie Anm. 12), S. 133-176.

Der Autor

Frank Omland, geb. 1967, Dipl.-Sozialpädagoge, wohnhaft in Hamburg. Seit 1991 aktives Mitglied im AKENS, seit 2003 im Vorstand. Forschungsschwerpunkt: Wahlen und Abstimmungen 1919–1933.